

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin 1984 in der DDR geboren und in Ostberlin aufgewachsen. Meine Eltern haben den Großteil ihres Lebens in einer Diktatur verbringen müssen. Sie haben mir früh beigebracht, dass friedlicher Protest, Zuversicht und Mut viele Wege kennt und Berge versetzen kann.

Für mich stand deshalb außer Frage, dass ich mich politisch einbringen muss - denn das durch meine Eltern und viele andere mutige Menschen Erämpfte ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss jeden Tag verteidigt werden. Sie muss sich immer hinterfragen. Und sie darf niemals den Anspruch verlieren, besser zu werden.

Kein Wunder, dass mich diese Erkenntnis vor über 15 Jahren in unsere grüne Landesgeschäftsstelle geführt hat. Als Bündnispartei, gewachsen aus der Anti-Atom-, Umwelt- und Friedensbewegung, genauso aber aus der Bürger- und Frauenrechtsbewegung, war und ist es unser Ziel, die unterschiedlichen Lebensrealitäten und -erfahrungen zusammenzubringen, eine gemeinsame Vision für die Zukunft zu formulieren und daraus unser politisches Handeln abzuleiten.

Hierfür braucht es eine vitale und auch kritische Zivilgesellschaft. Sie ist das Scharnier zwischen Bevölkerung und Politik. Sie ist der Garant für eine lebendige politische Debatte. Und sie übt eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber den politisch Handelnden aus. Die so genannten „shrinking spaces“, also die sich verkleinernden Handlungsmöglichkeiten für gemeinnützige Verbände und Nichtregierungsorganisationen sind längst kein Phänomen mehr, das wir nur aus anderen Teilen der Welt kennen. Auch hier in Deutschland gerät die Zivilgesellschaft, insbesondere Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, durch Union und SPD mehr und mehr unter Druck.

Statt in eine selbstbewusste politische Auseinandersetzung zu gehen, ziehen Union und SPD gesetzgeberisch und verbal die Daumenschrauben an. So mussten wir jüngst erleben, dass Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe von der Union und der Kanzlerin zur Zielscheibe von Diffamierungen und Einschüchterungen wurden, weil sie sich für unser aller Rechte eingesetzt haben. Wir müssen erleben, wie Organisationen ihre Gemeinnützigkeit verlieren weil sie zu kritisch, zu politisch, zu unbequem sind. Der Protest einer ganzen Generation für eine verantwortungsbewusste Klimapolitik wird als „unprofessionell“ abgekanzelt, weggelächelt und als Kinderkram abgetan. Flüchtlingsverbände machen sich neuerdings strafbar wenn sie über Abschiebungen informieren. Die zivile Seenotrettung wird kriminalisiert obwohl sie das tut, was eigentlich in der Verantwortung des Staates läge: nämlich Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Und trotz zahlreicher rassistischer und rechtsextremer Übergriffe in unserem Land, blockieren SPD und Union eine unabhängige Polizeibeauftragtenstelle und kürzt Gelder für Demokratieförderprogramme.

Diese Politik schadet unserer freiheitlichen Gesellschaft. Sie ist Ausdruck einer völlig unsouveränen und verängstigten Politik, der wir Grüne uns auch weiterhin sehr klar entgegenstellen müssen, und zwar auch da, wo es für uns mal unbequem wird. Denn wir wissen: Demokratie wird besser wenn Menschen sich einmischen.



Alter: 36
Geschlecht: weiblich
Geburtsort: Greifswald

Ihr wisst, mein politisches Herz gehört der Menschenrechtspolitik. Seit sieben Jahren bin ich Sprecherin der Bundestagsfraktion für Fragen rund um die Flüchtlingspolitik. Auch wenn dieses Thema im Zuständigkeitsbereich der Innenpolitik liegt, habe ich mich in den vergangenen Jahren mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass wir über unseren eigenen Tellerrand schauen. Die beste Flüchtlingspolitik ist die, die die Ursachen von Flucht und Vertreibung in den Blick nimmt und tatsächlich angeht. Denn Flucht ist immer Zwang, nie freiwillig. Deshalb ist es auch richtig, unsere Klimapolitik, unsere Rüstungspolitik und unsere Agrar- und Handelspolitik immer wieder zu hinterfragen und in einen Zusammenhang mit den globalen Fluchtbewegungen zu stellen.

Für mich ist die Europäische Union mehr als nur offene Binnengrenzen und freier Warenverkehr. Die EU ist das Versprechen, dass wir unsere Herausforderungen gemeinsam meistern und solidarisch miteinander sind. Fünf Jahre lang haben Union und SPD eine europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik blockiert, die Verantwortung an die Türkei ausgelagert und untätig dabei zugesehen, wie sich die Situation an den europäischen Außengrenzen in eine menschenrechtliche Tragödie verwandelt. Gleichzeitig hat sie mit der Beschränkung des Familiennachzugs einen der wenigen sicheren Fluchtwege zerstört und so bewusst in Kauf genommen, dass Kinder und Jugendliche über Jahre von ihren Eltern getrennt bleiben - in meinen Augen eine der abgründigsten Entscheidungen, die diese Koalition zu verantworten hat. Ich verspreche Euch, dass ich nicht locker lassen werde, bis diese - auch integrationspolitisch verheerenden - Entscheidungen endlich zurückgenommen werden.

Liebe Freundinnen und Freunde,

auch Ihr habt Euch dieses Jahr sicher anders vorgestellt. Das letzte Jahr hat uns gezeigt, wie fragil wesentliche Teile unseres Gemeinwesens sind. Die Pandemie hat uns aber auch die bundespolitischen Versäumnisse der letzten Jahre deutlich vor Augen geführt. Prekäre Arbeitsbedingungen beim Pflege- und Krankenhauspersonal, ein riesiger Aufholbedarf bei der Digitalisierung und die traurige Erkenntnis, dass Union und SPD den Kindern und Familien in Zeiten der Krise nur nachrangig Bedeutung beimisst.

Viele Menschen in unserem Land sind es leid, den Krisen immer nur hinterher zu laufen. Zu Recht. Politik darf nicht erst dann handeln, wenn uns allen das Wasser bis zum Hals steht und die Umstände ihr keine andere Wahl mehr lassen. Das gilt für die Bekämpfung der Klimakrise genauso wie für ein stabiles, vorsorgendes Gesundheitssystem, für die Bekämpfung von rechtsextremen Strukturen in der Gesellschaft und unseren demokratischen Institutionen, wie auch für eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik. Wer gestalten will, muss vorsorgen und Probleme lösen, bevor sie mit aller Macht aufschlagen. Dieses Versprechen können wir Grüne geben. Mit Weitsicht und Entschlossenheit.

Zweimal habt Ihr mir bereits das Vertrauen geschenkt, für Euch als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf zu ziehen und für Grüne Politik im Deutschen Bundestag zu streiten. Ich habe das Mandat nie als eine Selbstverständlichkeit verstanden, sondern immer als Auftrag von Euch, mit Kraft und lauter Stimme für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte in Berlin einzustehen. In den Ländern, nicht zuletzt in Schleswig-Holstein, zeigen wir bereits, dass Grüne Politik einen Unterschied macht. Ich werde dafür kämpfen, dass wir uns auch in der Bundespolitik beweisen können. Denn die Zukunftsfragen warten nicht. Sie müssen jetzt angegangen werden.

Ich bringe bundespolitische Erfahrung, Kraft und ein grünes Herz mit und bitte Euch erneut um Eure Unterstützung. Lasst uns die kommenden Monate für grüne Themen kämpfen und gemeinsam Berge versetzen.

Eure Luise

Biografisches:

- Geboren 1984 in Greifswald
- Verheiratet und Mutter
- Studium der Islamwissenschaften, Politik und Theologie an der Uni Kiel
- 2009-2012 Abgeordnete des schleswig-holsteinischen Landtages
- 2012-2013 Vorsitzende des Kieler Kreisverbandes
- Seit 2013 flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion
- Mitglied im Innenausschuss
- Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

A handwritten signature in black ink that reads "Luise Amtsberg". The signature is written in a cursive, flowing style.

Luise Amtsberg

Bewerbung um Platz 1 Landesliste Schleswig-Holstein Bundestagswahl 2021



Liebe Freundinnen und Freunde,

ich bin 1984 in der DDR geboren und in Ostberlin aufgewachsen. Meine Eltern haben den Großteil ihres Lebens in einer Diktatur verbringen müssen. Sie haben mir früh beigebracht, dass friedlicher Protest, Zuversicht und Mut viele Wege kennt und Berge versetzen kann.

Für mich stand deshalb außer Frage, dass ich mich politisch einbringen muss - denn das durch meine Eltern und viele andere mutige Menschen Er kämpfte ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss jeden Tag verteidigt werden. Sie muss sich immer hinterfragen. Und sie darf niemals den Anspruch verlieren, besser zu werden.

Kein Wunder, dass mich diese Erkenntnis vor über 15 Jahren in unsere grüne Landesgeschäftsstelle geführt hat. Als Bündnispartei, gewachsen aus der Anti-Atom-, Umwelt- und Friedensbewegung, genauso aber aus der Bürger- und Frauenrechtsbewegung, war und ist es unser Ziel, die unterschiedlichen Lebensrealitäten und -erfahrungen zusammenzubringen, eine gemeinsame Vision für die Zukunft zu formulieren und daraus unser politisches Handeln abzuleiten.

Hierfür braucht es eine vitale und auch kritische Zivilgesellschaft. Sie ist das Scharnier zwischen Bevölkerung und Politik. Sie ist der Garant für eine lebendige politische Debatte. Und sie übt eine wichtige Kontrollfunktion gegenüber den politisch Handelnden aus. Die so genannten „shrinking spaces“, also die sich verkleinernden Handlungsmöglichkeiten für gemeinnützige Verbände und Nichtregierungsorganisationen sind längst kein Phänomen mehr, das wir nur aus anderen Teilen der Welt kennen. Auch hier in Deutschland gerät die Zivilgesellschaft, insbesondere Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, durch Union und SPD mehr und mehr unter Druck.

Statt in eine selbstbewusste politische Auseinandersetzung zu gehen, ziehen Union und SPD gesetzgeberisch und verbal die Daumenschrauben an. So mussten wir jüngst erleben, dass Organisationen wie die Deutsche Umwelthilfe von der Union und der Kanzlerin zur Zielscheibe von Diffamierungen und Einschüchterungen wurden, weil sie sich für unser aller Rechte eingesetzt haben. Wir müssen erleben, wie Organisationen ihre Gemeinnützigkeit verlieren weil sie zu kritisch, zu politisch, zu unbequem sind. Der Protest einer ganzen Generation für eine verantwortungsbewusste Klimapolitik wird als „unprofessionell“ abgekanzelt, weggelächelt und als Kinderkram abgetan. Flüchtlingsverbände machen sich neuerdings strafbar wenn sie über Abschiebungen informieren. Die zivile Seenotrettung wird kriminalisiert obwohl sie das tut, was eigentlich in der Verantwortung des Staates läge: nämlich Menschen vor dem Ertrinken zu retten. Und trotz zahlreicher rassistischer und rechtsextremer Übergriffe in unserem Land, blockieren SPD und Union eine unabhängige Polizeibeauftragtenstelle und kürzt Gelder für Demokratieförderprogramme.

Biographie

Biografisches:
Geboren 1984 in Greifswald

Verheiratet und Mutter

Studium der Islamwissenschaften, Politik und Theologie an der Uni Kiel

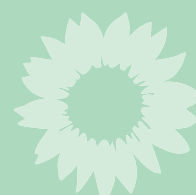
2009-2012 Abgeordnete des schleswig-holsteinischen Landtages

2012-2013 Vorsitzende des Kieler Kreisverbandes

Seit 2013 flüchtlingspolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion

Mitglied im Innenausschuss

Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe





Diese Politik schadet unserer freiheitlichen Gesellschaft. Sie ist Ausdruck einer völlig unsouveränen und verängstigten Politik, der wir Grüne uns auch weiterhin sehr klar entgegenstellen müssen, und zwar auch da, wo es für uns mal unbequem wird. Denn wir wissen: Demokratie wird besser wenn Menschen sich einmischen.

Ihr wisst, mein politisches Herz gehört der Menschenrechtspolitik. Seit sieben Jahren bin ich Sprecherin der Bundestagsfraktion für Fragen rund um die Flüchtlingspolitik. Auch wenn dieses Thema im Zuständigkeitsbereich der Innenpolitik liegt, habe ich mich in den vergangenen Jahren mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass wir über unseren eigenen Tellerrand schauen. Die beste Flüchtlingspolitik ist die, die die Ursachen von Flucht und Vertreibung in den Blick nimmt und tatsächlich angeht. Denn Flucht ist immer Zwang, nie freiwillig. Deshalb ist es auch richtig, unsere Klimapolitik, unsere Rüstungspolitik und unsere Agrar- und Handelspolitik immer wieder zu hinterfragen und in einen Zusammenhang mit den globalen Fluchtbewegungen zu stellen.

Für mich ist die Europäische Union mehr als nur offene Binnengrenzen und freier Warenverkehr. Die EU ist das Versprechen, dass wir unsere Herausforderungen gemeinsam meistern und solidarisch miteinander sind. Fünf Jahre lang haben Union und SPD eine europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik blockiert, die Verantwortung an die Türkei ausgelagert und untätig dabei zugesehen, wie sich die Situation an den europäischen Außengrenzen in eine menschenrechtliche Tragödie verwandelt. Gleichzeitig hat sie mit der Beschränkung des Familiennachzugs einen der wenigen sicheren Fluchtwege zerstört und so bewusst in Kauf genommen, dass Kinder und Jugendliche über Jahre von ihren Eltern getrennt bleiben - in meinen Augen eine der abgründigsten Entscheidungen, die diese Koalition zu verantworten hat. Ich verspreche Euch, dass ich nicht locker lassen werde, bis diese - auch integrationspolitisch verheerenden - Entscheidungen endlich zurückgenommen werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, auch Ihr habt Euch dieses Jahr sicher anders vorgestellt. Die letzten acht Monate haben uns gezeigt, wie fragil wesentliche Teile unseres Gemeinwesens sind. Die Pandemie hat uns aber auch die bundespolitischen Versäumnisse der letzten Jahre deutlich vor Augen geführt. Prekäre Arbeitsbedingungen beim Pflege- und Krankenhauspersonal, ein riesiger Aufholbedarf bei der Digitalisierung und die traurige Erkenntnis, dass Union und SPD den Kindern und Familien in Zeiten der Krise nur nachrangig Bedeutung beimisst.

Viele Menschen in unserem Land sind es leid, den Krisen immer nur hinterher zu laufen. Zu Recht. Politik darf nicht erst dann handeln, wenn uns allen das Wasser bis zum Hals steht und die Umstände ihr keine andere Wahl mehr lassen. Das gilt für die Bekämpfung der Klimakrise genauso wie für ein stabiles, vorsorgendes Gesundheitssystem, für die Bekämpfung von rechtsextremen Strukturen in der Gesellschaft und unseren demokratischen Institutionen, wie auch für eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik. Wer gestalten will, muss vorsorgen und Probleme lösen, bevor sie mit aller Macht aufschlagen. Dieses Versprechen können wir Grüne geben. Mit Weitsicht und Entschlossenheit.

Zweimal habt Ihr mir bereits das Vertrauen geschenkt, für Euch als Spitzenkandidatin in den Wahlkampf zu ziehen und für Grüne Politik im Deutschen Bundestag zu streiten. Ich habe das Mandat nie als eine Selbstverständlichkeit verstanden, sondern immer als Auftrag von Euch, mit Kraft und lauter Stimme für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Menschenrechte in Berlin einzustehen. In den Ländern, nicht zuletzt in Schleswig-Holstein, zeigen wir bereits, dass Grüne Politik einen Unterschied macht. Ich werde dafür kämpfen, dass wir uns auch in der Bundespolitik beweisen können. Denn die Zukunftsfragen warten nicht. Sie müssen jetzt angegangen werden.

Ich bringe bundespolitische Erfahrung, Kraft und ein grünes Herz mit und bitte Euch erneut um Eure Unterstützung. Lasst uns die kommenden Monate für grüne Themen kämpfen und gemeinsam Berge versetzen.

Eure Luise



Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich erinnere mich noch sehr genau an einen Parteitag 2005 in Neumünster. Es war ein heißer Tag nach einem unglaublich kalten Wahlkampf, wir waren noch in der rot-grünen Bundesregierung, aber in Schleswig-Holstein waren wir – nachdem die die Wahl von Heide Simonis als Ministerpräsidentin einer Minderheitsregierung mehrfach keine Mehrheit im Landtag gefunden hat – aus der Regierung geflogen. Die Stimmung im Landesverband war moll. Wir hatten Mitglieder verloren und Zustimmung. In Kiel wurde eine Große Koalition gebildet.

In dieser Situation beschloss der Landesverband Schleswig-Holstein einen Kurs der Eigenständigkeit. Ich glaube sogar, dass der Begriff damals erstmals verwendet wurde. Mit dem Begriff verband sich nicht nur eine neue strategische Kraft, nämlich nicht mehr von anderen in Bündnisse eingepreist zu werden, sondern selbst und unabhängig darüber zu entscheiden, mit wem in welcher Konstellation am meisten grüne Politik möglich ist, ein erweiterter Verantwortungsanspruch an uns selbst. Das war uns damals vielleicht gar nicht klar, aber rückblickend erscheint mir dieser Moment als der, in dem wir Grünen beschlossen, sich nicht mehr nur als Vertreterin bestimmter Milieus, von bestimmten Themen zu sein, die die anderen nicht sehen wollten, sondern einen Anspruch zu entwickeln, für die Breite der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Es gibt Wegmarken auf der weiteren Strecke – ich erinnere mich, mit welcher Mischung aus Stolz und Leidenschaft, im Parlament unsere Anliegen zu vertreten, wir 2009 in den Landtag einzogen, wie wir unseren Teil leisteten, die verfeindeten Lager zu einem Gespräch einzuladen, an die Debatten im Plenum und die After-Work-Treffen danach, an stürmische Debatten über den Begriff Heimat auf einer Fraktionsklausur in Leck 2010, die Verfassungsklage gegen das Wahlergebnis von 2009 und die Neuwahl 2012 mit der Regierungsverantwortung, dass wir mit dem Finanzministerium und Monika als Ministerin ins Zentrum des Regierungshandelns vorstießen und ich bis 2018 das Privileg hatte und Jan es heute hat, mit dem MELUND das Schleswig-Holstein-Ministerium zu führen, die Entscheidung 2017 eine Jamaika-Koalition zu verhandeln und sich nicht, wie sonst immer Praxis, von der SPD, die wie selbstverständlich mit der Union koalitiert, in die Opposition drängen



Alter:

51

Geschlecht:

m

zu lassen, Euer Votum für meine Spitzenkandidatur auf Bundesebene 2017 – all das, der lange Weg, den wir zusammen gegangen sind, hat mich jetzt hierher geführt. Und ich bewerbe mich um den Listenplatz 2, um gemeinsam mit Euch und aus dem Landesverband heraus das nächste Kapitel zu schreiben.

Meine Bewerbung um ein parlamentarisches Mandat im Bundestag ist, nach den amtslosen Jahren als Parteivorsitzender und den mandatslosen Jahren als Minister, auch eine Bewerbung um den Dienst an der Demokratie. Das Parlament als ihr Spiegel ist das Herz einer offenen Gesellschaft. Und es ist ein angegriffenes. Es zu achten und zu schützen, zu stärken und laut schlagen zu lassen, das wäre mir eine Ehre. Ich will Vertreter der Gesamtinteressen unserer Partei und unseres Landes sein, denn immer öfter sind in den letzten Jahren die Positionen unserer Partei im Land mehrheitsfähig geworden. Ich bringe dafür die Fachlichkeit und Kompetenz aus den Regierungsjahren mit, die mir ein profundes Wissen in allen ökologischen Themen – vom Windkraftausbau und Netzausbau, dem Artenschutz und der Landwirtschaft, dem Meeresschutz und Küstenschutz und Rückbau der Atomkraftwerke, dem ländlichen Raum und der Digitalisierung – gaben und als Bundesvorsitzender den Überblick über all die Themen, in denen die Partei in den letzten Jahren weiter politisch gearbeitet hat – Finanzen und Innen und Gesundheit und Flüchtlinge und Wissenschaft – mit. Sie möchte ich jetzt im Bundestag stark machen. Sichtbar machen. Hörbar machen. Mehrheitsfähig machen – indem wir im Bundestag Mehrheiten schaffen. Viel zu lange regieren wir schon nicht auf der Bundesebene. Anderthalb Jahrzehnte wurde immer erst dann agiert, wenn die Krise so groß war, dass man sie nicht mehr ignorieren konnte – so die mangelnde Regulierung des Bankensektors vor der Finanzkrise 2008 und der fehlende Green New Deal vor der Krise des Euros 2012, das Klammern an das Dublin-System, das dann 2015 kollabierte. Und bei der großen globalen Krise unserer Zeit, der der Erderhitzung, läuft uns die Zeit davon. Nicht ganz richtig wird angesichts der Erderhitzung von einer Klimakrise gesprochen. Das Klima ist letztlich, was es ist. Aber eine Welt der Waldbrände und Wüstenbildung, der Kämpfe um Wasser und Nahrungsmittel wird zu einer Menschheitskrise führen. Bei all den Einzelthemen und Auseinandersetzungen, die wir zu führen haben, geht es darum, ein politisches Verständnis durchsetzen, das vorausschauend agiert und Krisen nach Möglichkeit eben gar nicht entstehen lässt. Corona ist eine Zeitenwende. Es ist klar geworden, dass Nachhaltigkeit nicht Nachträglichkeit bedeuten kann, dass eine Politik, die nur die negativen Folgen unserer Wirtschaftsweise zu reparieren versucht, an ihrem Ende ist,

dass wir stattdessen eine Art „Vorhaltigkeit“ brauchen, die die ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Folgekosten gar nicht erst entstehen lässt, sondern verhindert.

Wir haben uns angewöhnt, Nachhaltigkeit mit einer Zeitdimension in die Zukunft zu versehen. Sie wird mit „enkeltauglich“ gleichgesetzt. Damit, dass man keinen Raubbau an der Natur vornehmen darf, der zukünftiges Wirtschaften verhindert. Aber Nachhaltigkeit hat auch schon eine Bedeutung für die Gegenwart. Dies muss auch die Art der Politik, selbst verändern: Kooperation statt Konkurrenz, Einvernehmen statt Überheblichkeit, Probleme lösen, statt sie auszusetzen, Veränderung als Bedingung für neuen Halt.

Mit der sozialen Marktwirtschaft wurde dem Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg eine Entwicklungsrichtung gegeben, jetzt müssen wir das Wirtschaftsmodell erweitern zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, die die allgemeinen Regeln neu setzt, durch CO₂-Bepreisung, Divestment und Umlenkung der Kapitalanlagen, eine nachhaltige Globalisierung durch Lieferkettengesetze und neue Freihandelsverträge, Klimazölle oder Contracts for Differences verankern, dadurch dass ökologische Schäden – von der Plastikproduktion über die Agrargelder – nicht mehr steuerlich begünstigt werden, sondern umgekehrt: klima- und umweltfreundliches Verhalten.

Wir, die heutige Generation und vor allem wir in den reichen Ländern der nordwestlichen Hemisphäre, verbrauchen mehr, als wir haben. Wir leben von geborgter Zeit und geliehenem Wohlstand. Die ökologischen Kosten unserer Wirtschaftsweise, des ungezügelten Mehr, sind längst nicht mehr tragbar. Sie funktioniert nur noch, weil wir uns über die Konsequenzen selbst täuschen, weil wir verdrängen und nicht hinsehen. Denn der globale Kreislauf führt dazu, dass der reiche Nordwesten die Kosten, auf denen sein Wohlstand basiert, auslagert. Wir importieren Kohle und Öl, deren Abbau bzw. Förderung in Kolumbien oder Nigeria schwere ökologische und soziale Schäden anrichten. Wir nutzen seltene Erden, Lithium, deren Abbau jede Menge Wasser verbraucht, das dann oft der dortigen Landbevölkerung fehlt, oder Kobalt, das im Kongo auch durch Kinderarbeit in engen Gruben gewonnen wird, für Batterien in unseren Handys oder Elektrofahrzeugen. Und wir schicken einen Großteil der Wertstoffe als Müll und Abfall wieder in Staaten wie Malaysia oder Indonesien, wo sie in offenen Deponien in die Umwelt gelangen.

Die Mehrung von Gewinn und Eigentum durch Wachstum als Ziel des kapitalistischen Wirtschaftens kann nicht mehr Selbstzweck sein. Es muss sich anderen Werten unterordnen, Werten, die die Ausbeutung der einen nicht zum Nutzen der anderen machen, sondern die die Globalisierung zu einer globalen Verantwortung machen, bspw. eine Bundesregierung, die sich in Europa dafür einsetzt,

dass Handelsverträge zukünftig Regeln für eine ökologischere und soziale Globalisierung setzen, statt das Gegenteil.

Mit Corona kam jetzt der nächste extreme Einbruch, von dem noch unklar ist, welche Märkte sich wann erholen werden, aber auch, wie die globale Pandemie das Denken verändern kann oder wird.

Martin Luther King hielt am 18. März 1968, kurz vor seiner Ermordung, eine Rede in Memphis vor streikenden Müllleuten. Er sagte, dass die Person, die unseren Müll aufnimmt, letztendlich genauso wichtig ist wie der Arzt. Denn wenn er seinen Job nicht macht, verbreiten sich Krankheiten. Kann die ökonomische Folge und ihre moralische Ursache aktueller zusammengefasst werden?

Corona hat nicht nur die Bedeutung von systemrelevanten Berufen buchstäblich vom Kopf auf die Füße gestellt.

Es liefert auch die Matrix für ein neues politisches Paradigma: Weil eine gemeinsam durchgestandene Ausnahmesituation zeigt, dass wir es gemeinsam besser können, gemeinsam schaffen können. Weil wir wissen, dass eine bestandene Gefahr Gemeinschaft schafft. Das wäre dann die Grundlage für einen anderen Kapitalismus, vielleicht für etwas ganz anderes, das heute noch keinen Namen hat. Eine Geschichte, die noch nicht geschrieben ist. Aber ist es nicht das, was wir eigentlich alle einmal erleben wollen? Teil einer Geschichte zu sein, die wir selbst schreiben?

An dieser Geschichte mitzuschreiben, dafür bin ich 2018 nach Berlin gegangen. Jetzt führt mich dieser Weg zurück – zu Euch, zu uns. Drei Wahlkämpfe habe ich in verschiedenen Konstellationen für Euch auf Landesebene mit anführen dürfen. Jetzt bewerbe ich mich darum, das gleiche für die Bundestagswahl tun zu dürfen. Dass Konstantin mir ungefragt angetragen hast, dass ich auf Listenplatz 2 kandidiere, spricht für ihn und seinen Teamgeist. Und es zeigt, welcher Geist diesen Landesverband prägt.

Wir stehen vor einer Bundestagswahl, wie sie Deutschland nach dem Ende des zweiten Weltkriegs noch nicht hatte. Erstmals tritt keine amtierende Bundeskanzler*in an. Das verändert die ganze Auseinandersetzung. „Keine Experimente“ und „sie kennen mich“, also die Sprüche der Status quo Bewahrung sind sinnlos für die Regierung, weil der Status quo vergangen ist. Umgekehrt kann die Opposition sich nicht auf „xyz muss weg“-Rhetorik zurückziehen. Alle müssen aus sich heraus, aus eigener Kraft und eigener Überzeugung überzeugen. Das ist für uns als Partei eine Chance. Ja, fast scheint es, als hätten wir uns auf diese Situation seit jenem Parteitag in Neumünster, 2005, vorbereitet. Wir kämpfen 2021 darum, Deutschland politisch anzuführen. Gemeinsam mit Euch und an der Spitze der

Landesliste Schleswig-Holstein will ich diesen Kampf führen und bitte um Euer Vertrauen dafür.

BEWERBUNG FÜR DEN LISTENPLATZ 2

Landesliste Schleswig-Holstein



Bild: Urban Zintel

ROBERT HABECK

2002 – 2004 *Kreisvorsitzender Schleswig-Flensburg*

2004 – 2009 *Landesvorsitzender Schleswig-Holstein*

2008 – 2009 *Fraktionsvorsitzender Kreistag Schleswig-Flensburg*

2009 – 2012 *Fraktionsvorsitzender Landtag Schleswig-Holstein*

2012 – 2018 *Minister für Umwelt, Energiewende, Landwirtschaft, Ländliche Räume (bis 2017),
Reaktorsicherheit, Digitalisierung (ab 2017) und
stellvertretender Ministerpräsident (bis 2016).*

Seit 2018 *Bundesvorsitzender*

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

ich erinnere mich noch sehr genau an einen Parteitag 2005 in Neumünster. Es war ein heißer Tag nach einem unglaublich kalten Wahlkampf, wir waren noch in der rot-grünen Bundesregierung, aber in Schleswig-Holstein waren wir – nachdem die Wahl von Heide Simonis als Ministerpräsidentin einer Minderheitsregierung mehrfach keine Mehrheit im Landtag gefunden hat – aus der Regierung geflogen. Die Stimmung im Landesverband war moll. Wir hatten Mitglieder verloren und Zustimmung. In Kiel wurde eine Große Koalition gebildet.

In dieser Situation beschloss der Landesverband Schleswig-Holstein einen Kurs der Eigenständigkeit. Ich glaube sogar, dass der Begriff damals erstmals verwendet wurde. Mit dem Begriff verband sich nicht nur eine neue strategische Kraft, nämlich nicht mehr von anderen in Bündnisse eingepreist zu werden, sondern selbst und unabhängig darüber zu entscheiden, mit wem in welcher Konstellation am meisten grüne Politik möglich ist, ein erweiterter Verantwortungsanspruch an uns selbst. Das war uns damals vielleicht gar nicht klar, aber rückblickend erscheint mir dieser Moment als der, in dem wir Grünen beschlossen, sich nicht mehr nur als Vertreterin bestimmter Milieus, von bestimmten Themen zu sein, die die anderen nicht sehen wollten, sondern einen Anspruch zu entwickeln, für die Breite der Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen.

Es gibt Wegmarken auf der weiteren Strecke – ich erinnere mich, mit welcher Mischung aus Stolz und Leidenschaft, im Parlament unsere Anliegen zu vertreten, wir 2009 in den Landtag einzogen, wie wir unseren Teil leisteten, die verfeindeten Lager zu einem Gespräch einzuladen, an die Debatten im Plenum und die After-Work-Treffen danach, an stürmische Debatten über den Begriff Heimat auf einer Fraktionsklausur in Leck 2010, die Verfassungsklage gegen das Wahlergebnis von 2009 und die Neuwahl 2012 mit der Regierungsverantwortung, dass wir mit dem Finanzministerium und Monika als Ministerin ins Zentrum des Regierungshandelns vorstießen und ich bis 2018 das Privileg hatte und Jan es heute hat, mit dem MELUND das Schleswig-Holstein-Ministerium zu führen, die Entscheidung 2017 eine Jamaika-Koalition zu verhandeln und sich nicht, wie sonst immer Praxis, von der SPD, die wie selbstverständlich mit der Union koalitiert, in die Opposition drängen zu lassen, Euer Votum für meine Spitzenkandidatur auf Bundesebene 2017 – all das, der lange Weg, den wir zusammen gegangen sind, hat mich jetzt hierher geführt. Und ich bewerbe mich um den Listenplatz 2, um gemeinsam mit Euch und aus dem Landesverband heraus das nächste Kapitel zu schreiben.

Meine Bewerbung um ein parlamentarisches Mandat im Bundestag ist, nach den amtslosen Jahren als Parteivorsitzender und den mandatslosen Jahren als Minister, auch eine Bewerbung um den Dienst an der Demokratie. Das Parlament als ihr Spiegel ist das Herz einer offenen Gesellschaft. Und es ist ein angegriffenes. Es zu achten und zu schützen, zu stärken und laut schlagen zu lassen, das wäre mir eine Ehre. Ich will Vertreter der Gesamtinteressen unserer Partei und unseres Landes sein, denn immer öfter sind in den letzten Jahren die Positionen unserer Partei im Land mehrheitsfähig geworden. Ich bringe dafür die Fachlichkeit und Kompetenz aus den Regierungsjahren mit, die mir ein profundes Wissen in allen ökologischen Themen – vom Windkraftausbau und Netzausbau, dem Artenschutz und der Landwirtschaft, dem Meeresschutz und Küstenschutz und Rückbau der Atomkraftwerke, dem ländlichen Raum und der Digitalisierung – gaben und als Bundesvorsitzender den Überblick über all die Themen, in denen die Partei in den letzten Jahren weiter politisch gearbeitet hat – Finanzen und Innen und Gesundheit und Flüchtlinge und Wissenschaft – mit. Sie möchte ich jetzt im Bundestag stark machen. Sichtbar machen. Hörbar machen. Mehrheitsfähig machen – indem wir im Bundestag Mehrheiten schaffen.

Viel zu lange regieren wir schon nicht auf der Bundesebene. Anderthalb Jahrzehnte wurde immer erst dann agiert, wenn die Krise so groß war, dass man sie nicht mehr ignorieren konnte – so die mangelnde Regulierung des Bankensektors vor der Finanzkrise 2008 und der fehlende Green New Deal vor der Krise des Euros 2012, das Klammern an das Dublin-System, das dann 2015 kollabierte. Und bei der großen globalen Krise unserer Zeit, der der Erderhitzung, läuft uns die Zeit davon. Nicht ganz richtig wird angesichts der Erderhitzung von einer Klimakrise gesprochen. Das Klima ist letztlich, was es ist. Aber eine Welt der Waldbrände und Wüstenbildung, der Kämpfe um Wasser und Nahrungsmittel wird zu einer Menschheitskrise führen. Bei all den Einzelthemen und Auseinandersetzungen, die wir zu führen haben, geht es darum, ein politisches Verständnis durchsetzen, das vorausschauend agiert und Krisen nach Möglichkeit eben gar nicht entstehen lässt.

Corona ist eine Zeitenwende. Es ist klar geworden, dass Nachhaltigkeit nicht Nachträglichkeit bedeuten kann, dass eine Politik, die nur die negativen Folgen unserer Wirtschaftsweise zu reparieren versucht, an ihrem Ende ist, dass wir stattdessen eine Art „Vorhaltigkeit“ brauchen, die die ökologischen, sozialen und gesellschaftlichen Folgekosten gar nicht erst entstehen lässt, sondern verhindert.

Wir haben uns angewöhnt, Nachhaltigkeit mit einer Zeitdimension in die Zukunft zu versehen. Sie wird mit „enkel-

tauglich“ gleichgesetzt. Damit, dass man keinen Raubbau an der Natur vornehmen darf, der zukünftiges Wirtschaften verhindert. Aber Nachhaltigkeit hat auch schon eine Bedeutung für die Gegenwart. Dies muss auch die Art der Politik, selbst verändern: Kooperation statt Konkurrenz, Einvernehmen statt Überheblichkeit, Probleme lösen, statt sie auszusitzen, Veränderung als Bedingung für neuen Halt.

Mit der sozialen Marktwirtschaft wurde dem Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg eine Entwicklungsrichtung gegeben, jetzt müssen wir das Wirtschaftsmodell erweitern zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, die die allgemeinen Regeln neu setzt, durch CO2-Bepreisung, Divestment und Umlenkung der Kapitalanlagen, eine nachhaltige Globalisierung durch Lieferkettengesetze und neue Freihandelsverträge, Klimazölle oder Contracts for Differences verankern, dadurch dass ökologische Schäden – von der Plastikproduktion über die Agrargelder – nicht mehr steuerlich begünstigt werden, sondern umgekehrt: klima- und umweltfreundliches Verhalten.

Wir, die heutige Generation und vor allem wir in den reichen Ländern der nordwestlichen Hemisphäre, verbrauchen mehr, als wir haben. Wir leben von geborgter Zeit und geliehenem Wohlstand. Die ökologischen Kosten unserer Wirtschaftsweise, des ungezügelten Mehr, sind längst nicht mehr tragbar. Sie funktioniert nur noch, weil wir uns über die Konsequenzen selbst täuschen, weil wir verdrängen und nicht hinsehen. Denn der globale Kreislauf führt dazu, dass der reiche Nordwesten die Kosten, auf denen sein Wohlstand basiert, auslagert. Wir importieren Kohle und Öl, deren Abbau bzw. Förderung in Kolumbien oder Nigeria schwere ökologische und soziale Schäden anrichten. Wir nutzen seltene Erden, Lithium, deren Abbau jede Menge Wasser verbraucht, das dann oft der dortigen Landbevölkerung fehlt, oder Kobalt, das im Kongo auch durch Kinderarbeit in engen Gruben gewonnen wird, für Batterien in unseren Handys oder Elektrofahrzeugen. Und wir schicken einen Großteil der Wertstoffe als Müll und Abfall wieder in Staaten wie Malaysia oder Indonesien, wo sie in offenen Deponien in die Umwelt gelangen.

Die Mehrung von Gewinn und Eigentum durch Wachstum als Ziel des kapitalistischen Wirtschaftens kann nicht mehr Selbstzweck sein. Es muss sich anderen Werten unterordnen, Werten, die die Ausbeutung der einen nicht zum Nutzen der anderen machen, sondern die die Globalisierung zu einer globalen Verantwortung machen, bspw. eine Bundesregierung, die sich in Europa dafür einsetzt, dass Handelsverträge zukünftig Regeln für eine ökologischere und soziale Globalisierung setzen, statt das Gegenteil.

Mit Corona kam jetzt der nächste extreme Einbruch, von dem noch unklar ist, welche Märkte sich wann erholen werden, aber auch, wie die globale Pandemie das Denken verändern kann oder wird.

Martin Luther King hielt am 18. März 1968, kurz vor seiner Ermordung, eine Rede in Memphis vor streikenden Müllleuten. Er sagte, dass die Person, die unseren Müll aufnimmt, letztendlich genauso wichtig ist wie der Arzt. Denn wenn er seinen Job nicht macht, verbreiten sich Krankheiten. Kann die ökonomische Folge und ihre moralische Ursache aktueller zusammengefasst werden?

Corona hat nicht nur die Bedeutung von systemrelevanten Berufen buchstäblich vom Kopf auf die Füße gestellt. Es liefert auch die Matrix für ein neues politisches Paradigma: Weil eine gemeinsam durchgestandene Ausnahmesituation zeigt, dass wir es gemeinsam besser können, gemeinsam schaffen können. Weil wir wissen, dass eine bestandene Gefahr Gemeinschaft schafft. Das wäre dann die Grundlage für einen anderen Kapitalismus, vielleicht für etwas ganz anderes, das heute noch keinen Namen hat. Eine Geschichte, die noch nicht geschrieben ist. Aber ist es nicht das, was wir eigentlich alle einmal erleben wollen? Teil einer Geschichte zu sein, die wir selbst schreiben?

An dieser Geschichte mitzuschreiben, dafür bin ich 2018 nach Berlin gegangen. Jetzt führt mich dieser Weg zurück – zu Euch, zu uns. Drei Wahlkämpfe habe ich in verschiedenen Konstellationen für Euch auf Landesebene mit anführen dürfen. Jetzt bewerbe ich mich darum, das gleiche für die Bundestagswahl tun zu dürfen. Dass Konstantin mir ungefragt angetragen hast, dass ich auf Listenplatz 2 kandidiere, spricht für ihn und seinen Teamgeist. Und es zeigt, welcher Geist diesen Landesverband prägt.

Wir stehen vor einer Bundestagswahl, wie sie Deutschland nach dem Ende des zweiten Weltkriegs noch nicht hatte. Erstmals tritt keine amtierende Bundeskanzler*in an. Das verändert die ganze Auseinandersetzung. „Keine Experimente“ und „sie kennen mich“, also die Sprüche der Status quo Bewahrung sind sinnlos für die Regierung, weil der Status quo vergangen ist. Umgekehrt kann die Opposition sich nicht auf „xyz muss weg“-Rhetorik zurückziehen. Alle müssen aus sich heraus, aus eigener Kraft und eigener Überzeugung überzeugen. Das ist für uns als Partei eine Chance. Ja, fast scheint es, als hätten wir uns auf diese Situation seit jenem Parteitag in Neumünster, 2005, vorbereitet. Wir kämpfen 2021 darum, Deutschland politisch anzuführen. Gemeinsam mit Euch und an der Spitze der Landesliste Schleswig-Holstein will ich diesen Kampf führen und bitte um Euer Vertrauen dafür.

LL 3 IN Ingrid Nestle

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

Hiermit bewerbe ich mich auf Platz 3 der Landesliste zur Bundestagswahl. Ich möchte eine weitere Legislatur in den Bundestag, weil ich für und mit Euch für wirksamen und ausreichenden Klimaschutz kämpfen möchte. Die nächste Legislatur wird für uns und künftige Generationen eine zentrale Rolle spielen. Diese Zeit ist entscheidend, weil die Klimakrise nicht auf uns wartet. Diese Zeit ist entscheidend, weil wir die Auswirkungen der Klimakrise jetzt bei uns sehen und spüren und somit immer mehr Menschen bereit sind zu handeln. Und diese Zeit ist entscheidend, weil die gigantischen Demos von Fridays for Future endlich die Lethargie der Bundesregierung angekratzt haben.

Diese Lethargie ist umso tragischer, da alle notwendigen Technologien und Konzepte längst entwickelt sind. Mehr Erneuerbare Energien, ein vielfältiges statt Auto-zentriertes Angebot für Mobilität und faire CO2-Preise müssen politisch beschlossen werden. Wir können mit mehr Erneuerbaren Energien, optimierter Energieeffizienz und ein bisschen geänderten Gewohnheiten hervorragend leben, ohne das Klima in irreversible Kippunkte zu treiben. Klimapolitik gefährdet auch nicht Artenschutz, sozialen Zusammenhalt oder materiellen Wohlstand. Ganz im Gegenteil.

Klimaschutz ist Voraussetzung für eine starke Wirtschaftspolitik und Wohlstand. Klimaschutz ist notwendig für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sicherheit und Menschenrechte. Klimaschutz ist die Grundlage für Artenvielfalt, gesunde Ökosysteme und unser täglich Brot. Gerade für uns in Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren ist Klimaschutz die Voraussetzung für Zukunft.

Zu lange haben wir GRÜNE auf Bundesebene nicht mitregiert. Zentrale Entscheidungen der Klimapolitik werden in Berlin gefällt. Es reicht nicht, ein paar nette Projekte und viele Sonntagsreden zum Klimaschutz zu liefern. Die Frage ist, ob wir rechtzeitig und entschieden genug handeln, um die Kippunkte im Weltklima mit ihren kaum vorstellbaren Folgen zu vermeiden. Derzeit tut Deutschland dramatisch zu wenig. Vermutlich ist die nächste Legislatur das letzte Zeitfenster, um den Klimazielen aus Paris noch gerecht zu werden.

Ich bitte Euch um Euer Vertrauen, im Wahlkampf für ein starkes Grünes Ergebnis zu streiten mit dem Anspruch, Politik in der nächsten Legislatur zu prägen und entscheidende Fortschritte beim Klimaschutz zu erreichen. Ich glaube, wir brauchen Frauen und Männer in unseren Parlamenten, die für ihre Sache brennen. Das gibt den Ansporn auch bei Schwierigkeiten und Widerständen Veränderung zu ermöglichen. Demokratie lebt davon, dass im Streit um die Sache für die beste Lösung gerungen wird. Sie darf nicht verknöchern in der Professionalität, auf jede Situation vorhersehbar perfekt zu reagieren und den politisch opportunen Kompromiss zu moderieren. Dazu gehört auch Offenheit für die vielen wichtigen Themen, die unsere Zeit prägen. Um nur ein paar weitere zu nennen: Steuergerechtigkeit. Internationale Gerechtigkeit. Kampf gegen Rechtsextremismus und für eine lebendige Medienlandschaft, die Fakten statt Hetze zu den Menschen bringt. Echte Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann. Eine angemessene Kindergrundsicherung.

Vor ungefähr einem Vierteljahrhundert habe ich in der Jugendumweltbewegung meine ersten Erfahrungen mit Politik gesammelt. Klimaschutz stand damals wie heute im Mittelpunkt meiner



Alter:

43

Geschlecht:

weiblich

Geburtsort:

Schwäbisch Gmünd

politischen Arbeit. Auch mein Studium hat sich um dieses Thema gedreht: ich bin Wirtschaftsingenieurin rund um die Energiewende und habe zur Klimakrise promoviert.

2001 brachte mich meine Lebensaufgabe zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der GRÜNEN JUGEND. Ich durfte für Euch im Bundestag und als Staatssekretärin konkret an Lösungen arbeiten und meinen Beitrag leisten. Doch ich bin noch lange nicht fertig.

In 25 Jahren werden wir uns wahrscheinlich eine Zeitmaschine wünschen, mit der wir zurück können in das Jahr 2021 und es noch einmal besser machen. Nutzen wir das Glück, dass wir tatsächlich im Jahr 2021 sind und ergreifen wir unsere Chance.

Ich bitte Euch um Eure Stimme meine Erfahrung, mein Wissen und meine Leidenschaft für Klimaschutz eine weitere Legislatur in den Bundestag zu tragen.





BEWERBUNG FÜR DEN BUNDESTAG INGRID NESTLE

Liebe Freundinnen und Freunde,

Hiermit bewerbe ich mich auf Platz 3 der Landesliste zur Bundestagswahl. Ich möchte eine weitere Legislatur in den Bundestag, weil ich für und mit Euch für wirksamen und ausreichenden Klimaschutz kämpfen möchte. Die nächste Legislatur wird für uns und künftige Generationen eine zentrale Rolle spielen.



Diese Zeit ist entscheidend, weil wir die Auswirkungen der Klimakrise jetzt bei uns sehen und spüren und somit immer mehr Menschen bereit sind zu handeln. Und diese Zeit ist entscheidend, weil die gigantischen Demos von Fridays for Future endlich die Lethargie der Bundesregierung angekratzt haben.

Diese Lethargie ist umso tragischer, da alle notwendigen Technologien und Konzepte längst entwickelt sind. Mehr Erneuerbare Energien, ein vielfältiges statt Auto-zentriertes Angebot für Mobilität und faire CO₂-Preise müssen politisch beschlossen werden. Wir können mit mehr Erneuerbaren Energien, optimierter Energieeffizienz und ein bisschen geänderten Gewohnheiten hervorragend leben, ohne das Klima in irreversible Kipppunkte zu treiben. Klimapolitik gefährdet auch nicht Artenschutz, sozialen Zusammenhalt oder materiellen Wohlstand. Ganz im Gegenteil.

Klimaschutz ist Voraussetzung für eine starke Wirtschaftspolitik und Wohlstand. Klimaschutz ist notwendig für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Sicherheit und Menschenrechte. Klimaschutz ist die Grundlage für Artenvielfalt, gesunde Ökosysteme und unser täglich Brot. Gerade für uns in Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren ist Klimaschutz die Voraussetzung für Zukunft.

Zu lange haben wir GRÜNE auf Bundesebene nicht mitregiert. Zentrale Entscheidungen der Klimapolitik werden in Berlin gefällt. Es reicht nicht, ein paar nette Projekte und viele Sonntagsreden zum Klimaschutz zu liefern. Die Frage ist, ob wir rechtzeitig und entschieden genug handeln, um die Kipppunkte im Weltklima mit ihren kaum vorstellbaren Folgen zu vermeiden. Derzeit tut Deutschland dramatisch zu wenig. Vermutlich ist die nächste Legislatur das letzte Zeitfenster, um den Klimazielen aus Paris noch gerecht zu werden.



BEWERBUNG FÜR DEN BUNDESTAG INGRID NESTLE

Ich bitte Euch um Euer Vertrauen, im Wahlkampf für ein starkes Grünes Ergebnis zu streiten mit dem Anspruch, Politik in der nächsten Legislatur zu prägen und entscheidende Fortschritte beim Klimaschutz zu erreichen. Ich glaube, wir brauchen Frauen und Männer in unseren Parlamenten, die für ihre Sache brennen. Das gibt den Ansporn auch bei Schwierigkeiten und Widerständen Veränderung zu ermöglichen. Demokratie lebt davon, dass im Streit um die Sache für die beste Lösung gerungen wird. Sie darf nicht verknöchern in der Professionalität, auf jede Situation vorhersehbar perfekt zu reagieren und den politisch opportunen Kompromiss zu moderieren. Dazu gehört auch Offenheit für die vielen wichtigen Themen, die unsere Zeit prägen. Um nur ein paar weitere zu nennen: Steuergerechtigkeit. Internationale Gerechtigkeit. Kampf gegen Rechtsextremismus und für eine lebendige Medienlandschaft, die Fakten statt Hetze zu den Menschen bringt. Echte Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann. Eine angemessene Kindergrundsicherung.

Vor ungefähr einem Vierteljahrhundert habe ich in der Jugendumweltbewegung meine ersten Erfahrungen mit Politik gesammelt. Klimaschutz stand damals wie heute im Mittelpunkt meiner politischen Arbeit. Auch mein Studium hat sich um dieses Thema gedreht: ich bin Wirtschaftsingenieurin rund um die Energiewende und habe zur Klimakrise promoviert. 2001 brachte mich meine Lebensaufgabe zu Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der GRÜNEN JUGEND. Ich durfte für Euch im Bundestag und als Staatssekretärin konkret an Lösungen arbeiten und meinen Beitrag leisten. Doch ich bin noch lange nicht fertig.

In 25 Jahren werden wir uns wahrscheinlich eine Zeitmaschine wünschen, mit der wir zurück können in das Jahr 2021 und es noch einmal besser machen. Nutzen wir das Glück, dass wir tatsächlich im Jahr 2021 sind und ergreifen wir unsere Chance.

Ich bitte Euch um Eure Stimme meine Erfahrung, mein Wissen und meine Leidenschaft für Klimaschutz eine weitere Legislatur in den Bundestag zu tragen.

Eure Ingrid

KONTAKT

ingrid.nestle@bundestag.de
[@ingrid_nestle](https://www.instagram.com/ingrid_nestle)
[fb.com/ingridnestleMdB](https://www.facebook.com/ingridnestleMdB)

Ingrid Nestle, geb. 1977
verheiratet, 2 Kinder
Mitglied im KV Steinburg

LL 4 KvO Konstantin von Notz

Antragsteller*in: Konstantin von Notz (KV Hzgt. Lauenburg)
Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir leben in extrem herausfordernden Zeiten: Krisen verschränken und verstärken sich. Die dramatischen Folgen des Klimawandels werden täglich konkreter und spürbarer. Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, weltweite Kriege und Armut treiben Millionen Menschen in die Migration. Häufig entziehen sich Großkonzerne jedweder Regulierung und Verantwortung. Die Corona Pandemie fordert von uns allen ein Höchstmaß an Verantwortung und Solidarität.

Angesichts dieser Krisen brauchen wir starke Demokratien und entschlossene Demokrat*innen. Aber Demokratie und Rechtsstaat stehen unter Druck. Sie werden von Zynikern, Hasardeuren und Faschisten offen in Frage gestellt – weltweit, in Europa und auch in Deutschland.

Hass und Hetze prägen immer öfter den öffentlichen Diskurs. Gezielt verbreiten Rechtsextremisten Angst. Sie versuchen mit rassistischen und völkischen Erzählungen unsere Gesellschaft zu zersetzen und bedrohen Menschen, die anders denken, anders aussehen oder anders lieben.

Rechte Netzwerke reichen bis in unsere Sicherheitsbehörden. Der Mord an Walter Lübcke, die Terrortat von Hanau und der Anschlag auf die Synagoge in Halle haben gezeigt: Rechtsterrorismus und faschistische Ideologien bleiben die größte Bedrohung für Freiheit und Sicherheit.

Bewältigen können wir die Herausforderungen unserer Zeit nur, wenn wir vernetzt und solidarisch handeln: Die privaten Seenotretter*innen auf dem Mittelmeer, die Frauen auf den Straßen in Belarus, die Menschen in Deutschland, die nicht aufhören, die Stimme gegen rechte Hetze zu erheben – mutige Menschen machen Mut. Und Mut tilgt den Hass und frisst die Angst.

Wir brauchen mutige Bürger*innen, denn Verzagtheit rettet nicht den Planeten und Angst nutzt nur den Feinden der Freiheit. Wir brauchen aber auch eine Politik, die sich nicht scheut, Demokratiefinde beim Namen zu nennen und Ursachen für Klimakrise und Fluchtbewegungen entschlossen anzugehen. Die Zeit drängt.

Wenn wir Grüne bei all diesen Fragen die nächste Bundesregierung nicht antreiben, wird es niemand tun. Wir haben die Ideen, die Köpfe und die Konzepte – und wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

In Schleswig-Holstein haben wir gezeigt: Wir können das. Wir verhandeln unsere Inhalte hart, sind aber auch kompromissfähig. Wir sind streitbar, aber auch verlässlich und solidarisch. Wir gehen in unbequeme Bündnisse, verkaufen aber nicht unsere Ideale. Und so kämpfen wir weiter für unsere Bürgerrechte, eine konsequente Klima-, Agrar- und Verkehrswende, gegen die Vorratsdatenspeicherung und Unsinnprojekte wie die Fehmarnbeltquerung.

In Schleswig-Holstein haben wir viel erreicht, im Bund sehr viel vor. Gerne will ich weiter im Deutschen Bundestag für unseren Landesverband, für Schleswig-Holstein und unsere rechtsstaatliche Demokratie streiten.



Alter: 50
Geschlecht: männlich
Geburtsort: Mölln

Dabei möchte ich meine ganze politische Erfahrung einbringen, die ich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, als Koordinator für Innen, Recht, Verbraucherschutz und Flüchtlingspolitik, als Digitalpolitiker, als Aufkläre in Untersuchungsausschüssen und bei der Kontrolle der Geheimdienste gesammelt habe.

Als überzeugter Parlamentarier und radikaler Demokrat möchte ich auch weiterhin Sicherheits-, Kontroll- und Rechtsstaatsdefizite aufdecken, dringend benötigte Reformen vorantreiben und mich gemeinsam mit Euch für Vielfalt, Toleranz und Humanität einsetzen.

Dafür bitte ich Euch um Eure Stimme!

Eine ausführlichere und optisch ansprechendere Bewerbung findet ihr hier

<https://www.von-notz.de/2021/02/19/bewerbung-um-listenplatz-4/>

Persönlich:

- Geboren 1971 in Mölln
- Verheiratet, 2 Kinder
- Abitur und Zivildienst in Frankfurt a. M.
- Jurastudium und Promotion in Heidelberg
- 2003 - 2009 Rechtsanwalt in Mölln
- Engagement bei Transparency International
- Anwaltsnotdienst und Demobeobachtung

Die Grünen:

- Seit 1995 Mitglied bei den Grünen
- Seit 2004 Mitglied der Möllner Stadtvertretung
- Seit 2013 stellvertretender Bürgermeister
- 2007-2011 Sprecher des KV Lauenburg
- 2002-2011 Sprecher der LAG Demokratie & Recht
- 2011-2018 Mitglied der BDK-Antragskommission
- Seit 2009 Mitglied der Bundestagsfraktion

Bundestag:

- Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- Koordinator für Innen, Recht & Verbraucherschutz
- Beauftragter für Religion & Weltanschauungen
- Mitglied des Innenausschusses
- Stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums
- Stellv. Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Breitscheidplatz

Evangelin Konstantin



BEWERBUNG UM LISTENPLATZ 4

KONSTANTIN VON NOTZ

PERSÖNLICH

- Geboren 1971 in Mölln
- Verheiratet, 2 Kinder
- Abitur und Zivildienst in Frankfurt a. M.
- Jurastudium und Promotion in Heidelberg
- 2003 - 2009 Rechtsanwalt in Mölln
- Engagement bei Transparency International
- Anwaltsnotdienst und Demobeobachtung

FÜR EUCH DA



Alle Links & Infos findet Ihr auch auf
www.von-notz.de

DIE GRÜNEN

- Seit 1995 Mitglied bei den Grünen
- Seit 2004 Mitglied der Möllner Stadtvertretung
- Seit 2013 stellvertretender Bürgermeister
- 2007-2011 Sprecher des KV Lauenburg
- 2002-2011 Sprecher der LAG Demokratie & Recht
- 2011-2018 Mitglied der BDK-Antragskommission
- Seit 2009 Mitglied der Bundestagsfraktion

BUNDESTAG

- Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
- Koordinator für Innen, Recht & Verbraucherschutz
- Beauftragter für Religion & Weltanschauungen
- Mitglied des Innenausschusses
- Stellvertretender Vorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums
- Stellv. Mitglied im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss Breitscheidplatz

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir leben in extrem herausfordernden Zeiten: Krisen verschränken und verstärken sich. Die dramatischen Folgen des Klimawandels werden täglich konkreter und spürbarer. Die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen, weltweite Kriege und Armut treiben Millionen Menschen in die Migration. Häufig entziehen sich Großkonzerne jedweder Regulierung und Verantwortung. Die Corona Pandemie fordert von uns allen ein Höchstmaß an Verantwortung und Solidarität.

Angesichts dieser Krisen brauchen wir starke Demokratien und entschlossene Demokrat*innen. Aber Demokratie und Rechtsstaat stehen unter Druck. Sie werden von Zynikern, Hasardeuren und Faschisten offen in Frage gestellt – weltweit, in Europa und auch in Deutschland.

Hass und Hetze prägen immer öfter den öffentlichen Diskurs. Gezielt verbreiten Rechtsextremisten Angst. Sie versuchen mit rassistischen und völkischen Erzählungen unsere Gesellschaft zu zersetzen und bedrohen Menschen, die anders denken, anders aussehen oder anders lieben.

Rechte Netzwerke reichen bis in unsere Sicherheitsbehörden. Der Mord an Walter Lübcke, die Terrortat von Hanau und der Anschlag auf die Synagoge in Halle haben gezeigt: Rechtsterrorismus und faschistische Ideologien bleiben die größte Bedrohung für Freiheit und Sicherheit.

Bewältigen können wir die Herausforderungen unserer Zeit nur, wenn wir vernetzt und solidarisch handeln: Die privaten Seenotretter*innen auf dem Mittelmeer, die Frauen auf den Straßen in Belarus, die Menschen in Deutschland, die nicht aufhören, die Stimme gegen rechte Hetze zu erheben – mutige Menschen machen Mut. Und Mut tilgt den Hass und frisst die Angst.

Wir brauchen mutige Bürger*innen, denn Verzagtheit rettet nicht den Planeten und Angst nutzt nur den Feinden der Freiheit. Wir brauchen aber auch eine Politik, die sich nicht scheut, Demokratiefeinde beim Namen zu nennen und Ursachen für Klimakrise und Fluchtbewegungen entschlossen anzugehen. Die Zeit drängt.

Wenn wir Grüne bei all diesen Fragen die nächste Bundesregierung nicht antreiben, wird es niemand tun. Wir haben die Ideen, die Köpfe und die Konzepte – und wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen.

In Schleswig-Holstein haben wir gezeigt: Wir können das. Wir verhandeln unsere Inhalte hart, sind aber auch kompromissfähig. Wir sind streitbar, aber auch verlässlich und solidarisch. Wir gehen in unbequeme Bündnisse, verkaufen aber nicht unsere Ideale. Und so kämpfen wir weiter für unsere Bürgerrechte, eine konsequente Klima-, Agrar- und Verkehrswende, gegen die Vorratsdatenspeicherung und Unsinnprojekte wie die Fehmarnbeltquerung.

In Schleswig-Holstein haben wir viel erreicht, im Bund sehr viel vor. Gerne will ich weiter im Deutschen Bundestag für unseren Landesverband, für Schleswig-Holstein und unsere rechtsstaatliche Demokratie streiten.

Dabei möchte ich meine ganze politische Erfahrung einbringen, die ich als stellvertretender Fraktionsvorsitzender, als Koordinator für Innen, Recht, Verbraucherschutz und Flüchtlingspolitik, als Digitalpolitiker, als Aufklärer in Untersuchungsausschüssen und bei der Kontrolle der Geheimdienste gesammelt habe.

Als überzeugter Parlamentarier und radikaler Demokrat möchte ich auch weiterhin Sicherheits-, Kontroll- und Rechtsstaatsdefizite aufdecken, dringend benötigte Reformen vorantreiben und mich gemeinsam mit Euch für Vielfalt, Toleranz und Humanität einsetzen.

Dafür bitte ich Euch um Eure Stimme!

Euer Konstantin

IM BUND



IM LAND



IM WAHLKREIS



LL 5 DL Denise Loop

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

den ersten Kontakt mit den Grünen hatte ich vor 10 Jahren auf einer Anti-Atomkraftdemo in Brokdorf. Für mich ist es nach wie vor eine große Ungerechtigkeit, dass die Folgen der Atomkraft zukünftige Generationen belasten werden. Den Ausstieg aus der Kernenergie haben wir erkämpft, doch in Anbetracht des Klimawandels ist der Slogan: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“, aktueller denn je.

Ich wollte damals mehr als nur auf Demos teilnehmen und engagiere ich mich seitdem aktiv bei den Grünen. Während meiner Schulzeit habe ich die Grüne Jugend in Glückstadt mitgegründet und war dort Beisitzerin im Vorstand. Im Studium der Sozialen Arbeit in Kiel konnte ich als Landessprecherin der Grünen Jugend Schleswig-Holstein den Bundestags- und Landtagswahlkampf mitgestalten.

Seit zwei Jahren bin ich Kreisvorsitzende der Grünen im Kreis Dithmarschen und Mitglied im Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein.

Im Herzen immer noch gegen Atomkraft und für die Energiewende, haben sich meine Schwerpunkte durch mein Studium und meine Arbeit auf sozial- und gesellschaftspolitische Themen verlagert. Noch immer bestimmt soziale Herkunft, ob Menschen in unserer Gesellschaft mitreden dürfen. Für mich ist klar, dass grüne Politik der konsequente Einsatz für Gerechtigkeit auf allen Ebenen ist.

Zurzeit ist die Pandemie immer noch allgegenwärtig, dennoch dürfen wir den Fokus für wichtige Themen wie Soziale Gerechtigkeit nicht verlieren. Die Schere zwischen armen und wohlhabenden Menschen wird immer größer und Corona wirkt dabei wie ein Brennglas und verstärkt die Kontraste. Die Zeit drängt. Wir müssen die Schwachpunkte unserer Sozial- und Gesundheitssysteme klar benennen. Die Profitgier in diesen Bereichen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, fehlende digitale Ausstattung und wenig Geld für ärmeren Familien sind nur einige Beispiele. Die Bundestagswahl 2021 muss hierfür richtungsweisend sein, denn so wie bisher dürfen wir nicht weitermachen. Wenn die Gesellschaft sich spaltet und dadurch soziale Konflikte verschärft werden, dann fehlt die Unterstützung für die größte Krise des Jahrtausends – die Klimakrise. Für mich ist daher deutlich: Klimaschutz und Soziale Gerechtigkeit widersprechen sich nicht, sondern müssen konsequent zusammen gedacht werden.

Ich will den notwendigen Wandel aktiv mitgestalten und meine praktischen Erfahrungen im sozialen Bereich in konkretes politisches Handeln umsetzen. Daher bewerbe ich mich auf Platz 5 der Landesliste zur Bundestagswahl 2021.

Sozial und feministisch!

21,3 % der Kinder und Jugendlichen in Deutschland leben und wachsen in Armut auf. In meiner Arbeit als Sozialarbeiterin bin ich täglich mit den Auswirkungen der aktuellen Gesetzgebung des SGB II, der Sanktionen und der Bedarfsgemeinschaften auf die Lebensrealitäten und Zukunftschancen von Kindern und jungen Menschen konfrontiert. Hier wird durch gesetzliche Strukturen bewusst soziale Ungleichheit produziert und erhalten. Die Corona-Pandemie hat diese Situation für viele Familien und für junge Menschen noch weiter verschärft und die Exklusion von Menschen in unserer Gesellschaft



Alter:

26

Geschlecht:

weiblich

Geburtsort:

Itzehoe

vorangetrieben. Gemeinsam mit euch, möchte ich diese Probleme und Herausforderungen angehen. Ich möchte für Sanktionsfreiheit, die Erhöhung des Mindestlohns, Abschaffung des Niedriglohnsektors, eine Kindergrundsicherung, und ein bedingungsloses Grundeinkommen streiten.

Doch Sozialpolitik beschränkt sich nicht nur auf unsere sozialen Sicherungssysteme. Auch Frauen* sind vielfach von Armut und sozialer Ungleichheit betroffen. Sie arbeiten in schlecht bezahlten Berufen der Pflege und Erziehung. Sie leisten den großen Teil der Fürsorgearbeit und sind dadurch mehrfach belastet. Gerade jetzt während der Corona - Pandemie waren es Frauen*, die zu Hause geblieben sind und sich unbezahlt um Familie und Haushalt gekümmert haben.

Hinzu kommt, dass die Bruttolöhne von Frauen* im Schnitt 21 Prozent geringer sind als die von Männern. Das hängt zum einen mit der schon beschriebenen unbezahlten Care-Arbeit zusammen und zum anderen gibt es immer noch Gesetze, die massiv dafür sorgen, dass Frauen* finanziell benachteiligt werden. Zum Beispiel wird durch das Ehegattensplitting eine finanzielle Ungleichheit zwischen Männern und Frauen strukturell manifestiert. Es muss ersetzt werden durch ein Modell, welches sich an die Lebensrealitäten des 21. Jahrhunderts anpasst. Nicht die Ehe sollte gefördert werden, sondern, dass Menschen gemeinsam Kinder großziehen oder Angehörige pflegen.

Und gleichzeitig müssen wir endlich darüber sprechen wie wir private, aber auch bezahlte Care Arbeit gerechter aufteilen und sozialen Berufen mehr Anerkennung geben können.

Es ist notwendig, dass wir die Rahmenbedingungen unseres Sozialsystems verändern und alle Menschen, jung oder alt, mit oder ohne Behinderungen, ein selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft werden und in ihr partizipieren können. Anstatt Exklusion zu verwalten, müssen wir Inklusion ermöglichen!

Junge Menschen in die Parlamente!

Wir jungen Menschen sind politisch. Wir engagieren uns vielfältig auf unterschiedlichen Ebenen in Parteien, der Schule, Vereinen, Gewerkschaften, NGOs und Bewegungen, wie Fridays for Future. Uns ist unsere Zukunft nicht egal, sondern wir wollen mitentscheiden und gestalten. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir unsere Forderungen und Positionen in die Parlamente tragen. Bei der Grünen Jugend wurde ich politisiert. Ich habe als Landesprecherin Wahlkämpfe organisiert, Ortsgruppen ins Leben gerufen und Podiumsdiskussionen. Jetzt bin ich als Teil von Bündnis 90/Die Grünen in Dithmarschen bei vielen Aktionen dabei und kämpfe für eine vielfältige, offenere und gerechtere Gesellschaft.

Daher steht mein Entschluss fest: Ich möchte Politik nicht mehr nur ehrenamtlich auf Kreis- und Landesebene gestalten, sondern für euch in den Bundestag. Ich möchte für eine progressive, grüne Sozialpolitik streiten, die Menschen auf Augenhöhe begegnet und echte Partizipation ermöglicht.

Gemeinsam mit euch möchte ich einen grünen und leidenschaftlichen Wahlkampf organisieren. Ich möchte mit euch durchs Land touren und auf die Straße gehen, um die Menschen für unsere grünen Ideen und Inhalte zu begeistern.

Dafür bitte ich um eure Stimme und euer Vertrauen!

Eure Denise

Denise loop



Bewerbung

DENISE LOOP

Listenplatz 5 zur
Bundestagswahl

Liebe Freundinnen und Freunde,

den ersten Kontakt mit den Grünen hatte ich vor 10 Jahren auf einer Anti-Atomkraftdemo in Brokdorf. Für mich ist es nach wie vor eine große Ungerechtigkeit, dass die Folgen der Atomkraft zukünftige Generationen belasten werden. Den Ausstieg aus der Kernenergie haben wir erkämpft, doch in Anbetracht des Klimawandels ist der Slogan: „Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt“, aktueller denn je.

Ich wollte damals mehr als nur auf Demos teilnehmen und engagierte ich mich seitdem aktiv bei den Grünen. Während meiner Schulzeit habe ich die Grüne Jugend in Glückstadt mitgegründet und war dort Beisitzerin im Vorstand. Im Studium der Sozialen Arbeit in Kiel konnte ich als Landessprecherin der Grünen Jugend Schleswig-Holstein den Bundestags- und Landtagswahlkampf mitgestalten.

Seit zwei Jahren bin ich Kreisvorsitzende der Grünen im Kreis Dithmarschen und Mitglied im Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein.

Im Herzen immer noch gegen Atomkraft

und für die Energiewende, haben sich meine Schwerpunkte durch mein Studium und meine Arbeit auf sozial- und gesellschaftspolitische Themen verlagert. Noch immer bestimmt soziale Herkunft, ob Menschen in unserer Gesellschaft mitreden dürfen. Für mich ist klar, dass grüne Politik der konsequente Einsatz für Gerechtigkeit auf allen Ebenen ist.

Zurzeit ist die Pandemie immer noch allgegenwärtig, dennoch dürfen wir den Fokus für wichtige Themen wie Soziale Gerechtigkeit nicht verlieren. Die Schere zwischen armen und wohlhabenden Menschen wird immer größer und Corona wirkt dabei wie ein Brennglas und verstärkt die Kontraste. Die Zeit drängt. Wir müssen die Schwachpunkte unserer Sozial- und Gesundheitssysteme klar benennen. Die Profitgier in diesen Bereichen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, fehlende digitale Ausstattung und wenig Geld für ärmeren Familien sind nur einige Beispiele. Die Bundestagswahl 2021 muss hierfür richtungsweisend sein, denn so wie bisher dürfen wir nicht weitermachen. Wenn die Gesellschaft sich spaltet und dadurch soziale Konflikte verschärft werden, dann fehlt die Unterstützung für die größte Krise des Jahrtausends – die Klimakrise. Für mich ist daher deutlich: Klimaschutz und Soziale Gerechtigkeit.

keit widersprechen sich nicht, sondern müssen konsequent zusammen gedacht werden.

Ich will den notwendigen Wandel aktiv mitgestalten und meine praktischen Erfahrungen im sozialen Bereich in konkretes politisches Handeln umsetzen. Daher bewerbe ich mich auf Platz 5 der Landesliste zur Bundestagswahl 2021.

Sozial und feministisch!

21,3 % der Kinder und Jugendlichen in Deutschland leben und wachsen in Armut auf. In meiner Arbeit als Sozialarbeiterin bin ich täglich mit den Auswirkungen der aktuellen Gesetzgebung des SGB II, der Sanktionen und der Bedarfsgemeinschaften auf die Lebensrealitäten und Zukunftschancen von Kindern und jungen Menschen konfrontiert. Hier wird durch gesetzliche Strukturen bewusst soziale Ungleichheit produziert und erhalten. Die Corona-Pandemie hat diese Situation für viele Familien und für junge Menschen noch weiter verschärft und die Exklusion von Menschen in unserer Gesellschaft vorangetrieben. Gemeinsam mit euch, möchte ich diese Probleme und Herausforderungen angehen. Ich möchte für Sanktionsfreiheit, die Erhöhung des Mindestlohns, Abschaffung des Niedriglohnssektors, eine Kindergrundsicherung, und ein bedingungsloses Grundeinkommen streiten.

Doch Sozialpolitik beschränkt sich nicht nur auf unsere sozialen Sicherungssysteme. Auch Frauen* sind vielfach von Armut und sozialer Ungleichheit betroffen. Sie arbeiten in schlecht bezahlten Berufen der Pflege und Erziehung. Sie leisten den großen Teil der Fürsorgearbeit und sind dadurch mehrfach belastet. Gerade jetzt während der Corona-Pandemie waren es Frauen*, die zu Hause geblieben sind und sich unbezahlt um Familie und Haushalt gekümmert haben.

Hinzu kommt, dass die Bruttolöhne von Frauen* im Schnitt 21 Prozent geringer sind als

die von Männern. Das hängt zum einen mit der schon beschriebenen unbezahlten Care-Arbeit zusammen und zum anderen gibt es immer noch Gesetze, die massiv dafür sorgen, dass Frauen* finanziell benachteiligt werden. Zum Beispiel wird durch das Ehegattensplitting eine finanzielle Ungleichheit zwischen Männern und Frauen strukturell manifestiert. Es muss ersetzt werden durch ein Modell, welches sich an die Lebensrealitäten des 21. Jahrhunderts anpasst. Nicht die Ehe sollte gefördert werden, sondern, dass Menschen gemeinsam Kinder großziehen oder Angehörige pflegen.

Und gleichzeitig müssen wir endlich darüber sprechen wie wir private, aber auch bezahlte Care Arbeit gerechter aufteilen und sozialen Berufen mehr Anerkennung geben können.

Es ist notwendig, dass wir die Rahmenbedingungen unseres Sozialsystems verändern und alle Menschen, jung oder alt, mit oder ohne Behinderungen, ein selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft werden und in ihr partizipieren können. Anstatt Exklusion zu verwalten, müssen wir Inklusion ermöglichen!

Junge Menschen in die Parlamente!

Wir jungen Menschen sind politisch. Wir engagieren uns vielfältig auf unterschiedlichen Ebenen in Parteien, der Schule, Vereinen, Gewerkschaften, NGOs und Bewegungen, wie Fridays for Future. Uns ist unsere Zukunft nicht egal, sondern wir wollen mitentscheiden und gestalten. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir unsere Forderungen und Positionen in die Parlamente tragen. Bei der Grünen Jugend wurde ich politisiert. Ich habe als Landesprecherin Wahlkämpfe organisiert, Ortsgruppen ins Leben gerufen und Podiumsdiskussionen. Jetzt bin ich als Teil von Bündnis 90/Die Grünen in Dithmarschen bei vielen Aktionen dabei und kämpfe für eine vielfältige, offenere und gerechtere Gesellschaft.






Daher steht mein Entschluss fest: Ich möchte Politik nicht mehr nur ehrenamtlich auf Kreis- und Landesebene gestalten, sondern für euch in den Bundestag. Ich möchte für eine progressive, grüne Sozialpolitik streiten, die Menschen auf Augenhöhe begegnet und echte Partizipation ermöglicht.

Gemeinsam mit euch möchte ich einen grünen und leidenschaftlichen Wahlkampf organisieren. Ich möchte mit euch durchs Land touren und auf die Straße gehen, um die Menschen für unsere grünen Ideen und Inhalte zu begeistern.

Dafür bitte ich um eure Stimme und euer Vertrauen!

EURE DENISE

 denise.loop
 Denise Loop
 Denise.loop@posteo.de
<https://gruenejugend-sh.de/bundestagswahl/>

ANSONSTEN

Mitglied bei Verdi
Ehrenamtlich bei den Pfadfindern aktiv
Am liebsten zu Fuß unterwegs

ÜBER MICH

26 Jahre alt
staatlich anerkannte
Sozialarbeiterin

BERUFLICH

Ambulante Hilfen Stiftung
Drachensee Kiel – Wohnen und
Arbeiten für Menschen mit Be-
hinderungen

AWO Kiel - Offener Kinder- und
Jugendtreff „Kick“

Seit 05/2018 Fachdienst Sozialpädagogische
Hilfen/Jugendamt Kreis Dith-
marschen

BEI DEN GRÜNEN

seit 2010 Mitglied der Grünen Jugend

seit 04/2016 Mitglied bei Bündnis 90/ Die
Grünen

03/2015 - Sprecherin der Grünen Jugend
09/2017 Schleswig-Holstein

09/2017 - politische Geschäftsführung
09/2018 Grüne Jugend Schleswig-Hol-
stein

Seit 10/2019 Mitglied im Parteirat von Bünd-
nis 90/Die Grünen Schleswig-
Holstein

seit 07/2019 Vorsitzende KV Dithmarschen

Selbstvorstellung

Bewerbung um einen Listenplatz ab Nummer 5

Liebe Freundinnen und Freunde,

was mir besonders gut an unserer Partei gefällt, ist die Möglichkeit von Beginn an dabei sein zu können und auch dazu animiert zu werden. Wir Grüne agieren basisdemokratisch und wertschätzend miteinander. Daher habe ich lange überlegt, ob es richtig ist, mich zu bewerben. Mir gingen dabei die Menschen durch den Kopf, die sich bereits jahrelang in den Kreisverbänden eingesetzt haben und es vielleicht oder nach Maßstäben unserer Leistungsgesellschaft eher „verdient“ hätten einen Listenplatz zu erhalten.

Aber es lässt mich einfach nicht los, ich spüre den Impuls meinen Hut in den Ring zu werfen. Ich möchte gemeinsam mit Euch agieren, möchte gemeinsam mit Euch eine neue Gesellschaft gestalten und wenn ihr der Meinung seid, dass ich für Euch in die Welt ziehe, dann mache ich das mit Herzblut.

Ich bin seit 2019 Mitglied der Grünen und beschäftige mich schon länger mit der Politik! Ich habe Wirtschaft-Politik studiert und als Lehrerin jungen Menschen dieses Genre vermittelt.

Ich bin Co-Sprecherin der LAG Demokratie und Recht, sowie Delegierte der BAG und beschäftige mich beruflich im Bildungsministerium mit der Demokratiebildung.

Ich durfte in meinem Leben viele Erfahrungen sammeln, die mir einen breiten Einblick in unsere Gesellschaft ermöglichten.

Ich wurde früh Mutter, bekam meine Tochter mit 23 Jahren, bis dato hatte ich ein Abitur und eine abgeschlossene Lehre als Bürokauffrau, was mir, neben dem Kaffeekochen für die Chefs, das 10 Finger-System-Tippen lehrte. Ich erlebte wie es ist mit Kindern zu studieren, sich über ein Pausensemester zu freuen, da man dann endlich einmal genug Geld zum Leben hatte. Ich habe früh erfahren, wie es sich anfühlt alleinerziehend zu sein, habe eine Scheidung hinter mir, häusliche Gewalt und soziale Abgründe erfahren.

Ich kenne mich in verschiedenen sozialen Milieus aus, da ich als Lehrerin in einer Brennpunktschule in Kiel Gaarden gearbeitet habe und nebenberuflich als ambulante Pflegekraft sowie ambulante Bezugsbetreuerin tätig war. Ich möchte behaupten, dass ich trotz meines jetzigen ‚Blasenlebens‘ andere Lebensmodelle kenne, nicht nur von Erzählungen, sondern aus eigener Erfahrung.

Hier würde ich auch den Schwerpunkt meiner politischen Arbeit sehen: Das Gespräch mit den Menschen suchen und erfahren, wo der Schuh drückt, alle im Blick zu haben. Ich erachte es als meine Aufgabe mich immer wieder bei den Menschen unserer Gesellschaft zu erkundigen, was sie brauchen. Ich möchte die mir erteilte Macht im Sinne von Hannah Arendt einsetzen. Denn sie sieht Macht als etwas an, „das der menschlichen Fähigkeit entspringt, nicht nur zu handeln oder etwas zu tun, sondern sich mit anderen zusammenzuschließen und im Einvernehmen mit ihnen zu handeln. Das Grundphänomen der Macht ist nicht die Instrumentalisierung eines fremden Willens für eigene Zwecke, sondern die Formierung eines gemeinsamen Willens in einer auf Verständigung gerichteten Kommunikation.“ (vgl. Macht und Gewalt, 1970, S. 45.)



Alter: 52
Geschlecht: W
Geburtsort: Kiel

Damit mir dies gelingt, bilde ich mich u.a. gerne weiter. Im Moment durchlaufe ich z.B. bei der Bundeszentrale für politische Bildung eine Ausbildung zur Trainerin im Bereich des Antiziganismus und erhalte tiefe Einblicke in den Bereich dieser Minderheit.

Demokratie bedeutet für mich jedoch nicht nur die Vielfalt unserer Gesellschaft zu sehen, sondern auch Partizipationsmöglichkeiten zu erweitern, indem man z.B. einen Bürger*innenrat ermöglicht.

Ich bin überzeugt davon, dass die Menschheit die Krisen nur gemeinsam bewältigen kann, sei es die Klimakrise oder soziale Krisen. Gemeinsam sind wir stark und daher würde ich mir wünschen, dass wir eine Regierung wie in Neuseeland konzipieren. Eine Regierung, die vielfältig ist und Vertreter*Innen aus allen Bereichen integriert. Unser Diversitätsstatut zeigt mir dabei wieder, wie fortschrittlich wir Grünen sind. Immer am Puls der Zeit, basisdemokratisch und nach vorne denkend. Daher würde ich mir auch wünschen, dass die Liste, die wir aufstellen, Menschen darstellt, die aus verschiedenen Blickwinkeln auf die Gesellschaft gucken und diese vertreten.

Denn Ziel ist es ja nicht Posten zu verteilen für verdiente Taten, sondern die Gesellschaft zu verändern, ein weiter so geht nicht mehr! Wir müssen global und ganzheitlich denken und unsere persönlichen Belange hintenanstellen. Es gilt jetzt themenzentriert politisch zu agieren, über Parteigrenzen hinaus, so wie wir Grüne das bis dato auch immer angestrebt haben. Es ist Energieverschwendung, wenn wir uns gegenseitig bekämpfen und blockieren, denn die großen Themen der Zukunft können wir nicht alleine bewältigen.

Auf Grund dieser Überlegungen habe ich mich entschieden, für einen Listenplatz zu kandidieren und auch meinen Blickwinkel zur Verfügung zu stellen.

Zur Person:

Abitur 1988 (Jungmannschule Eckernförde)

Substituten-Ausbildung bei Hertie (abgebrochen), Studium WiPo (abgebrochen)

Ausbildung Bürokauffrau 1990-1992 (abgeschlossen)

Geburt Tochter 1992

Geburt Sohn 1995

2. Staatsexamen Lehramt Grund- und Hauptschule 2000

Laufbahnwechsel Realschullehramt 2015

Abordnung ins Bildungsministerium seit 2018

LL 6 BH Bruno Hönel

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Bewerbung um Listenplatz 6 unserer Bundestagsliste

"Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt." - Erich Fried

Liebe Freundinnen und Freunde,

Der Österreichische Literat Erich Fried hat diese Worte in der Zeit des Wettrüstens bewusst gewählt. Eine Appell für den Frieden. Eine Mahnung, den Blick nach vorn zu richten, um mit der Veränderung das Gute und Notwendige zu bewahren. Im Grunde doch eine ur-grüne Überzeugung, oder nicht? Eine Überzeugung, welche im Kontext der kleinen Zeitspanne, die uns im Kampf gegen die Klimakrise noch bleibt, ein völlig neues Gewicht bekommt. In der anstehenden Legislatur des deutschen Bundestages wird sich entscheiden, ob wir den nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten und ein solidarisches Land hinterlassen werden. Dafür braucht es effektiven Klimaschutz und den Willen wieder mehr soziale Gerechtigkeit zu wagen. Es braucht den Mut zum Wandel und die Befähigung zum Kompromiss. Brücken bauen, Menschen mitnehmen, Gestalten. Dass ich das kann, habe ich in den letzten Jahren meiner ehrenamtlichen Arbeit bewiesen. Für die ökosoziale Transformation unserer Gesellschaft möchte ich meine inhaltlichen Stärken in der Gesundheits- und Sozialpolitik, meine Lebenserfahrung als schwuler Mann mit Osthintergrund und mein kommunalpolitisches Knowhow als Vorsitzender einer starken grünen Bürgerschaftsfraktion einbringen. Daher bewerbe mich bei euch um Platz 6 auf unserer Landesliste zur kommenden Bundestagswahl.

Kommunalpolitische Erfahrung und persönliche Bodenhaftung

Schon in jungen Jahren habe ich Verantwortung in der Kommunalpolitik übernommen. Seit einigen Jahren kämpfe ich als Fraktionsvorsitzender in der Lübecker Bürgerschaft für eine sozialere Stadt, die Mobilitätswende und eine klimaschonende Stadtentwicklung. Trotz verschiedener politischer Erfolge habe ich gerade bei meinen Herzensthemen, der Gesundheits- und Sozialpolitik, aber auch in der Bau- und Verkehrspolitik, immer wieder bemerkt, wie schlechte Bundesgesetze uns in der Kommune die Politik diktieren. Vor diesem Hintergrund hat sich bei mir der Wunsch und die Motivation verstärkt, jene Gesetze im Bundestag direkt mitgestalten zu können. In den letzten Jahren meiner Basis- und Fraktionsarbeit habe ich elementare Erfahrungen gesammelt, die für Politiker*innen von enormer Bedeutung und gerade für die Bundestagsarbeit unerlässlich sind. Ich weiß, wo ich herkomme, begegne den Menschen mit bodenständiger Offenheit und bin stets ansprechbar. Für die Arbeit im Bundestag gilt das einmal mehr!

Für Umwelt und Klima: Starke Kommunen in allen Himmelsrichtungen!

Als langjähriger Kommunalpolitiker ist es mir ein besonderes Anliegen den Kommunen und Kreisen unseres Landes eine starke Stimme in Berlin zu geben. Ich möchte dafür Sorge tragen, dass Gesetzgebung nicht mehr an den kommunalpolitischen Realitäten vorbei geht. Für den existenziellen Kampf gegen die Klimakrise brauchen wir Mitspracherecht, Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsfähigkeit in allen Regionen unseres Landes. Um es auf den Punkt zu bringen; Wir brauchen starke Kommunen! Viele Kreise und Kommunen unseres Landes müssen sich allerdings mit gravierenden Mängellisten herumschlagen. Von den Decken der Schule tropft es, das kleine Theater



Alter:

24

Geschlecht:

männlich

Geburtsort:

Dresden

nebenan muss aus Geldmangel schließen und die Radwege sind zum Teil kaum befahrbar. Es fehlt an Geld, nicht nur für die Infrastruktur, sondern auch für das Personal. Strukturelle Unterfinanzierung, Altschuldenlasten und der Mangel an nachhaltigen Investitionsmöglichkeiten lässt die Schere zwischen armen und reichen Kreisen und Kommunen immer mehr auseinandergehen. Ich möchte mich in Berlin dafür einsetzen, dass die Förderung nach dem Gießkannenprinzip aufhört und unsere Kommunen zielgenau finanziell unterstützt werden. Gesetzesinitiativen des Bundes müssen in Zukunft besondere kommunale Erfordernisse und regionale Umsetzungshindernisse mitdenken. Was wir aber wirklich brauchen, ist vernetzte Mobilität, schnelles Internet, ausgebaute Gesundheitsdienste und eine regionale flächendeckende Grundversorgung auch in strukturschwachen Regionen. Endlich gleichwertige Lebensverhältnisse und Investitionen für starke Kommunen. Dafür werde ich mich einsetzen!

Soziale Gerechtigkeit geht uns ALLE an!

Als Psychologe kenne ich die sozialen Probleme der Menschen gut. Immer wieder kommen wir in der Klinik in den Kontakt mit Menschen, die unverschuldet an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden und existentiellen Abstiegsängsten ausgesetzt sind. Die Beziehung zwischen der ökonomischen Regulationsfähigkeit freier Märkte und den sozialen Leitlinien staatsgetragener Politik befindet sich in einer gefährlichen Dysbalance. Das vergangene Jahrzehnt wäre die richtige Zeit gewesen, all jene Menschen, die täglich für den Wohlstand unserer Gesellschaft hart arbeiten, endlich am Wachstum zu beteiligen. Diese Gelegenheit hat die Bundesregierung verpasst! In Zeiten des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt braucht es nach Jahren des forcierten Wachstums nun eine Sozialstaatsreform, die unsere Gesellschaft sozial versöhnt und Hartz-IV überwindet. Ich möchte mich im Deutschen Bundestag für ein armutsfestes Garantieverprechen einsetzen, das alle Menschen in unserem Land wirksam vor Armut und den Härten des Leben schützt. Eine Grundsicherung, in der das soziokulturelle Existenzminimum echte Teilhabe garantiert und in Abhängigkeit von Einkommen, Vermögen und Bedarf unbürokratisch gewährt wird. Eine Gesellschaft, in der alle Bürger*innen ihre Talente, Ihre Kreativität und Ihre Kompetenzen zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen können. Für diese Vision möchte ich im Bundestag arbeiten!

Zweiklassenmedizin abschaffen - Profitlogik im Gesundheitswesen überwinden!

Gerade in der Gesundheitspolitik wird sich in den nächsten Jahren entscheiden, ob wir ein solidarisches Land sind. Ich bin ein großer Befürworter der Bürger*innenversicherung, die eine solidarische Finanzierung der Gesundheitsversorgung auf der Basis aller Bürger*innen und Einkunftsarten garantiert. Mit der Abschaffung der Zweiklassenmedizin können wir ein einheitliches Leistungsniveau unabhängig vom Einkommen garantieren und damit auch spürbar für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Dafür werde ich mich stark machen! Gleichzeitig möchte ich für einen grundsätzlichen Systemwechsel im Gesundheitssystem kämpfen. Die Profitlogik deutscher Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehört in die Geschichtsbücher unseres Landes. Für unser Gesundheitssystem muss gelten, dass es unabhängig von Profiten, Renditen und Vermögen die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle Menschen garantiert. Dazu gehört auch, dass Pflegekräften solche Arbeitsbedingungen garantiert werden, die für eine professionelle und bedarfsorientierte Ausführung Ihrer Tätigkeit unerlässlich sind. Vor allem aber verdienen die Beschäftigten in der Pflege endlich ein Gehalt, das den unschätzbaren Wert Ihrer Arbeit am Menschen in eine angemessene monetäre Verhältnismäßigkeit zu anderen Berufsbranchen setzt. Gerade während Corona haben wir bemerkt, welche Berufsgruppen unverzichtbar sind. Es ist höchste Zeit daraus die Lehren zu ziehen und unsere wohlwollenden Worte in nachhaltige und spürbare Reformen zu materialisieren. Let us care!

Für ein offenes und tolerantes Deutschland – immer und überall!

Als queerer Mann weiß ich nur zu gut, wie es sich anfühlt diskriminiert zu werden. Schiefe Blicke, abfällige Kommentare, verbale Anfeindungen. Ich habe es erlebt und Tausende Menschen in

Deutschland erleben es jeden Tag aus den verschiedensten und unwirklichsten Gründen. Noch immer hat es die Bundesregierung nicht geschafft, das Blutspenderverbot für homo- und bisexuelle Männer abzuschaffen. Noch immer gestattet Sie Ausnahmen für menschenunwürdige Konversionstherapien. Und dass SPD und CDU bis heute an einem diskriminierenden Transsexuellengesetz festhalten, anstatt ein echtes Selbstbestimmungsgesetz zu ratifizieren, macht mich wütend. Wie schon bei der Ehe für alle zeigt sich, dass wir jede Liberalisierung des heteronormativen Gesellschaftsbildes einiger politischer Akteure hart und mit langem Atem erkämpfen müssen. Wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Auf meinen Einsatz könnt Ihr dabei setzen!

Unsere Menschheitsaufgabe: Klimaschutz mit den Menschen und für die Menschen!

Mit unserer Politik der Ökosozialen Wende sind wir die einzige Partei in diesem Land, die sich der Notwendigkeit einer sozial verträglichen Klimapolitik bewusst ist. Klimaschutz ist kein Hobby wohlhabender Mittelstands-Kinder, die am Freitag gern mal auf die Schule verzichten, sondern eine Menschheitsaufgabe. Wir nähern uns rasant den planetaren Belastungsgrenzen und beeinflussen das Klimasystem, die biologische Vielfalt und den Wasserhaushalt so stark, dass sich unsere Erde in einen unwirklichen Ort verwandeln könnte. Eine Politik der Selbstbeschäftigung und der schlechten Kompromisse wird unseren Kindern keine lebenswerte Umwelt hinterlassen. Wir werden nur dann ein sozial gerechteres Deutschland für die kommenden Generationen aufbauen können, wenn wir den zerstörerischen weltweiten Klimawandel bremsen. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Abschaltung der Kohlekraftwerke, dem Umstieg auf nachhaltige Mobilität und der Agrarwende müssen wir den Menschen in den kommenden Jahren einiges abverlangen. Als Gesundheits- und Sozialpolitiker sehe ich es als meine Pflicht an, diese Bemühungen sozial verträglich auszugestalten, um die Menschen auf unserem Weg nicht zu verlieren. Ich werde dafür kämpfen, dass die Lasten im Kampf gegen die Klimakrise auf den Schultern der Starken liegen und die Schwächeren nicht erdrücken.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich möchte nicht, dass die Welt so bleibt, wie Sie ist. Ich möchte, dass wir es schaffen eine Politik zu gestalten, die den folgenden Generationen alle Möglichkeiten erhält, Ihre Zukunft selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Im Kontext dessen, möchte ich all jenen Menschen eine Stimme sein, die es schwer haben in unserer Leistungsgesellschaft. Ich werde queere Menschen repräsentieren, die noch immer Stigmatisierung und struktureller Benachteiligung ausgesetzt sind und habe das Ziel die Kommunen und Gemeinden unseres Landes mit erfahrener Stimme zu vertreten. Man könnte auch sagen; Ich möchte ein Zahnrad in einem Team sein, das gemeinsam für das Ziel einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Gesellschaft kämpft.

Lasst uns den Aufbruch wagen! Dafür bitte ich Euch um euer Vertrauen.

Euer Bruno

Persönliches

- geboren 1996 in Dresden
- Studium der Psychologie in Lübeck (B.Sc.) und Hamburg (M.Sc.)
 - Mitglied des Studierendenparlamentes der Universität zu Lübeck (2017/2018)
- Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung
- Mitgliedschaften bei:
 - Amnesty International
 - World Wide Fund For Nature (WWF)

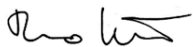
- Attac
- BUND e.V.

Politisches (Grünes) Engagement

- Votenträger für die Grüne Direktkandidatur im Wahlkreis 11 (Lübeck, Sandesneben-Nusse, Berkenthin)
- Fraktionsvorsitzender Grüne Lübeck
 - direkt gewähltes Mitglied der Lübecker Bürgerschaft
 - Mitglied im Sozialausschuss und Ältestenrat der Hansestadt Lübeck
 - weitere stellv. Ausschussmitgliedschaften bis 2019 (Bauausschuss, Jugendhilfeausschuss)
 - Mitglied im Kreisvorstand des KV Lübeck (bis 2018)
- Gründung der Grünen Jugend Lübeck (2017)
 - Mitglied im Vorstand der Grünen Jugend Lübeck (bis 2018)
- Landes- und Bundesparteitage delegierter
- mehrmaliges Mitglied im Präsidium des Landesparteitages
- Sprecher der LAG Gewerkschaftsgrün

„Lass uns den Aufbruch wagen!“

Euer Bruno





BEWERBUNG UM LISTENPLATZ 6 UNSERER BUNDESTAGSLISTE



✉ bruno.hoenel@gmx.de

☎ auf Anfrage ♥

📷 [bruno.hoenel](#)

📘 Bruno Hönel

🐦 [Bruno_Hoenel](#)

Über Mich:

BRUNO HÖNEL

Geboren 1996 in Dresden

Studium der Psychologie in Lübeck (B.Sc.)

und Hamburg (M.Sc.)

Politisches Engagement

- ◉ Fraktionsvorsitzender Grüne Lübeck
- ◉ Mitglied der Lübecker Bürgerschaft
- ◉ Mitglied im Sozialausschuss und Ältestenrat
- ◉ Stellv. Mitglied im Bauausschuss (bis 2019)
- ◉ Stellv. Mitglied im Jugendhilfeausschuss (bis 2019)
- ◉ Kreisvorstandsmitglied im KV Lübeck (bis 2018)
- ◉ Landes- und Bundesparteitagsdelegierter
- ◉ Mitglied im Parteitagspräsidium
- ◉ Sprecher der LAG Gewerkschaftsgrün

Weiteres Engagement

- ◉ Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung
- ◉ Mitglied d. Studierendenparlamentes der Universität zu Lübeck (2017/18)
- ◉ Amnesty International
- ◉ Attac
- ◉ World Wide Fund For Nature (WWF)
- ◉ BUND e.V.
- ◉ Gründung der GJ Lübeck (2017)

LASST UNS DEN
AUFBRUCH
WAGEN!





*„Wer will,
dass die
Welt so
bleibt,
wie sie ist,
der will
nicht,
dass sie
bleibt.“*
Erich Fried

Liebe Freundinnen und Freunde,

Der Österreichische Literat Erich Fried hat diese Worte in der Zeit des Wettrüstens bewusst gewählt. Eine Appell für den Frieden. Eine Mahnung, den Blick nach vorn zu richten, um mit der Veränderung das Gute und Notwendige zu bewahren. Im Grunde doch eine ur-grüne Überzeugung, oder nicht? Eine Überzeugung, welche im Kontext der kleinen Zeitspanne, die uns im Kampf gegen die Klimakrise noch bleibt, ein völlig neues Gewicht bekommt. In der anstehenden Legislatur des deutschen Bundestages wird sich entscheiden, ob wir den nachfolgenden Generationen einen lebenswerten Planeten und ein solidarisches Land hinterlassen werden. Dafür braucht es effektiven Klimaschutz und den Willen wieder mehr soziale Gerechtigkeit zu wagen. Es braucht den Mut zum Wandel und die Befähigung zum Kompromiss. Brücken bauen, Menschen mitnehmen, Gestalten. Dass ich das kann, habe ich in den letzten Jahren meiner ehrenamtlichen Arbeit bewiesen. Für die ökosoziale Transformation unserer Gesellschaft möchte ich meine inhaltlichen Stärken in der Gesundheits- und Sozialpolitik, meine Lebenserfahrung als schwuler Mann mit Osthintergrund und mein kommunalpolitisches Knowhow als Vorsitzender einer starken grünen Bürgerschaftsfraktion einbringen. Daher bewerbe mich bei euch um Platz 6 auf unserer Landesliste zur kommenden Bundestagswahl.

Kommunalpolitische Erfahrung und persönliche Bodenhaftung

Schon in jungen Jahren habe ich Verantwortung in der Kommunalpolitik übernommen. Seit einigen Jahren kämpfe ich als Fraktionsvorsitzender in der Lübecker Bürgerschaft für eine sozialere Stadt, die Mobilitätswende und eine klimaschonende Stadtentwicklung. Trotz verschiedener politischer Erfolge habe ich gerade bei meinen Herzenthemen, der Gesundheits- und Sozialpolitik, aber auch in der Bau- und Verkehrspolitik, immer wieder bemerkt, wie Bundesgesetze uns in der Kommune die Politik diktieren. Vor diesem Hintergrund hat sich bei mir der Wunsch und die Motivation verstärkt, jene Gesetze im Bundestag direkt mitgestalten zu können. In den letzten Jahren meiner Basis- und Fraktionsarbeit habe ich elementare Erfahrungen gesammelt, die für Politiker*innen von enormer Bedeutung und gerade für die Bundestagsarbeit unerlässlich sind. Ich weiß, wo ich herkomme, begegne den Menschen mit bodenständiger Offenheit und bin stets ansprechbar. Für die Arbeit im Bundestag gilt das einmal mehr!

Für Umwelt und Klima:

Starke Kommunen in allen Himmelsrichtungen!

Als langjähriger Kommunalpolitiker ist es mir ein besonderes Anliegen den Kommunen und Kreisen unseres Landes eine starke Stimme in Berlin zu geben. Ich möchte dafür Sorge tragen, dass Gesetzgebung nicht mehr an den kommunalpolitischen Realitäten vorbei geht. Für den existenziellen Kampf gegen die Klimakrise brauchen wir Mitspracherecht, Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsfähigkeit in allen Regionen unseres Landes. Um es auf den Punkt zu bringen; Wir brauchen starke Kommunen! Viele Kreise und Kommunen unseres Landes müssen sich allerdings mit gravierenden Mängellisten herumschlagen. Von den Decken der Schule tropft es, das kleine Theater nebenan muss aus Geldmangel schließen und die Radwege sind zum Teil kaum befahrbar. Es fehlt an Geld, nicht nur für die Infrastruktur, sondern auch für das Personal. Strukturelle Unterfinanzierung, Altschuldenlasten und der Mangel an nachhaltigen Investitionsmöglichkeiten lässt die Schere zwischen armen und reichen Kreisen und Kommunen immer mehr auseinandergehen. Ich möchte mich in Berlin dafür einsetzen, dass Die Förderung nach dem Gießkannenprinzip





„Für unser Gesundheitssystem muss gelten, dass es unabhängig von Profiten, Renditen und Vermögen die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle Menschen garantiert.“

aufhört und unsere Kommunen zielgenau finanziell unterstützt werden. Gesetzesinitiativen des Bundes müssen in Zukunft besondere kommunale Erfordernisse und regionale Umsetzungshindernisse mitdenken. Was wir aber wirklich brauchen, ist vernetzte Mobilität, schnelles Internet, ausgebaute Gesundheitsdienste und eine regionale flächendeckende Grundversorgung auch in strukturschwachen Regionen. Endlich gleichwertige Lebensverhältnisse und Investitionen für starke Kommunen. Dafür werde ich mich einsetzen!

Soziale Gerechtigkeit geht uns ALLE an!

Als Psychologe kenne ich die sozialen Probleme der Menschen gut. Immer wieder kommen wir in der Klinik in den Kontakt mit Menschen, die unverschuldet an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden und existentiellen Abstiegsängsten ausgesetzt sind. Die Beziehung zwischen der ökonomischen Regulationsfähigkeit freier Märkte und den sozialen Leitlinien staatsgetragener Politik befindet sich in einer gefährlichen Dysbalance. Das vergangene Jahrzehnt wäre die richtige Zeit gewesen, all jene Menschen, die täglich für den Wohlstand unserer Gesellschaft hart arbeiten, endlich am Wachstum zu beteiligen. Diese Gelegenheit hat die Bundesregierung verpasst! In Zeiten des Strukturwandels auf dem Arbeitsmarkt braucht es nach Jahren des forcierten Wachstums nun eine Sozialstaatsreform, die unsere Gesellschaft sozial versöhnt und Hartz-IV überwindet. Ich möchte mich im Deutschen Bundestag für ein armutsfestes Garantieverprechen einsetzen, das alle Menschen in unserem Land wirksam vor Armut und den Härten des Leben schützt. Eine Grundsicherung, in der das soziokulturelle Existenzminimum echte Teilhabe garantiert und in Abhängigkeit von Einkommen, Vermögen und Bedarf unbürokratisch gewährt wird. Eine Gesellschaft, in der alle Bürger*innen ihre Talente, Ihre Kreativität und Ihre Kompetenzen zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen können. Für diese Vision möchte ich im Bundestag arbeiten!

Zweiklassenmedizin abschaffen - Profitlogik im Gesundheitswesen überwinden!

Gerade in der Gesundheitspolitik wird sich in den nächsten Jahren entscheiden, ob wir ein solidarisches Land sind. Ich bin ein großer Befürworter der Bürgerversicherung, die eine solidarische Finanzierung der Gesundheitsversorgung auf der Basis aller Bürger*innen und Einkunftsarten garantiert. Mit der Abschaffung der Zweiklassenmedizin können wir ein einheitliches Leistungsniveau unabhängig vom Einkommen garantieren und damit auch spürbar für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen. Dafür werde ich mich stark machen! Gleichzeitig möchte ich für einen grundsätzlichen Systemwechsel im Gesundheitssystem kämpfen. Die Profitlogik deutscher Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen gehört in die Geschichtsbücher unseres Landes. Für unser Gesundheitssystem muss gelten, dass es unabhängig von Profiten, Renditen und Vermögen die bestmögliche gesundheitliche Versorgung für alle Menschen garantiert. Dazu gehört auch, dass Pflegekräften solche Arbeitsbedingungen garantiert werden, die für eine professionelle und bedarfsorientierte Ausführung Ihrer Tätigkeit unerlässlich sind. Vor allem aber verdienen die Beschäftigten in der Pflege endlich ein Gehalt, das den unschätzbaren Wert Ihrer Arbeit am Menschen in eine angemessene monetäre Verhältnismäßigkeit zu anderen Berufsbranchen setzt. Gerade während Corona haben wir bemerkt, welche Berufsgruppen unverzichtbar sind. Es ist an der Zeit daraus die Lehren zu ziehen und unsere wohlwollenden Worte in nachhaltige und spürbare Reformen zu materialisieren. Let us care!





„Wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Auf meinen Einsatz könnt Ihr dabei setzen.“

Für ein offenes und tolerantes Deutschland – immer und überall!

Als queerer Mann weiß ich nur zu gut, wie es sich anfühlt diskriminiert zu werden. Schiefe Blicke, abfällige Kommentare, verbale Anfeindungen. Ich habe es erlebt und Tausende Menschen in Deutschland erleben es jeden Tag aus den verschiedensten und unwirklichsten Gründen. Noch immer hat es die Bundesregierung nicht geschafft, das Blutspenderverbot für homo- und bisexuelle Männer abzuschaffen. Noch immer gestattet Sie Ausnahmen für menschenunwürdige Konversionstherapien. Und dass SPD und CDU bis heute an einem diskriminierenden Transsexuellengesetz festhalten, anstatt ein echtes Selbstbestimmungsgesetz zu ratifizieren, macht mich wütend. Wie schon bei der Ehe für alle zeigt sich, dass wir jede Liberalisierung des heteronormativen Gesellschaftsbildes einiger politischer Akteure hart und mit langem Atem erkämpfen müssen. Wir müssen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Auf meinen Einsatz könnt Ihr dabei setzen!

Unsere Menschheitsaufgabe: Klimaschutz mit den Menschen und für die Menschen!

Mit unserer Politik der Ökosozialen Wende sind wir die einzige Partei in diesem Land, die sich der Notwendigkeit einer sozial verträglichen Klimapolitik bewusst ist. Klimaschutz ist kein Hobby wohlhabender Mittelstands-Kinder, die am Freitag gern mal auf die Schule verzichten, sondern eine Menschheitsaufgabe. Wir nähern uns rasant den planetaren Belastungsgrenzen und beeinflussen das Klimasystem, die biologische Vielfalt und den Wasserhaushalt so stark, dass sich unsere Erde in einen unwirklichen Ort verwandeln könnte. Eine Politik der Selbstbeschäftigung und der schlechten Kompromisse wird unseren Kindern keine lebenswerte Umwelt hinterlassen. Wir werden nur dann ein sozial gerechteres Deutschland für die kommenden Generationen aufbauen können, wenn wir den zerstörerischen weltweiten Klimawandel bremsen. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, der Abschaltung der Kohlekraftwerke, dem Umstieg auf nachhaltige Mobilität und der Agrarwende müssen wir den Menschen in den kommenden Jahren einiges abverlangen. Als Gesundheits- und Sozialpolitiker sehe ich es als meine Pflicht an, diese Bemühungen sozial verträglich auszugestalten, um die Menschen auf unserem Weg nicht zu verlieren. Ich werde dafür kämpfen, dass die Lasten im Kampf gegen die Klimakrise auf den Schultern der Starken liegen und die Schwächeren nicht erdrücken.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Ich möchte nicht, dass die Welt so bleibt, wie Sie ist. Ich möchte, dass wir es schaffen eine Politik zu machen, die den folgenden Generationen alle Möglichkeiten erhält, Ihre Zukunft selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Im Kontext dessen, möchte ich all jenen Menschen eine Stimme sein, die es schwer haben in unserer Leistungsgesellschaft. Ich werde queere Menschen repräsentieren, die noch immer Stigmatisierung und struktureller Benachteiligung ausgesetzt sind und habe das Ziel die Kommunen und Gemeinden unseres Landes mit erfahrener Stimme zu vertreten. Man könnte auch sagen; Ich möchte ein wichtiges Zahnrad in einem Team sein, das gemeinsam für das Ziel einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Gesellschaft kämpft.

Dafür bitte ich Euch um euer Vertrauen!

Euer Bruno



LL 6 JBl Jakob Blasel

Antragsteller*in: Jakob Blasel (KV Rendsburg-Eckernförde)
Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Ihr Lieben,

wir stehen vor der größten Herausforderung der Menschheitsgeschichte. Die Klimakrise droht in eine Klimakatastrophe zu kippen und die GroKo tut nichts, dies zu verhindern.

Mit bisherigen Kurs steuern wir auf eine globale Erwärmung von drei bis vier Grad zu! Das ist für mich eine unerträgliche Vorstellung.

Durch den Druck der Klimabewegung ist klar geworden, dass die gesellschaftlichen Mehrheiten für einen schnellen Kohleausstieg und konsequenten Klimaschutz da sind. Trotzdem wird an diesen weiter vorbeigeregert - noch fehlen die parlamentarischen Mehrheiten. Noch. Diese zu erreichen und alteingesessene Strukturen aufzubrechen, muss jetzt unser Ziel sein. Jede Sekunde, die wir zögern, wird für uns katastrophale Folgen haben. Die kommende Legislaturperiode birgt die letzte Chance, das Pariser Klimaabkommen zu retten und klimapolitisch endlich umzusteuern. Das geht nur mit grüner Politik, die ihre guten Umfragewerte in mutiges Regierungshandeln umsetzt.

Deshalb bewerbe ich mich auf unserer Landesliste um Platz 6 für die Bundestagswahl 2021.

Schon in meiner Schulzeit staute sich in mir Frust auf über eine Bundesregierung, die große Versprechen machte, aber diese nicht hielt. So führte mich mein Wunsch, politisch etwas zu verändern, mit 16 Jahren zu den Grünen. Gleichzeitig war mein Engagement auch über Parteistrukturen hinaus immer vielfältig. Denn Veränderung erreichen wir nur dann, wenn wir die gesamte Gesellschaft prägen. Neben Wahlkämpfen und lokalen Debatten habe ich mich deshalb auch bei Greenpeace, Fossil Free und Ende Gelände engagiert.

Darauf folgte ein Tag, der alles verändern sollte: Am Freitag, den 14. Dezember 2018 organisierten ein paar Freund*innen und ich eine der ersten Fridays for Future Demonstrationen in Deutschland. Was danach kam ist bekannt: Mit Fridays for Future haben wir es geschafft, Millionen auf die Straßen zu bewegen. Und schon bald wurde klar, dass hier eine Dynamik entstanden war, die wir für echte Veränderung nutzen könnten. Aus den Strukturen einzelner lokaler Gruppen wurde eine basisdemokratische Organisation, welche eine nie da gewesene gesellschaftliche Präsenz des Themas "Klima" mit sich brachte: Plötzlich hörten Minister*innen wie Svenja Schulze uns genau zu. Und auch Peter Altmaier kam an den Forderungen unserer Generation nicht mehr vorbei.

Diese Entwicklung der Bewegung gab mir in den vergangenen Monaten die Chance, aus einer aktivistischen Perspektive bundesweit Gespräche zu führen. Ich habe dabei versucht, im strategischen Austausch mit Politiker*innen aller demokratischen Parteien von außen, junge, radikale, progressive Perspektiven ins Parlament zu tragen. Doch während ich bei Lisa Badum (Klimapolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion) arbeitete, konnte ich lernen, wie viel des inhaltlichen Erfolgs daran hängt, dass wir Politiker*innen im Parlament haben, die für konsequente Klimapolitik streiten.

Jahrtausendkrise Klima

Wir erleben zurzeit massive Waldbrände auf der ganzen Welt und müssen mit ansehen, wie Dürren und Flutkatastrophen Menschen existenziell bedrohen. Dabei ist bekannt, dass die Verursacher der



Alter:

20

Geschlecht:

Männlich

Klimakrise nicht diejenigen sind, die ihre Folgen zuerst zu spüren bekommen. Die Klimakrise als Menschheitsherausforderung erfordert deshalb auf wissenschaftlichem Konsens basierende und entschlossene Antworten.

Wir müssen in Deutschland nicht nur bis spätestens 2030 komplett aus der Kohle aussteigen, sondern gleichzeitig den Ausbau Erneuerbarer Energien rasant beschleunigen. Schleswig-Holstein hat dabei eine Vorreiter*innenrolle. Als Land zwischen den Meeren können wir vom Windkraftausbau extrem profitieren und einen enormen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels leisten. Eine umfassende Mobilitätswende, die energetische Renovierung von Gebäude und die Klimaneutralität im Wärmesektor sind dabei aber genauso ein Muss. Fossile Energieträger dürfen mit staatlichen Geldern nicht weiter subventioniert werden!

Divestment hat für mich eine hohe Priorität, denn es kann nicht sein, dass wir weiter Milliardensummen an schmutzige Auto-, Kohle- und Gaskonzerne ausschütten, ohne dass diese Anstalten machen, ihre Emissionen gemäß des 1,5-Grad-Limits zu reduzieren. Hier können wir in Schleswig-Holstein Vorbild für den Bund sein. Auch muss unsere Klimapolitik nachhaltig Arbeitsplätze und Identitäten sichern und so einen sozial gerechten Strukturwandel ermöglichen. Soziale Gerechtigkeit darf nicht ständig gegen konsequente Klimapolitik ausgespielt werden. Die nächste Legislaturperiode des Bundestages ist das Zeitfenster, in dem wir wie nie zuvor für die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft arbeiten müssen. Gleichzeitig ist sie unsere Chance, den Grundstein für eine klimagerechte Zukunft zu legen. Dafür möchte ich kämpfen.

Unsere Antwort: Gerechtigkeit

Klimaschutz muss von der gesamten Gesellschaft getragen werden können und darf kein Luxus für Einige wenige sein. Doch geht es mir um mehr als nur Klimapolitik:

Wir befinden uns in einer massiven Gerechtigkeitskrise.

Corona hat dies noch einmal verdeutlicht: Jahrelange Bildungsungerechtigkeit wird jetzt noch einmal verstärkt. Jedes Kind sollte ein Recht auf ausreichende elektronische Ausstattung haben. Jede Schule braucht die Mittel für ein eigenes IT-Team. Auch das soziale Lernen darf im Distanzunterricht nicht ersatzlos gestrichen werden. Wir müssen weg von einer Fernlehre, die einem YouTube-Tutorial gleicht.

Auch unser Gesundheitssystem steht mit seinen Mitarbeiter*innen nicht erst seit einem Jahr unter einem dauerhaften Stresstest. Deshalb brauchen wir ein System, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die wirtschaftlichen Interessen des immer weiter privatisierten Gesundheitswesens. Altenpfleger*innen berichten immer wieder, dass sie sich pro Bewohner*in gerade einmal 15 Minuten Zeit pro Tag nehmen können. Das ist unmenschlich.

Wie wir mit den finanziell Schwächsten unter uns umgehen, offenbart, wie der gemeinsame Wertekompass unserer Gesellschaft aussieht. Jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf - in einem der reichsten Länder der Welt. Dass Kinder überhaupt von Arbeitslosengeld leben, ist absurd. Noch dazu verwehrt ihnen Hartz 4 aber zu sparen und macht so einen Ausstieg quasi unmöglich. Kein Kind darf in Armut aufwachsen. Chancen auf mehr Lebensqualität und beruflichen Aufstieg

dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir brauchen eine Kindergrundsicherung, um diesen zerstörerischen Zyklus zu beenden.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise treffen die Ärmsten der Gesellschaft am stärksten. Gerade jetzt müssen wir die Kehrtwende schaffen und sagen: Wir gehen gemeinsam und solidarisch durch die Krise - niemand darf auf der Strecke bleiben.

In den letzten Monaten sehen wir so deutlich wie selten zuvor, wie sehr unsere Wirtschaft darauf beruht, dass Frauen Verantwortung übernehmen. Ob unbezahlt in der eigenen Familie oder unterbezahlt in Krankenhäusern, Kitas oder in Supermärkten. Ungerechte Geschlechterverhältnisse

werden durch die Krise offengelegt. Frauen verdienen für dieselbe Arbeit im Schnitt immer noch weniger als Männer. Frauen sind chronisch unterrepräsentiert, sei es als Probandinnen in klinischen Studien, in den "Chefetagen" oder im Parlament. Frauen und Mädchen sind täglich mit Sexismus und Benachteiligung konfrontiert. Selbst im Jahr 2020 dürfen Frauen nicht selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden. So lange Frauen für die Rechte kämpfen müssen, die Männer immer hatten, müssen wir alle Feminist*innen sein.

Wir können es uns nicht leisten, soziale Krisen isoliert voneinander zu betrachten. Für die Soziale-, Corona- und die Klimakrise gilt gleichermaßen: Wir müssen alle Ebenen der Gerechtigkeit zusammendenken.

Bewegung in den Bundestag

Dass politisch trotzdem wenig passiert ist, liegt keineswegs an der mangelnden Schlagkraft der Klimabewegung, sondern an einem Versagen der politisch Verantwortlichen. Wenn wir das ändern wollen, ist klar, dass wir Grundlegendes anders machen müssen. Wenn wir grüne Politik umsetzen und die nötigen Veränderungen sozial gestalten wollen, dann müssen jeden einzelnen Menschen mitnehmen. Ich möchte in den Bundestag tragen, was uns seit Jahren als Partei stark macht: Unsere Nähe zum Protest auf der Straße und unsere Nähe zu den Visionen und Sorgen, die sich insbesondere meine, die jüngere Generation, über ihre Zukunft macht.

Diese Bundestagswahl ist unsere letzte Chance, um die Klimakatastrophe noch zu verhindern.

Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher - so viel steht fest.

Die Zukunft gehört uns. Dass es eine gute Zukunft wird, ist aber alles andere als selbstverständlich. Wir müssen sie uns gemeinsam erkämpfen.

Euer Jakob





Bewerbung

JAKOB BLASEL

Listenplatz 6 zur
Bundestagswahl

Ihr Lieben,

wir stehen vor der größten Herausforderung der Menschheitsgeschichte. Die Klimakrise droht in eine Klimakatastrophe zu kippen und die GroKo tut nichts, dies zu verhindern.

Mit bisherigen Kurs steuern wir auf eine globale Erwärmung von drei bis vier Grad zu! Das ist für mich eine unerträgliche Vorstellung.

Durch den Druck der Klimabewegung ist klar geworden, dass die gesellschaftlichen Mehrheiten für einen schnellen Kohleausstieg und konsequenten Klimaschutz da sind. Trotzdem wird an diesen weiter vorbeiregiert - noch fehlen die parlamentarischen Mehrheiten. Noch. Diese zu erreichen und alteingesessene Strukturen aufzubrechen, muss jetzt unser Ziel sein. Jede Sekunde, die wir zögern, wird für uns katastrophale Folgen haben. Die kommende Legislaturperiode birgt die letzte Chance, das Pariser Klimaabkommen zu retten und klimapolitisch endlich umzusteuern. Das geht nur mit grüner Politik, die ihre guten Umfragewerte in mutiges Regierungshandeln umsetzt.

Deshalb bewerbe ich mich auf unserer Landesliste um Platz 6 für die Bundestagswahl 2021.

Schon in meiner Schulzeit staute sich in mir Frust auf über eine Bundesregierung, die

große Versprechen machte, aber diese nicht hielt. So führte mich mein Wunsch, politisch etwas zu verändern, mit 16 Jahren zu den Grünen. Gleichzeitig war mein Engagement auch über Parteistrukturen hinaus immer vielfältig. Denn Veränderung erreichen wir nur dann, wenn wir die gesamte Gesellschaft prägen. Neben Wahlkämpfen und lokalen Debatten habe ich mich deshalb auch bei Greenpeace, Fossil Free und Ende Gelände engagiert.

Darauf folgte ein Tag, der alles verändern sollte: Am Freitag, den 14. Dezember 2018 organisierten ein paar Freund*innen und ich eine der ersten Fridays for Future Demonstrationen in Deutschland. Was danach kam ist bekannt: Mit Fridays for Future haben wir es geschafft, Millionen auf die Straßen zu bewegen. Und schon bald wurde klar, dass hier eine Dynamik entstanden war, die wir für echte Veränderung nutzen könnten. Aus den Strukturen einzelner lokaler Gruppen wurde eine basisdemokratische Organisation, welche eine nie da gewesene gesellschaftliche Präsenz des Themas "Klima" mit sich brachte: Plötzlich hörten Minister*innen wie Svenja Schulze uns genau zu. Und auch Peter Altmaier kam an den Forderungen unserer Generation nicht mehr vorbei.

Diese Entwicklung der Bewegung gab mir in den vergangenen Monaten die Chance, aus



einer aktivistischen Perspektive bundesweit Gespräche zu führen. Ich habe dabei versucht, im strategischen Austausch mit Politiker*innen aller demokratischen Parteien von außen, junge, radikale, progressive Perspektiven ins Parlament zu tragen. Doch während ich bei Lisa Badum (Klimapolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion) arbeitete, konnte ich lernen, wie viel des inhaltlichen Erfolgs daran hängt, dass wir Politiker*innen im Parlament haben, die für konsequente Klimapolitik streiten.

Jahrtausendkrise Klima

Wir erleben zurzeit massive Waldbrände auf der ganzen Welt und müssen mit ansehen, wie Dürren und Flutkatastrophen Menschen existenziell bedrohen. Dabei ist bekannt, dass die Verursacher der Klimakrise nicht diejenigen sind, die ihre Folgen zuerst zu spüren bekommen. Die Klimakrise als Menschheitsherausforderung erfordert deshalb auf wissenschaftlichem Konsens basierende und entschlossene Antworten.

Wir müssen in Deutschland nicht nur bis spätestens 2030 komplett aus der Kohle aussteigen, sondern gleichzeitig den Ausbau Erneuerbarer Energien rasant beschleunigen. Schleswig-Holstein hat dabei eine Vorreiter*innenrolle. Als Land zwischen den Meeren können wir vom Windkraftausbau ext-

rem profitieren und einen enormen Beitrag zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels leisten. Eine umfassende Mobilitätswende, die energetische Renovierung von Gebäude und die Klimaneutralität im Wärmesektor sind dabei aber genauso ein Muss. Fossile Energieträger dürfen mit staatlichen Geldern nicht weiter subventioniert werden!

Divestment hat für mich eine hohe Priorität, denn es kann nicht sein, dass wir weiter Milliardensummen an schmutzige Auto-, Kohle- und Gaskonzerne ausschütten, ohne dass diese Anstalten machen, ihre Emissionen gemäß des 1,5-Grad-Limits zu reduzieren. Hier können wir in Schleswig-Holstein Vorbild für den Bund sein. Auch muss unsere Klimapolitik nachhaltig Arbeitsplätze und Identitäten sichern und so einen sozial gerechten Strukturwandel ermöglichen. Soziale Gerechtigkeit darf nicht ständig gegen konsequente Klimapolitik ausgespielt werden. Die nächste Legislaturperiode des Bundestages ist das Zeitfenster, in dem wir wie nie zuvor für die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft arbeiten müssen. Gleichzeitig ist sie unsere Chance, den Grundstein für eine klimagerechte Zukunft zu legen. Dafür möchte ich kämpfen.

Unsere Antwort: Gerechtigkeit

Klimaschutz muss von der gesamten Ge-



sellschaft getragen werden können und darf kein Luxus für Einige wenige sein. Doch geht es mir um mehr als nur Klimapolitik: Wir befinden uns in einer massiven Gerechtigkeitskrise. Corona hat dies noch einmal verdeutlicht: Jahre-lange Bildungsungerechtigkeit wird jetzt noch einmal verstärkt. Jedes Kind sollte ein Recht auf ausreichende elektronische Ausstattung haben. Jede Schule braucht die Mittel für ein eigenes IT-Team. Auch das soziale Lernen darf im Distanzunterricht nicht ersatzlos gestrichen werden. Wir müssen weg von einer Fernlehre, die einem YouTube-Tutorial gleicht.

Auch unser Gesundheitssystem steht mit seinen Mitarbeiter*innen nicht erst seit einem Jahr unter einem dauerhaften Stresstest. Deshalb brauchen wir ein System, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht die wirtschaftlichen Interessen des immer weiter privatisierten Gesundheitswesens. Altenpfleger*innen berichten immer wieder, dass sie sich pro Bewohner*in gerade einmal 15 Minuten Zeit pro Tag nehmen können. Das ist unmenschlich.

Wie wir mit den finanziell Schwächsten unter uns umgehen, offenbart, wie der ge-

meinsame Wertekompass unserer Gesellschaft aussieht. Jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf - in einem der reichsten Länder der Welt. Dass Kinder überhaupt von Arbeitslosengeld leben, ist absurd. Noch dazu verwehrt ihnen Hartz 4 aber zu sparen und macht so einen Ausstieg quasi unmöglich. Kein Kind darf in Armut aufwachsen. Chancen auf mehr Lebensqualität und beruflichen Aufstieg dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir brauchen eine Kindergrundsicherung, um diesen zerstörerischen Zyklus zu beenden.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise treffen die Ärmsten der Gesellschaft am stärksten. Gerade jetzt müssen wir die Kehrtwende schaffen und sagen: Wir gehen gemeinsam und solidarisch durch die Krise - niemand darf auf der Strecke bleiben.

In den letzten Monaten sehen wir so deutlich wie selten zuvor, wie sehr unsere Wirtschaft darauf beruht, dass Frauen Verantwortung übernehmen. Ob unbezahlt in der eigenen Familie oder unterbezahlt in Krankenhäusern, Kitas oder in Supermärkten. Ungerechte Geschlechterverhältnisse werden durch die Krise of-



fengelegt. Frauen verdienen für dieselbe Arbeit im Schnitt immer noch weniger als Männer. Frauen sind chronisch unterrepräsentiert, sei es als Probandinnen in klinischen Studien, in den "Chefetagen" oder im Parlament. Frauen und Mädchen sind täglich mit Sexismus und Benachteiligung konfrontiert. Selbst im Jahr 2020 dürfen Frauen nicht selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden. So lange Frauen für die Rechte kämpfen müssen, die Männer immer hatten, müssen wir alle Feminist*innen sein.

Wir können es uns nicht leisten, soziale Krisen isoliert voneinander zu betrachten. Für die Soziale-, Corona- und die Klimakrise gilt gleichermaßen: Wir müssen alle Ebenen der Gerechtigkeit zusammendenken.

Bewegung in den Bundestag

Dass politisch trotzdem wenig passiert ist, liegt keineswegs an der mangelnden Schlagkraft der Klimabewegung, sondern an einem Versagen der politisch Verantwortlichen. Wenn wir das ändern wollen, ist klar, dass wir Grundlegendes anders machen müssen. Wenn wir grüne Politik

umsetzen und die nötigen Veränderungen sozial gestalten wollen, dann müssen jeden einzelnen Menschen mitnehmen. Ich möchte in den Bundestag tragen, was uns seit Jahren als Partei stark macht: Unsere Nähe zum Protest auf der Straße und unsere Nähe zu den Visionen und Sorgen, die sich insbesondere meine, die jüngere Generation, über ihre Zukunft macht.

Diese Bundestagswahl ist unsere letzte Chance, um die Klimakatastrophe noch zu verhindern. Wir können nicht einfach weitermachen wie bisher - so viel steht fest.

Die Zukunft gehört uns. Dass es eine gute Zukunft wird, ist aber alles andere als selbstverständlich. Wir müssen sie uns gemeinsam erkämpfen.

EUER JAKOB



[jakob.blasel](#)



[jakobblasel](#)



[@jakobblasel](#)



jakob.blasel@mailbox.org

LL 6 JBr Jakob Brunken

Antragsteller*in: Jakob Brunken (KV Ostholstein)
Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

im Mai 2020 bin ich zum ersten Mal Vater geworden. Statistisch gesehen wird mein Sohn das Jahr 2100 erleben, auch darum möchte aktiv daran arbeiten, dass unsere Erde auch zukünftig ein lebenswerter Planet bleibt.

Von der derzeitigen Bundesregierung ist kein Tatendrang zu erwarten, um die aktuellen Probleme nachhaltig anzugehen. Es wird deshalb 2021 darauf ankommen, dass wir ein möglichst starkes Ergebnis erhalten, um Teil der kommenden Bundesregierung zu werden und selbst Lösungen voran bringen zu können.

Energiewende geht nur mit dem Handwerk

Als Zimmerermeister bringe ich praktische Erfahrungen mit. Das Handwerk schafft nicht nur zukunftsfähige Jobs und ist damit eine wichtige Säule unserer Wirtschaft. Es ist ebenfalls die ausführende Kraft bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen für die Bewältigung der Energiewende. Ein Scheitern dieser Mammut-Aufgabe ist keine Option.

Die handwerkliche Ausbildung muss politisch gestärkt und die Weiterqualifizierung der Fachkräfte attraktiver werden. Schon jetzt haben viele Handwerksbetriebe Schwierigkeiten ausreichend qualifizierten Nachwuchs zu bekommen. Es sind Handwerker*innen, die den dringend benötigten Wohnraum schaffen und den Altbestand zeitgemäß und energetisch sanieren. Ohne ausreichend Handwerker*innen werden wir weder den notwendigen Zubau der Photovoltaik und Windkraft erreichen noch den erforderlichen Netzausbau vorantreiben.

Bausektor nachhaltiger machen

Ich möchte mich im Bundestag dafür einsetzen, dass Deutschland in den kommenden Jahren die notwendigen Weichen stellt, um klima- und umweltschädigende Verhaltensweisen abzustellen. Hierbei muss der Bausektor eine entscheidende Rolle einnehmen. Wie wir bauen und wohnen beeinflusst ganz erheblich unsere Gesundheit und die Lebensqualität.

Eine enorme Herausforderung auf dem Weg zur vollständigen Klimaneutralität wird auf alle unsere Gebäude zukommen. Mein Ziel ist, eine Entwicklung zu begleiten, die deutlich mehr nachwachsende Rohstoffe im Bausektor zum Standard macht. Schon heute lassen sich große Gebäude überwiegend mit nachwachsenden Rohstoffen bauen, dennoch werden standardmäßig Stahl und Beton eingesetzt. Viele Dämmstoffe werden auf Basis von Erdöl hergestellt, obwohl es ökologische Alternativen wie Hanf gibt.

Ich möchte, dass unsere Dachflächen zukünftig eine zusätzliche Funktion erhalten. Durch die Nutzung von Solarenergie lassen sich die benötigte Wärme und der erforderliche Strom erzeugen, begrünte Dächer dienen als Wasserspeicher und können das Mikroklima, insbesondere in den Ballungszentren, positiv beeinflussen. Hiervon profitieren Mensch und Tier gleichermaßen.



Alter:

34

Geschlecht:

männlich

Geburtsort:

Hannover

Ein Gebäude ist etwas, was für einen langen Zeitraum errichtet wird. Diesen Anspruch habe ich ebenfalls an die Politik.

FFBQ

Eine Bewerbung aus Ostholstein kommt nicht ohne ein paar Worte zur geplanten Festen Fehmarnbelt-Querung aus. Vor Fehmarn wird die Zerstörung des sensiblen Ökosystems Ostsee für ein nicht mehr zeitgemäßes Projekt in Kauf genommen, ohne Rücksicht auf die negativen Auswirkungen auf die Region über Ostholstein hinaus zu nehmen. Ich habe dieses Projekt immer abgelehnt und werde an dieser Haltung keinen Millimeter rütteln.

Direktkandidatur

Wie bereits bei der letzten Bundestagswahl wurde ich für den Wahlkreis 9 Ostholstein - Stormarn-Nord im Januar auf der Wahlversammlung als Direktkandidat aufgestellt.

Falls ihr Fragen habt, mit denen ihr nicht bis zum Landesparteitag warten möchtet, dürft ihr mir diese gerne per E-Mail JakobBrunken@gmail.com oder über <https://www.facebook.com/jakob.brunken> bzw. https://www.instagram.com/jkb_brnkn/ stellen. Ich bemühe mich dann um eine zeitnahe Antwort.

Ich möchte Eure Stimme in Berlin für grünes Handwerk sein und gemeinsam mit Euch die Zukunft gestalten.

Dafür bitte ich Euch um Eure Unterstützung!

Herzliche Grüße

Jakob Brunken

Bewerbung um Platz 6 der Landesliste zur Bundestagswahl 2021 in Schleswig-Holstein

Persönliches

- 1987 geboren in Hannover
- ein Kind mit meiner Frau
- Fahrradfahrer (auch bei Schietwetter)
- Imker
- Abitur in Ostholstein
- Zivildienst (ADiA) in Kanada
- Ausbildung zum Zimmermann in OH
- Meisterschule in Flensburg

Politisches

- seit 2009 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen
- 2011 - 2013 Mitglied im Parteirat SH
- 2013 - 2017 bürgerliches Mitglied im Bau- und Umweltausschuss der Gemeinde Kasseedorf
- seit 2013 Mitglied der KTF OH
- seit 2014 Kreistagsabgeordneter in OH
- 2017 Direktkandidat zur Bundestagswahl
- seit 2018 stellvertretender Ausschussvorsitzender im Natur- Umwelt- Bau und Verkehrsausschusses des Kreises



Liebe Freundinnen und Freunde,

im Mai 2020 bin ich zum ersten Mal Vater geworden. Statistisch gesehen wird mein Sohn das Jahr 2100 erleben, auch darum möchte aktiv daran arbeiten, dass unsere Erde auch zukünftig ein lebenswerter Planet bleibt.

Von der derzeitigen Bundesregierung ist kein Tatendrang zu erwarten, um die aktuellen Probleme nachhaltig anzugehen. Es wird deshalb 2021 darauf ankommen, dass wir ein möglichst starkes Ergebnis erhalten, um Teil der kommenden Bundesregierung zu werden und selbst Lösungen voran bringen zu können.

Energiewende geht nur mit dem Handwerk

Als Zimmerermeister bringe ich praktische Erfahrungen mit. Das Handwerk schafft nicht nur zukunftsfähige Jobs und ist damit eine wichtige Säule unserer Wirtschaft. Es ist ebenfalls die ausführende Kraft bei der Planung und Umsetzung von Maßnahmen für die Bewältigung der Energiewende. Ein Scheitern dieser Mammut-Aufgabe ist keine Option.

Die handwerkliche Ausbildung muss politisch gestärkt und die Weiterqualifizierung der Fachkräfte attraktiver werden. Schon jetzt haben viele Handwerksbetriebe Schwierigkeiten ausreichend qualifizierten Nachwuchs zu bekommen. Es sind Handwerker*innen, die den dringend benötigten Wohnraum schaffen und den Altbestand zeitgemäß und energetisch sanieren. Ohne ausreichend Handwerker*innen werden wir weder den notwendigen Zubau der Photovoltaik und Windkraft erreichen noch den erforderlichen Netzausbau vorantreiben.

Jakob Brunken

Bewerbung um Platz 6 der Landesliste zur Bundestagswahl 2021 in Schleswig-Holstein

Bausektor nachhaltiger machen

Ich möchte mich im Bundestag dafür einsetzen, dass Deutschland in den kommenden Jahren die notwendigen Weichen stellt, um klima- und umweltschädigende Verhaltensweisen abzustellen. Hierbei muss der Bausektor eine entscheidende Rolle einnehmen. Wie wir bauen und wohnen beeinflusst ganz erheblich unsere Gesundheit und die Lebensqualität.

Eine enorme Herausforderung auf dem Weg zur vollständigen Klimaneutralität wird auf alle unsere Gebäude zukommen. Mein Ziel ist, eine Entwicklung zu begleiten, die deutlich mehr nachwachsende Rohstoffe im Bausektor zum Standard macht. Schon heute lassen sich große Gebäude überwiegend mit nachwachsenden Rohstoffen bauen, dennoch werden standardmäßig Stahl und Beton eingesetzt. Viele Dämmstoffe werden auf Basis von Erdöl hergestellt, obwohl es ökologische Alternativen wie Hanf gibt.

Ich möchte, dass unsere Dachflächen zukünftig eine zusätzliche Funktion erhalten. Durch die Nutzung von Solarenergie lassen sich die benötigte Wärme und der erforderliche Strom erzeugen, begrünte Dächer dienen als Wasserspeicher und können das Mikroklima, insbesondere in den Ballungszentren, positiv beeinflussen. Hiervon profitieren Mensch und Tier gleichermaßen.

Ein Gebäude ist etwas, was für einen langen Zeitraum errichtet wird. Diesen Anspruch habe ich ebenfalls an die Politik.

FFBQ

Eine Bewerbung aus Ostholstein kommt nicht ohne ein paar Worte zur geplanten Festen Fehmarnbelt-Querung aus. Vor Fehmarn wird die Zerstörung des sensiblen Ökosystems Ostsee für ein nicht mehr zeitgemäßes Projekt in Kauf genommen, ohne Rücksicht auf die negativen Auswirkungen auf die Region über Ostholstein hinaus zu nehmen. Ich habe dieses Projekt immer abgelehnt und werde an dieser Haltung keinen Millimeter rütteln.

Direktkandidatur

Wie bereits bei der letzten Bundestagswahl wurde ich für den Wahlkreis 9 Ostholstein - Stormarn-Nord im Januar auf der Wahlversammlung als Direktkandidat aufgestellt.

Falls ihr Fragen habt, mit denen ihr nicht bis zum Landesparteitag warten möchtet, dürft ihr mir diese gerne per E-Mail JakobBrunken@gmail.com oder über <https://www.facebook.com/jakob.brunken> bzw. https://www.instagram.com/jkb_brnkn/ stellen. Ich bemühe mich dann um eine zeitnahe Antwort.

Ich möchte Eure Stimme in Berlin für grünes Handwerk sein und gemeinsam mit Euch die Zukunft gestalten.

Dafür bitte ich Euch um Eure Unterstützung!

Herzliche Grüße



LL 6 NB Nils Bollenbach

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Hinweis: meine Bewerbung gibt es auch als Hörfassung bei YouTube

<http://youtu.be/Bu29h-5b1Bo>

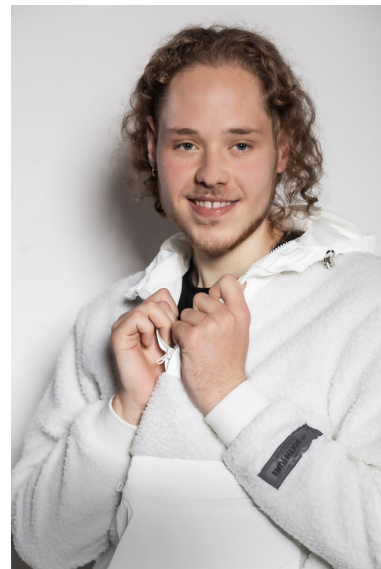
Mit mir wird's bunt!

Seit langem macht sich unsere Partei für Vielfalt und Empowerment aller Personen stark,- auch unterrepräsentierter Personengruppen. Wir selbst kritisieren unsere Listen als zu wenig divers. Mit dieser Tatsache setzt sich auch das im vergangenen Jahr verabschiedete Vielfalt-Statut auseinander. Ich gehe damit schon heute an den Start. Vielfalt zulassen und nicht nur darüber reden ist unser aller Leitbild und mein Ziel! Gerade im Bundestag ist diese Vielfalt als Abbild der Gesellschaft wichtig, denn viele Menschen sind schon jetzt nicht ausreichend repräsentiert. Das gilt z.B. für LGBTIQ und Menschen mit Behinderung, deren Rechte schon seit Jahrzehnten nicht angemessen umgesetzt werden. Gleiches gilt auch für Nichtakademiker*innen, Künstler*innen und die Jugend. Als einziges Kind mit Abitur, aus einem Nichtakademiker*innen-Haushalt, bin ich davon überzeugt, noch einmal einen ganz anderen Zugang zu unseren Wähler*innen aufbauen zu können. Beim Klimaschutz ist es wichtig, dass wir alle Menschen mitnehmen und chancengleiche Voraussetzungen schaffen.

Für die Jugend, für das Klima, für die Zukunft.

Klimaschutz ist schon längst keine Generationsfrage mehr. Seit 2018 engagiere ich mich als „Fridays for Future“-Aktivist, habe die Bewegung in Stormarn gegründet und teilweise im Alleingang hochgezogen. Die Lösungen sind gerade uns Grünen längst bekannt. Keiner fordert so viel Klimaschutz wie wir. Jetzt kommt es auf das Tempo an. Bis 2050 will die EU klimaneutral sein - viel zu spät, wenn wir das 1,5-Grad-Ziel, auf das sich 2019 auch zahlreiche Kommunen festgelegt haben, erreichen wollen. Wir sprechen von einem Zeitfenster von gerade einmal 14 Jahren, in denen wir alles vom Kopf auf die Füße stellen müssen. Wichtigstes Instrument, ist ein sozial gerechter CO2-Preis von mindestens 180€. Wenn dieser pro Kopf zurück gezahlt wird, können wir die persönliche Verantwortung spüren, endlich alle in die Pflicht nehmen und soziale Ungleichheit auflösen. Es braucht einen schnellen Ausbau erneuerbarer Energien, eine vollumfängliche Agrarwende, die auf Klasse statt Masse setzt. Hier möchte ich auch uns Grüne antreiben. Der Ausstieg aus der Massentierhaltung muss meiner Meinung nach in der nächsten Legislatur verabschiedet werden. Wir müssen den Flächenverbrauch stoppen. Wir brauchen eine schnelle Bauwende. Auch hier sehe ich den CO2-Preis als wichtiges Instrument, um Klimaschutz bis in die Kommunen durchzusetzen. Zur Beschleunigung der Mobilitätswende kommt es mir darauf an, neben einem erhöhten Ausbau der Schienen, allen, die auf ein eigenes Auto verzichten, einen kostenlosen Zugang zum ÖPNV zu gewährleisten. Das schafft Anreize und kommt vor allem Kindern, Jugendlichen und Senioren entgegen. Ich mache mich dafür stark, dass die Grünen das Landwirtschafts- und Verkehrsministerium einnehmen. Dort haben wir in den letzten Jahren die größten Enttäuschungen erlebt! Es besteht dringender Handlungsbedarf!

Für die Queere Community, für ein Leben ohne Hass.



Alter:

20

Geschlecht:

Männlich

Geburtsort:

Bad Oldesloe

Traurig aber wahr. Auch 2021 müssen LGBTIQ immer noch für ihre Rechte kämpfen und das nicht nur in anderen Ländern, sondern auch in Deutschland. Das Transsexuellengesetz muss abgeschafft und durch eines ersetzt werden, das auf Selbstbestimmung setzt. Schwule müssen endlich das Recht bekommen, gleichberechtigt Blut zu spenden. Darüber hinaus sollte Deutschland LGBTIQ unbedingt auch über das Grundgesetz besser schützen. Die Gesundheitsversorgung queerer Menschen ist bei Weitem nicht ausreichend. Hass, Kriminalität im Netz und auf der Straße gegen LGBTIQ und andere Minderheiten nehmen nachweislich zu. Es braucht wirksame Aktionspläne und Schulungen von Beamten. Jetzt in der Pandemie findet auch queeres Leben kaum statt, für eine Personengruppe, die ohnehin stärker von psychischen Problemen betroffen ist, eine große Gefahr, der die Politik auf allen Ebenen begegnen sollte. Auch außenpolitisch muss sich Deutschland meiner Meinung nach klarer positionieren. Noch immer werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität gefoltert und getötet.

Für Menschen mit Behinderung, für eine inklusive Gesellschaft ohne Barrieren.

Als Mensch mit einer nicht sichtbaren Behinderung (Asperger-Autismus) und zwei im Rollstuhl sitzenden Großeltern, weiß ich aus eigener Erfahrung, wie es um Inklusion und Teilhabe in unserem Land steht. Es gibt noch viel zu verbessern! Gerade in der aktuellen Corona-Pandemie und der uns bevorstehenden Klima-Krise stehen Menschen mit Behinderung vor ganz anderen Herausforderungen. Die Gebäude, die wir heute bauen, sollten aus Gründen der Nachhaltigkeit möglichst lange stehen. Es ist zwingend erforderlich, dass diese barrierefrei gebaut werden. Barrierefreiheit ist aber nicht nur für Rollstuhlfahrer*innen von Bedeutung, sondern auch für Menschen mit Gehhilfen und Familien mit Kinderwagen. Was fürs Wohnen gilt, gilt natürlich auch beim ÖPNV. Auch soziale Barrieren und solche in der Kommunikation, die nicht zwingend, aber häufig mit einer Behinderung einhergehen, müssen wir künftig berücksichtigen. Menschen mit und ohne Behinderung sind gerade im Netz und bei Behörden immer wieder vor große bürokratische Herausforderungen gestellt, die sie nicht alleine meistern können. Diese Barrieren müssen wir abbauen und bessere Unterstützung zur Verfügung stellen. Davon abgesehen, dass wir eh über andere Sozialsysteme nachdenken müssen, möchte ich speziell der sozialen Ungerechtigkeit von Menschen mit Behinderung entgegen wirken. Es braucht Alternativen zu ausbeuterischen Strukturen wie Behindertenwerkstätten, hier sind viele nicht nur unterfordert, sie haben sogar das Recht auf dem ersten Arbeitsmarkt inkludiert zu werden. Gerade für Menschen mit einer nicht sichtbaren Behinderung fehlt die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ich habe mich erst getraut, öffentlich mit meiner Behinderung umzugehen, seit Greta Thunberg der Welt bewiesen hat, dass Autismus wie jede andere Behinderung nicht gleich Schwäche und Inkompetenz bedeutet. Trotzdem werden Menschen mit psychischen, geistigen und seelischen Behinderungen angefeindet, auch von Rechtspopulisten im Deutschen Bundestag.

Für die Kreativen in unserer Gesellschaft, für gelebte Demokratie.

Kunst und Kultur sind wichtige Bausteine unserer Demokratie, die wir zu jedem Preis fördern und erhalten müssen. Noch immer fehlen angemessene Absicherungen für Künstler*innen, wie sich jüngst in der Pandemie gezeigt hat. Die Kunstfreiheit ist etwas, das wir wie die Presse- und Meinungsfreiheit verteidigen sollten. Unsere Medien, gerade die öffentlich rechtlichen Medien, müssen vielfältiger gestaltet werden. Dort braucht es ein Abbild der Gesellschaft zum Beispiel im Rollstuhl sitzende Moderator*innen usw.

Mit mir für Gerechtigkeit, für alle.

"Nichts über uns, ohne uns" Vertrauen in die Politik ist davon abhängig, wie stark sich die Bevölkerung durch Regierende vertreten fühlt. Eine Repräsentation aller Personengruppen im Bundestag ist ein Baustein alle Menschen mitnehmen und erreichen zu können. Aktuell fehlen 9 nicht heterosexuelle Menschen LGBTIQ, 43 Abgeordnete mit einer Behinderung und 63 Jüngere im Bundestag. (Quelle: SZ) Alle meine Themen versuche ich immer, global und übergreifend zu bearbeiten. Eine starke Klimapolitik ist unsere Lebensgrundlage. Gerade meine Generation wird noch am längsten mit den

Folgen des Klimawandels zu kämpfen haben. Mein starker Sinn für Gerechtigkeit treibt mich in meiner politischen Arbeit an. Es ist mir ein großes Anliegen, den Menschen eine Chance zu geben, die eine verdienen aber sonst eher selten eine bekommen würden! Denn auch ich habe heute nur die Möglichkeit für meine und die Rechte vieler Menschen zu kämpfen, weil mir Einzelne Chancen gegeben haben, die mir zunächst aufgrund meiner Behinderung versperrt waren. Potenziale nutzen und Menschen vereinen, verstehe ich als Aufgabe meiner politischen Arbeit. Ich möchte Vorbild sein und all denen eine Stimme geben, die so viele Jahre nicht gehört wurden. Deshalb bitte ich um euer Vertrauen.

Nils Bollenbach auf Listenplatz 6 für mehr Vielfalt auf der Liste und im Parlament.

<http://www.nils-bollenbach.de>

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Nils Bollenbach'. The signature is fluid and cursive, with the first letters of the first and last names being capitalized and prominent.

Nils Bollenbach



Jung - Schwul - Behindert

im Parlament nicht repräsentiert.

Bewerbung auf **Listenplatz 6** – der Landesliste von Bündnis 90 / Die Grünen Schleswig-Holstein, zur Bundestagswahl 2021

Alter: 20 Jahre (23.11.2000)
Kreisverband: Stormarn (Bargteheide)

Bisheriges Engagement bei den Grünen:

Seit 2017 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen
Seit 2018 Vorstandsmitglied im OV Bargteheide
Seit 2018 Mitglied der Bargteheider Grünen-Fraktion
Seit 2019 Beisitzer im Kreisvorstand Stormarn
Seit 2019 Mitglied im Landesparteirat
Seit 2020 Delegierter für den Landesparteitag (LAG Inklusion, LAG Queer und LAG Kultur)



Foto: Jens Ochmann

Weiteres Politisches Engagement:

Gründer der Stormarner Fridays for Future Bewegung
Ehemaliges Mitglied der Landes Schüler Vertretung / Schülersprecher



www.nils-bollenbach.de



[@nilsbollenbach](https://www.instagram.com/nilsbollenbach)



Nils Bollenbach



nilsbollenbach@gruene-stormarn.de



Nils Bollenbach

Mit mir wird's bunt!

Seit langem macht sich unsere Partei für Vielfalt und Empowerment aller Personen stark,- auch unterrepräsentierter Personengruppen. Wir selbst kritisieren unsere Listen als zu wenig divers. Mit dieser Tatsache setzt sich auch das im vergangenen Jahr verabschiedete Vielfalt-Statut auseinander. Ich gehe damit schon heute an den Start. Vielfalt zulassen und nicht nur darüber reden ist unser aller Leitbild und mein Ziel! Gerade im Bundestag ist diese Vielfalt als Abbild der Gesellschaft wichtig, denn viele Menschen sind schon jetzt nicht ausreichend repräsentiert. Das gilt z.B. für LGBTIQ und Menschen mit Behinderung, deren Rechte schon seit Jahrzehnten nicht angemessen umgesetzt werden. Gleiches gilt auch für Nichtakademiker*innen, Künstler*innen und die Jugend. Als einziges Kind mit Abitur, aus einem Nichtakademiker*innen-Haushalt, bin ich davon überzeugt, noch einmal einen ganz anderen Zugang zu unseren Wähler*innen aufbauen zu können. Beim Klimaschutz ist es wichtig, dass wir alle Menschen mitnehmen und chancengleiche Voraussetzungen schaffen.

Für die Jugend, für das Klima, für die Zukunft.

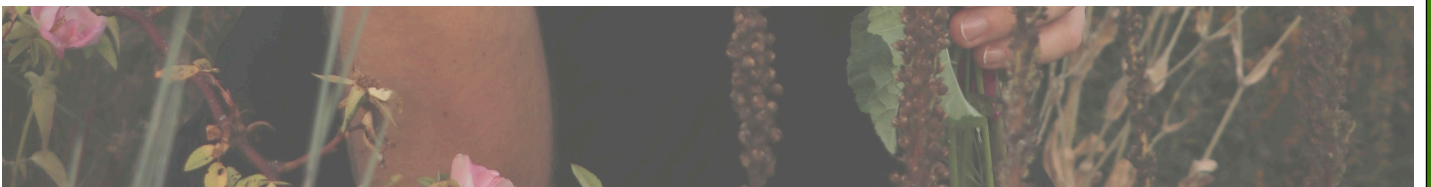
Klimaschutz ist schon längst keine Generationsfrage mehr. Seit 2018 engagiere ich mich als „Fridays for Future“-Aktivist, habe die Bewegung in Stormarn gegründet und teilweise im Alleingang hochgezogen. Die Lösungen sind gerade uns Grünen längst bekannt. Keiner fordert so viel Klimaschutz wie wir. Jetzt kommt es auf das Tempo an. Bis 2050 will die EU klimaneutral sein - viel zu spät, wenn wir das 1,5-Grad-Ziel, auf das sich 2019 auch zahlreiche Kommunen festgelegt haben, erreichen wollen. Wir sprechen von einem Zeitfenster von gerade einmal 14 Jahren, in denen wir alles vom Kopf auf die Füße stellen müssen. Wichtigstes Instrument, ist ein sozial gerechter CO2-Preis von mindestens 180€. Wenn dieser pro Kopf zurück gezahlt wird, können wir die persönliche Verantwortung spüren, endlich alle in die Pflicht nehmen und soziale Ungleichheit auflösen. Es braucht einen schnellen Ausbau erneuerbarer Energien, eine vollumfängliche Agrarwende, die auf Klasse statt Masse setzt. Hier möchte ich auch uns Grüne antreiben. Der Ausstieg aus der Massentierhaltung muss meiner Meinung nach in der nächsten Legislatur verabschiedet werden. Wir müssen den Flächenverbrauch stoppen. Wir brauchen eine schnelle Bauwende. Auch hier sehe ich den CO2-Preis als wichtiges Instrument, um Klimaschutz bis in die Kommunen durchzusetzen. Zur Beschleunigung der Mobilitätswende kommt es mir darauf an, neben einem erhöhten Ausbau der Schienen, allen, die auf ein eigenes Auto verzichten, einen kostenlosen Zugang zum ÖPNV zu gewährleisten. Das schafft Anreize und kommt vor allem Kindern, Jugendlichen und Senioren entgegen.

Ich mache mich dafür stark, dass die Grünen das Landwirtschafts- und Verkehrsministerium einnehmen. Dort haben wir in den letzten Jahren die größten Enttäuschungen erlebt! Es besteht dringender Handlungsbedarf!



Für die Queere Community, für ein Leben ohne Hass

Traurig aber wahr. Auch 2021 müssen LGBTIQ immer noch für ihre Rechte kämpfen und das nicht nur in anderen Ländern, sondern auch in Deutschland. Das Transsexuellengesetz muss abgeschafft und durch eines ersetzt werden, das auf Selbstbestimmung setzt. Schwule müssen endlich das Recht bekommen, gleichberechtigt Blut zu spenden. Darüber hinaus sollte Deutschland LGBTIQ unbedingt auch über das Grundgesetz besser schützen. Die Gesundheitsversorgung queerer Menschen ist bei Weitem nicht ausreichend. Hass, Kriminalität im Netz und auf der Straße gegen LGBTIQ und andere Minderheiten nehmen nachweislich zu. Es braucht wirksame Aktionspläne und Schulungen von Beamten. Jetzt in der Pandemie findet auch queeres Leben kaum statt, für eine Personengruppe, die ohnehin stärker von psychischen Problemen betroffen ist, eine große Gefahr, der die Politik auf allen Ebenen begegnen sollte. Auch außenpolitisch muss sich Deutschland meiner Meinung nach klarer positionieren. Noch immer werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Identität gefoltert und getötet.



Für Menschen mit Behinderung, für eine inklusive Gesellschaft ohne Barrieren

Als Mensch mit einer nicht sichtbaren Behinderung (Asperger-Autismus) und zwei im Rollstuhl sitzenden Großeltern, weiß ich aus eigener Erfahrung, wie es um Inklusion und Teilhabe in unserem Land steht. Es gibt noch viel zu verbessern! Gerade in der aktuellen Corona-Pandemie und der uns bevorstehenden Klima-Krise stehen Menschen mit Behinderung vor ganz anderen Herausforderungen.

Die Gebäude, die wir heute bauen, sollten aus Gründen der Nachhaltigkeit möglichst lange stehen. Es ist zwingend erforderlich, dass diese barrierefrei gebaut werden. Barrierefreiheit ist aber nicht nur für Rollstuhlfahrer*innen von Bedeutung, sondern auch für Menschen mit Gehhilfen und Familien mit Kinderwagen. Was fürs Wohnen gilt, gilt natürlich auch beim ÖPNV.

Auch soziale Barrieren und solche in der Kommunikation, die nicht zwingend, aber häufig mit einer Behinderung einhergehen, müssen wir künftig berücksichtigen. Menschen mit und ohne Behinderung sind gerade im Netz und bei Behörden immer wieder vor große bürokratische Herausforderungen gestellt, die sie nicht alleine meistern können. Diese Barrieren müssen wir abbauen und bessere Unterstützung zur Verfügung stellen.

Davon abgesehen, dass wir eh über andere Sozialsysteme nachdenken müssen, möchte ich speziell der sozialen Ungerechtigkeit von Menschen mit Behinderung entgegen wirken. Es braucht Alternativen zu ausbeuterischen Strukturen wie Behindertenwerkstätten, hier sind viele nicht nur unterfordert, sie haben sogar das Recht auf dem ersten Arbeitsmarkt inkludiert zu werden.

Gerade für Menschen mit einer nicht sichtbaren Behinderung fehlt die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ich habe mich erst getraut, öffentlich mit meiner Behinderung umzugehen, seit Greta Thunberg der Welt bewiesen hat, dass Autismus wie jede andere Behinderung nicht gleich Schwäche und Inkompetenz bedeutet. Trotzdem werden Menschen mit psychischen, geistigen und seelischen Behinderungen angefeindet, auch von Rechtspopulisten im Deutschen Bundestag.

Für die Kreativen in unserer Gesellschaft, für gelebte Demokratie

Kunst und Kultur sind wichtige Bausteine unserer Demokratie, die wir zu jedem Preis fördern und erhalten müssen. Noch immer fehlen angemessene Absicherungen für Künstler*innen, wie sich jüngst in der Pandemie gezeigt hat. Die Kunstfreiheit ist etwas, das wir wie die Presse- und Meinungsfreiheit verteidigen sollten. Unsere Medien, gerade die öffentlich rechtlichen Medien, müssen vielfältiger gestaltet werden. Dort braucht es ein Abbild der Gesellschaft zum Beispiel im Rollstuhl sitzende Moderator*innen usw.

Mit mir für Gerechtigkeit, für alle

"Nichts über uns, ohne uns" Vertrauen in die Politik ist davon abhängig, wie stark sich die Bevölkerung durch Regierende vertreten fühlt. Eine Repräsentation aller Personengruppen im Bundestag ist ein Baustein alle Menschen mitnehmen und erreichen zu können.

Aktuell fehlen **9 nicht heterosexuelle** Menschen LGBTIQ, **43** Abgeordnete mit einer **Behinderung** und **63 Jüngere** im Bundestag. (Quelle: SZ)

Alle meine Themen versuche ich immer, global und übergreifend zu bearbeiten. Eine starke Klimapolitik ist unsere Lebensgrundlage. Gerade meine Generation wird noch am längsten mit den Folgen des Klimawandels zu kämpfen haben. Mein starker Sinn für Gerechtigkeit treibt mich in meiner politischen Arbeit an. Es ist mir ein großes Anliegen, den Menschen eine Chance zu geben, die eine verdienen aber sonst eher selten eine bekommen würden! Denn auch ich habe heute nur die Möglichkeit für meine und die Rechte vieler Menschen zu kämpfen, weil mir Einzelne Chancen gegeben haben, die mir zunächst aufgrund meiner Behinderung versperrt waren. Potenziale nutzen und Menschen vereinen, verstehe ich als Aufgabe meiner politischen Arbeit.

Ich möchte Vorbild sein und all denen eine Stimme geben, die so viele Jahre nicht gehört wurden.

Deshalb bitte ich um euer Vertrauen.



**Nils Bollenbach auf Listenplatz 6 für mehr Vielfalt
auf der Liste und im Parlament**

LL 6 RT Rolf Thielmann

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und liebe Freunde,

ich bewerbe mich um Platz 6 auf der Landesliste für die Bundestagswahl 2021, weil die aktuelle Pandemie gezeigt hat, dass ein „weiter so“ nicht möglich ist.

Wir Grüne sind die Partei, die seit vielen Jahren die Finger in die vielen wunden Punkte dieser Gesellschaft legt.

Wir sind die Partei, die solidarisch ist mit den Armen und Schwachen dieser Welt.

Wir sind die Partei, die Umwelt und Klimaschutz den Rang einräumen wollen, den sie brauchen, damit auch die uns folgenden Generationen auf einem lebenswerten und intakten Planeten leben können.

Wir sind die Partei der Toleranz, der Gerechtigkeit und der Empathie für Mensch und Natur.

Ich möchte diese, unsere Partei darin unterstützen, die vielen Projekte anzufassen und voran zu bringen die unseren Idealen am nächsten kommen. Wir brauchen eine starke Grüne Partei in der Bundesregierung.

Dabei fokussiere ich mich auf die verschiedenen Themen der Gesundheitspolitik, denn wir haben viele tolle Politiker*innen, die sich der übrigen Themen mit viel Sachverstand widmen. Das heißt natürlich nicht, dass mich die übrigen Themen und Probleme nicht interessieren.

Gesundheit...

Unser Gesundheitssystem zeigt gerade, zu welchen Leistungen es auch in Ausnahmesituationen fähig ist. Darum werden wir weltweit beneidet. Ich meine: Zu Recht! Es gewährleistet Spitzenmedizin für jeden Menschen im Land. Wer schon einmal außerhalb Deutschlands medizinische Hilfe brauchte, wird dies ohne weiteres bestätigen. Verbesserungen sind natürlich immer möglich und nötig, von einer Zweiklassenmedizin sind wir jedoch weit entfernt. Empathie und Wissenschaftlichkeit sind für mich das Credo einer grünen Gesundheitspolitik

Aktuell lernen wir alle, was vorausschauende Gesundheitspolitik bedeutet und was sie schaffen kann und was nicht. Ich möchte, dass die Prophylaxe zukünftig ein größerer und ein fester Bestandteil von Gesundheitspolitik in Deutschland wird. Zur Prophylaxe gehören u.a. auch Impfungen. Die aktuellen Impfungen sind ein Teil der Antwort auf die Pandemie mit SARS Cov2. Eine intelligente Impfstrategie sollte zwei Aspekte umfassen: den Schutz der Helfer*innen und der „Schwachen“. Eine Strategie, die den Fokus bei den Helfer*innen nicht auf das gesamte medizinische Personal legt, ist nicht schlau und macht das Gesundheitssystem anfällig.

Wer soll denn die „Alltagsmedizin“ bewältigen, wenn die Kassenarztpraxen wegen Erkrankung geschlossen sind? Wer sorgt für Sicherheit, wenn die Feuerwehren ihren Job nicht mehr machen können oder wenn die Polizei erst in Stufe 3 geimpft wird?

Gesundheitspersonal...



Alter:

57

Geschlecht:

männlich

Geburtsort:

Brake

Damit sind wir bei den Menschen, die dieses System ausmachen und uns alle bestmöglich, bis an ihre Leistungsgrenzen heran, medizinisch versorgen. Dieser Überlastung des medizinischen Personals kann nur durch mehr Personal begegnet werden, wozu es einer angemessenen Bezahlung bedarf.

Dringend verbessert gehören die Arbeitsbedingungen und die Vergütungen, insbesondere in den medizinischen Assistenzberufen. Ich begrüße daher sehr die Gründung der LAG Gewerkschaftsgruppen in Schleswig-Holstein. Aber auch die ideelle Wertschätzung dieser Berufe lässt zu wünschen übrig.

Gesundheit ist in Deutschland der zweitgrößte Arbeitgeber, in SH sogar der Größte. Die Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsbedingungen in diesem Bereich ist in unser aller Interesse.

Pflege und Kammer...

Wir Grünen müssen aus meiner Sicht deshalb unbedingt an dem Projekt Pflegekammer Schleswig-Holstein, aber auch Bundespflegekammer weiterarbeiten. Die Pflege ist seit Florence Nightingale ein Spielball der Ärzteschaft bzw. der „Berufsverbände“ (DRK,...) und Krankenhausbetreiber. Die Expertise der Krankenpflege wird nicht berücksichtigt, obwohl sie sich am intensivsten mit den Patient*innen beschäftigt. Durch eine eigene Kammer kann sich die Krankenpflege eigenverantwortlich und demokratisch legitimiert selbst verwalten. Sie wird dadurch außerdem Mitglied des Bundesausschusses für Gesundheit werden. Dieser legt die Behandlungsmethoden und die Kostenübernahme durch die GKV in Deutschland fest. Bisher ist die Krankenpflege hier ohne Stimme!

Ich hoffe sehr, dass die kommende Abstimmung Anfang März über die Pflegekammer in SH, diese erhält und stärkt.

Die Schaffung einer gemeinsamen Gesundheitskammer, in der alle medizinischen Berufe, zum Beispiel in einem 5-Säulensystem, organisiert sind, ist meine Vision für eine bessere interdisziplinäre Zusammenarbeit, mehr Effizienz, mehr Wissen zum Wohle der Patient*innen.

Klima, Umwelt und Ernährung...

Grüne Gesundheitspolitik muss aber auch sichtbar machen, wie viele andere Aspekte von Politik auch unser Gesundheitswesen maßgeblich beeinflussen.

Der Schutz der Umwelt und des Klimas ist ebenso eine wesentliche Voraussetzung für Gesundheit wie auch gesunde Lebensmittel aus einer ökologischen Landwirtschaft. Hippokrates sagte einst: „Eure Nahrungsmittel sollen Heilmittel - und eure Heilmittel sollen Nahrungsmittel sein“. Das heißt für mich, gesunde Nahrungsmittel aus gesunder Umwelt, eine Wertevermittlung für unsere Nahrung, gesundes Essen in Kitas und Schulen bis hinein in Senior*inneneinrichtungen gehören auch zur präventiven Gesundheitsvorsorge. So schließt sich ein Kreis zwischen Gesundheit, Umweltschutz und ökologischer Landwirtschaft.

Auch der Medizinsektor muss seinen Beitrag zur Ökologisierung unserer Gesellschaft leisten. Deshalb finde ich es wichtig, die Abläufe in der Medizin, die Materialien und ihre Herstellung nachhaltig und ökologisch zu gestalten. Da gibt es noch sehr viel zu tun.

Finanzierung...

In den letzten Jahren fand eine beispiellose Ökonomisierung der Medizin statt. Grundsätzlich begrüße ich wirtschaftlichere Abläufe, auch in der Medizin, sie dürfen allerdings nicht zu Lasten der Patient*innen gehen, wie z.B. durch Schließung von Geburtsstationen in unserem Land!

Ich unterstütze daher ausdrücklich den Stopp von Privatisierungen im Krankenhaussektor. Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und nicht die Gelddruckmaschine für Aktien- oder amerikanische Fondsgesellschaften.

Die Finanzierung von Gesundheit in Deutschland ist zweigeteilt, was ich ändern will. Alle Menschen in Deutschland sollten über eine Bürger*innenversicherung pflichtversichert sein, egal ob angestellt, selbstständig, freiberuflich oder verbeamtet. So wird es für uns alle sozial gerechter und kostengünstiger. Die Schweiz ist mit einem ähnlichen System sehr erfolgreich.

Lobbyismus herrscht besonders auch in der Medizin und macht vieles teurer. Die Preise von Verbrauchsgütern und Therapiegeräten etc. sind in Deutschland sehr hoch. Marktwirtschaft geht anders. Zum Beispiel sind die gleichen Produkte vom selben Hersteller in den USA deutlich günstiger als bei uns. Hier könnten unsere Sozialsysteme deutlich entlastet werden.

Wissenschaftliche Erkenntnisse, die valide und transparent sind, bilden die Basis für medizinische Therapien, nicht die Empfehlungen von Lobbyisten.

Es gibt noch viele weitere Themen, die vorangebracht werden sollten, exemplarisch seien genannt:

Sterbehilfe...

Der Bundestag soll noch in dieser Legislatur über zwei Vorschläge zur Sterbehilfe abstimmen. Ich bin sehr gespannt, ob das klappt. Ansonsten gehört dieses Thema für den kommenden Bundestag ganz oben auf die Agenda. Ich unterstütze eine aktive, ärztlich unterstützte Sterbehilfe, die ethisch vertretbar ist und sich an ganz klaren gesetzlichen Vorgaben orientiert.

Drogen...

Bei der Erstellung der LT-Wahlprogramme 2009 und 2012 hatten wir uns ausgiebig in der LAG Gesundheit mit dem Problem „Drogen“ beschäftigt. Konsens war der freie, staatlich kontrollierte Verkauf von Cannabis, zum Beispiel in Apotheken. Ich möchte hier noch einen Schritt weiter gehen und auch andere Drogen unter staatlicher Aufsicht herstellen und verkaufen lassen.

Davon verspreche ich mir den Entfall der Geschäftsgrundlage für das organisierte Verbrechen, die Entlastung der Gerichte durch die Entkriminalisierung der User, die Qualitätskontrolle der Produkte und damit die Vermeidung unnötiger Infektionen und Krankheiten sowie die Finanzierung einer intensiven Aufklärung der Bürger*innen aus entsprechenden Steuereinnahmen.

Digitalisierung der Medizin...

Die letzten 15 Jahre sind verbunden mit tiefgreifenden Veränderungen in unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Die Digitalisierung birgt Chancen und Gefahren gleichermaßen.

Ich habe konsequent und nachhaltig die Chancen genutzt und „meine“ Arbeitswelt entsprechend angepasst. Das hat viele Abläufe für meine Mitarbeiter*innen vereinfacht und meinen Patient*innen mehr Sicherheit gebracht (z.B. Reduktion von Strahlenbelastung durch digitales Röntgen). Digitalisierung würde uns auch heute in der Pandemie sehr helfen, wenn sie denn überall und gleichermaßen in Deutschland verfügbar wäre.

Es macht keinen Sinn, dass die Mitarbeiter*innen der Gesundheitsämter den Namen der infizierten Menschen bis zu 16-mal händisch eingeben müssen, um zum Erfolg zu kommen. Das geht sicher einfacher und effizienter. Und es macht auch keinen Sinn, dass es 12 Monate nach Ausbruch dieser Pandemie nicht gelungen ist, die 24/7 Meldung von Infizierten an das RKI zu ermöglichen.

Zu meiner Person...

Privat bin ich mit meinem analogen Leben ohne die asozialen Netzwerke und ohne die ständige Erreichbarkeit sehr zufrieden. Als euer Kandidat/Abgeordneter würde ich das natürlich für meine neue Arbeitswelt, die politische Arbeit, ändern. Ich unterstütze die Energiewende seit 2011 als Solarstromer in Lübeck und zuhause mit einem BHKW. Außerdem bin ich seit vielen Jahren Förderer von Greenpeace, Life e.V. und SOS Kinderdörfer

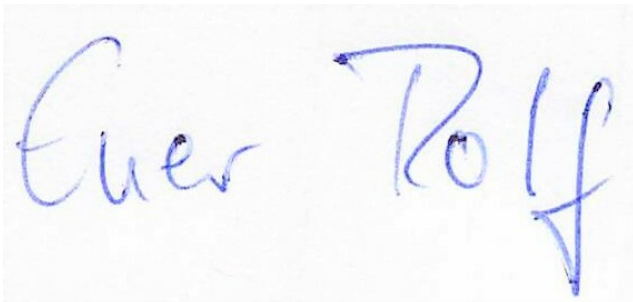
Beruflich bin ich als Ärztlicher Leiter, Chirurg/Unfallchirurg eines Medizinischen Versorgungszentrums in Bad Segeberg Arbeitgeber für acht Arbeitnehmer*innen.

Ehrenamtlich prüfe ich bei der Ärztekammer SH den fachärztlichen Nachwuchs und wurde als Richter an das Sozialgericht Kiel berufen.

Politisch aktiv bei den Grünen bin ich seit 2007. Im Land war ich 2009- 2013 Sprecher der LAG Gesundheit/Soziales. Wir schrieben an zwei Wahlprogrammen für die LTW 2009 und 2012 mit und ich war maßgeblich an der Schaffung des grünen Projektes Krankenpflegekammer SH beteiligt, wozu ich auch heute unverändert stehe. An der Gründung des OV Reinfeld-Nordstormarn 2012 war ich aktiv beteiligt und stehe den Grünen seitdem als Kassenwart im Vorstand auf kommunaler Ebene zur Verfügung. Erfahrungen als Gemeindevertreter in der Kommunalpolitik konnte ich bereits als Student in meinem Heimatdorf Heiligenstedten (Kr. Steinburg) für die SPD sammeln.

Wenn ihr Fragen an mich habt, ruft mich gerne an: 0171 – 506 7949

Grün gewinnt – daran möchte ich mitarbeiten!



Euer Rolf

„Das einzig Beständige im Leben, ist die Veränderung“

Liebe Freundinnen und liebe Freunde,

ich bewerbe mich um Platz 6 auf der Landesliste für die Bundestagswahl 2021, weil die aktuelle Pandemie gezeigt hat, dass ein „weiter so“ nicht möglich ist.

Wir Grüne sind die Partei, die seit vielen Jahren die Finger in die vielen wunden Punkte dieser Gesellschaft legt.

Wir sind die Partei, die solidarisch ist mit den Armen und Schwachen dieser Welt.

Wir sind die Partei, die Umwelt und Klimaschutz den Rang einräumen wollen, den sie brauchen, damit auch die uns folgenden Generationen auf einem lebenswerten und intakten Planeten leben können.

Wir sind die Partei der Toleranz, der Gerechtigkeit und der Empathie für Mensch und Natur.

Ich möchte diese, unsere Partei darin unterstützen, die vielen Projekte anzufassen und voran zu bringen die unseren Idealen am nächsten kommen. Wir brauchen eine starke **Grüne Partei in der Bundesregierung**.

Dabei **fokussiere ich mich auf die verschiedenen Themen der Gesundheitspolitik**, denn wir haben viele tolle Politiker*innen, die sich der übrigen Themen mit viel Sachverstand widmen. Das heißt natürlich nicht, dass mich die übrigen Themen und Probleme nicht interessieren.

Gesundheit...

Unser Gesundheitssystem zeigt gerade, zu welchen Leistungen es auch in Ausnahmesituationen fähig ist. Darum werden wir weltweit beneidet. Ich meine: Zu Recht! Es gewährleistet Spitzenmedizin für jeden Menschen im Land. Wer schon einmal außerhalb Deutschlands medizinische Hilfe brauchte, wird dies ohne weiteres bestätigen. Verbesserungen sind natürlich immer möglich und nötig, von einer Zweiklassenmedizin sind wir jedoch weit entfernt. Empathie und Wissenschaftlichkeit sind für mich das Credo einer grünen Gesundheitspolitik

Aktuell lernen wir alle, was **vorausschauende** Gesundheitspolitik bedeutet und was sie schaffen kann und was nicht. Ich möchte, dass die **Prophylaxe** zukünftig ein größerer und ein fester Bestandteil von Gesundheitspolitik in Deutschland wird. Zur Prophylaxe gehören u.a. auch Impfungen. Die aktuellen Impfungen sind ein Teil der Antwort auf die Pandemie mit SARS Cov2. Eine intelligente **Impfstrategie** sollte zwei Aspekte umfassen: den Schutz der Helfer*innen und der „Schwachen“. Eine Strategie, die den Fokus bei den Helfer*innen nicht auf das **gesamte medizinische** Personal legt, ist nicht schlau und macht das Gesundheitssystem anfällig.

Wer soll denn die „Alltagsmedizin“ bewältigen, wenn die Kassenarztpraxen wegen Erkrankung geschlossen sind? Wer sorgt für Sicherheit, wenn die Feuerwehren ihren Job nicht mehr machen können oder wenn die Polizei erst in Stufe 3 geimpft wird?



„Das einzig Beständige im Leben, ist die Veränderung“

Gesundheitspersonal...

Damit sind wir bei den Menschen, die dieses System ausmachen und uns alle bestmöglich, bis an ihre Leistungsgrenzen heran, medizinisch versorgen. Dieser Überlastung des medizinischen Personals kann nur durch mehr Personal begegnet werden, wozu es einer angemessenen Bezahlung bedarf.

Dringend verbessert gehören die **Arbeitsbedingungen** und die **Vergütungen**, insbesondere in den medizinischen Assistenzberufen. Ich begrüße daher sehr die Gründung der LAG Gewerkschaftsgruen in Schleswig-Holstein. Aber auch die ideelle **Wertschätzung** dieser Berufe lässt zu wünschen übrig.

Gesundheit ist in Deutschland der zweitgrößte Arbeitgeber, in SH sogar der Größte. Die Verbesserung der **Aus- und Weiterbildungsbedingungen** in diesem Bereich ist in unser aller Interesse.

Pflege und Kammer...

Wir Grünen müssen aus meiner Sicht deshalb unbedingt an dem Projekt Pflegekammer Schleswig-Holstein, aber auch **Bundespflegekammer** weiterarbeiten. Die Pflege ist seit Florence Nightingale ein Spielball der Ärzteschaft bzw. der „Berufsverbände“ (DRK,...) und Krankenhausbetreiber. Die **Expertise der Krankenpflege** wird nicht berücksichtigt, obwohl sie sich am intensivsten mit den Patient*innen beschäftigt. Durch eine eigene Kammer kann sich die Krankenpflege eigenverantwortlich und demokratisch legitimiert selbst verwalten. Sie wird dadurch außerdem Mitglied des Bundesausschusses für Gesundheit werden. Dieser legt die Behandlungsmethoden und die Kostenübernahme durch die GKV in Deutschland fest. Bisher ist die Krankenpflege hier ohne Stimme!

Ich hoffe sehr, dass die kommende Abstimmung Anfang März über die Pflegekammer in SH, diese erhält und stärkt.

Die Schaffung einer gemeinsamen **Gesundheitskammer**, in der alle medizinischen Berufe, zum Beispiel in einem 5-Säulensystem, organisiert sind, ist meine Vision für eine bessere interdisziplinäre Zusammenarbeit, mehr Effizienz, mehr Wissen zum Wohle der Patient*innen.

Klima, Umwelt und Ernährung...

Grüne Gesundheitspolitik muss aber auch sichtbar machen, wie viele andere Aspekte von Politik auch unser Gesundheitswesen maßgeblich beeinflussen.

Der Schutz der **Umwelt und des Klimas** ist ebenso eine wesentliche Voraussetzung für Gesundheit wie auch gesunde Lebensmittel aus einer **ökologischen Landwirtschaft**. Hippokrates sagte einst: „Eure Nahrungsmittel sollen Heilmittel - und eure Heilmittel sollen Nahrungsmittel sein“. Das heißt für mich, gesunde Nahrungsmittel aus gesunder Umwelt, eine Wertevermittlung für unsere Nahrung, **gesundes Essen** in Kitas und Schulen bis hinein in Senior*inneneinrichtungen gehören auch zur präventiven Gesundheitsvorsorge. So schließt sich ein Kreis zwischen Gesundheit, Umweltschutz und ökologischer Landwirtschaft.

Auch der Medizinsektor muss seinen Beitrag zur **Ökologisierung** unserer Gesellschaft leisten. Deshalb finde ich es wichtig, die Abläufe in der Medizin, die Materialien und ihre Herstellung nachhaltig und ökologisch zu gestalten. Da gibt es noch sehr viel zu tun.

Finanzierung...

In den letzten Jahren fand eine beispiellose **Ökonomisierung der Medizin** statt. Grundsätzlich begrüße ich wirtschaftlichere Abläufe, auch in der Medizin, sie dürfen allerdings nicht zu Lasten der Patient*innen gehen, wie z.B. durch Schließung von Geburtsstationen in unserem Land!

„Das einzig Beständige im Leben, ist die Veränderung“

Ich unterstütze daher ausdrücklich den **Stopp von Privatisierungen** im Krankenhaussektor. Gesundheit ist öffentliche Daseinsvorsorge und nicht die Gelddruckmaschine für Aktien- oder amerikanische Fondsgesellschaften.

Die **Finanzierung von Gesundheit** in Deutschland ist zweigeteilt, was ich ändern will. Alle Menschen in Deutschland sollten über eine **Bürger*innenversicherung** pflichtversichert sein, egal ob angestellt, selbstständig, freiberuflich oder verbeamtet. So wird es für uns alle sozial gerechter und kostengünstiger. Die Schweiz ist mit einem ähnlichen System sehr erfolgreich.

Lobbyismus herrscht besonders auch in der Medizin und macht vieles teurer. Die Preise von Verbrauchsgütern und Therapiegeräten etc. sind in Deutschland sehr hoch. Marktwirtschaft geht anders. Zum Beispiel sind die gleichen Produkte vom selben Hersteller in den USA deutlich günstiger als bei uns. Hier könnten unsere Sozialsysteme deutlich entlastet werden.

Wissenschaftliche Erkenntnisse, die valide und transparent sind, bilden die Basis für medizinische Therapien, nicht die Empfehlungen von Lobbyisten.

Es gibt noch viele **weitere Themen**, die vorangebracht werden sollten, exemplarisch seien genannt:

Sterbehilfe...

Der Bundestag soll noch in dieser Legislatur über zwei Vorschläge zur Sterbehilfe abstimmen. Ich bin sehr gespannt, ob das klappt. Ansonsten gehört dieses Thema für den kommenden Bundestag ganz oben auf die Agenda. Ich unterstütze eine aktive, ärztlich unterstützte Sterbehilfe, die ethisch vertretbar ist und sich an ganz klaren gesetzlichen Vorgaben orientiert.

Drogen...

Bei der Erstellung der LT- Wahlprogramme 2009 und 2012 hatten wir uns ausgiebig in der LAG Gesundheit mit dem Problem „Drogen“ beschäftigt. Konsens war der freie, staatlich kontrollierte Verkauf von Cannabis, zum Beispiel in Apotheken. Ich möchte hier noch einen Schritt weiter gehen und auch andere Drogen unter staatlicher Aufsicht herstellen und verkaufen lassen.

Davon verspreche ich mir den Entfall der Geschäftsgrundlage für das organisierte Verbrechen, die Entlastung der Gerichte durch die Entkriminalisierung der User, die Qualitätskontrolle der Produkte und damit die Vermeidung unnötiger Infektionen und Krankheiten sowie die Finanzierung einer intensiven Aufklärung der Bürger*innen aus entsprechenden Steuereinnahmen.

Digitalisierung der Medizin...

Die letzten 15 Jahre sind verbunden mit tiefgreifenden Veränderungen in unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Die Digitalisierung birgt Chancen und Gefahren gleichermaßen.

Ich habe konsequent und nachhaltig die Chancen genutzt und „meine“ Arbeitswelt entsprechend angepasst. Das hat viele Abläufe für meine Mitarbeiter*innen vereinfacht und meinen Patient*innen **mehr Sicherheit** gebracht (z.B. Reduktion von Strahlenbelastung durch digitales Röntgen).

Digitalisierung würde uns auch heute in der **Pandemie** sehr helfen, wenn sie denn überall und gleichermaßen in Deutschland verfügbar wäre.

Es macht keinen Sinn, dass die Mitarbeiter*innen der Gesundheitsämter den Namen der infizierten Menschen bis zu 16-mal händisch eingeben müssen, um zum Erfolg zu kommen. Das geht sicher einfacher und effizienter. Und es macht auch keinen Sinn, dass es 12 Monate nach Ausbruch dieser Pandemie nicht gelungen ist, die 24/7 Meldung von Infizierten an das RKI zu ermöglichen.

„Das einzig Beständige im Leben, ist die Veränderung“

Zu meiner Person...

Privat bin ich mit meinem analogen Leben ohne die asozialen Netzwerke und ohne die ständige Erreichbarkeit sehr zufrieden. Als euer Kandidat/Abgeordneter würde ich das natürlich für meine neue Arbeitswelt, die politische Arbeit, ändern. Ich unterstütze die **Energiewende** seit 2011 als Solarstromer in Lübeck und zuhause mit einem BHKW. Außerdem bin ich seit viele Jahren Förderer von Greenpeace, Life e.V. und SOS Kinderdörfer

Beruflich bin ich als Ärztlicher Leiter, Chirurg/Unfallchirurg eines Medizinischen Versorgungszentrums in Bad Segeberg Arbeitgeber für acht Arbeitnehmer*innen.

Ehrenamtlich prüfe ich bei der Ärztekammer SH den fachärztlichen Nachwuchs und wurde als Richter an das Sozialgericht Kiel berufen.

Politisch aktiv bei den Grünen bin ich seit 2007. Im Land war ich 2009- 2013 Sprecher der LAG Gesundheit/Soziales. Wir schrieben an zwei Wahlprogrammen für die LTW 2009 und 2012 mit und ich war maßgeblich an der Schaffung des grünen Projektes Krankenpflegekammer SH beteiligt, wozu ich auch heute unverändert stehe. An der Gründung des OV Reinfeld-Nordstormarn 2012 war ich aktiv beteiligt und stehe den Grünen seitdem als Kassenwart im Vorstand auf kommunaler Ebene zur Verfügung. Erfahrungen als Gemeindevertreter in der Kommunalpolitik konnte ich bereits als Student in meinem Heimatdorf Heiligenstedten (Kr. Steinburg) für die SPD sammeln.

Wenn ihr Fragen an mich habt, ruft mich gerne an: 0171 – 506 7949

Grün gewinnt – daran möchte ich mitarbeiten!

Euer Rolf

LL 7 KM-H Kerstin Mock-Hofeditz

Antragsteller*in: Kerstin Mock-Hofeditz (KV Nordfriesland)
Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Moin,

als ich 1991 aus Köln nach Westerhever an den Leuchtturm kam, um meine Diplomarbeit über Nonnengänse zu schreiben, war ziemlich schnell klar, dass ich bleiben wollte – zu faszinierend waren diese großen Gänseschwärme, die blühenden Salzwiesen, die balzenden Kampfläufer im Binnenland.

Artensterben passiert auch vor unserer Haustür, das ist heute mehr als deutlich: Die balzenden Kampfläufer gibt es in ganz Deutschland so gut wie nicht mehr. In Schleswig-Holstein sind die Kiebitz-Bestände in den letzten 25 Jahren um 90 Prozent zurückgegangen! Der hauptsächliche Grund hierfür ist die hochintensive Landwirtschaft, die Feuchtwiesen trockenlegt und zu Ackerland macht und ihre Bewirtschaftung nicht an die Bedürfnisse der Wiesenbrüter anpasst.

„Wir Grüne müssen Biodiversität erhalten und den menschengemachten Klimawandel bekämpfen. Dafür möchte ich nach Berlin.“

Insgesamt gilt: der Artenschutz und der Erhalt der Biodiversität sind für den Fortbestand der Menschheit auf diesem Planeten mindestens so bedeutend wie die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels. Beides hängt eng zusammen – wir Grüne müssen beides mit der gleichen Konsequenz und Ernsthaftigkeit angehen – dafür möchte ich nach Berlin!

Die Artenvielfalt auf der Erde bricht zusammen.

Der „Living Planet Report 2020“ des WWF zeigt einen durchschnittlichen Rückgang von Säugetieren, Vögeln, Amphibien, Reptilien und Fischen um 68 Prozent zwischen 1970 und 2016. Mit anderen Worten: die Bestände der untersuchten Wirbeltierarten haben sich in knapp 50 Jahren mehr als zwei Drittel verringert. Die weltweit bekannt gewordene Krefelder Studie zum Insektensterben ergab, dass es im Untersuchungsgebiet nur noch ein Viertel so viele Insekten wie vor 30 Jahren gibt.

Zusammenhänge in Ökosystemen sind so komplex, dass wir die Verheerung nur erahnen können, welche unserer Handeln nach sich ziehen kann. Letztlich könnte dies das menschliche Leben auf dem Planeten ganz in Frage stellen, wenn z.B. die bestäubenden Insekten verschwinden – wenn wir das letzte verbliebene Viertel der Insekten also auch noch ausrotten.

Unsere Böden leiden unter Versiegelung, Vergiftung und Austrocknung. Doch ohne lebendige Böden kann nichts wachsen, sie sind Grundlage der Wälder, der Wiesen, des Ackerbaus, der Viehzucht.

Unsere Eingriffe in das Leben auf dem Planeten sind gravierend. Es gibt kaum noch unberührte Lebensräume. Überall ist die Natur für den Anbau landwirtschaftlicher Produkte, für Siedlungen und Städte und für Verkehrswege geopfert worden.

Die tropischen Regenwälder verschwinden für den Anbau von Soja um unsere Lust auf Fleisch zu befriedigen. Zwar nehmen Tropenwälder nur 7% der Landfläche ein, beherbergen aber die Hälfte der biologischen Vielfalt der Welt, ein ungeheurer Verlust.



Alter:

54

Geschlecht:

weiblich

Geburtsort:

Köln

Und dennoch es gibt Hoffnung.

„Wir als Menschheit können noch umsteuern. Als Grüne setze ich mich für die ökologische Wende ein.“

Wir brauchen viel mehr Schutzgebiete, die der Natur tatsächlich Schutz bieten und ein ungestörter Rückzugsraum für gefährdete Arten sind. Unsere Nationalparks sind da nur ein sehr kleiner Beitrag. Darüber hinaus braucht es dringend Umsteuerung in der Landwirtschaft und im Ernährungssystem. Wir Grünen kämpfen schon lange für die Reduktion von Pestiziden, für den Schutz von Insekten, gesunde Nahrung und eine ökologische Agrarwende.

Dass die Bundesregierung hier auf ganzer Linie versagt, zeigen die bisherigen nur zögerlichen Maßnahmen – immer wieder wird lediglich auf noch zu erarbeitende Maßnahmen, auf Modellvorhaben und Wettbewerbe verwiesen. Das Initiieren eines wirksamen Insektenschutzgesetzes, wie die Grünen es fordern, das zum Beispiel Verbote und geänderte Zulassungspraxen von Insektiziden beinhalten müsste – Fehlanzeige!

Nur mit einer umfassenden und ressortübergreifenden Strategie können wir das Artensterben stoppen. Wir müssen unsere Landwirtschaft, den Verkehr, das Bauen und unsere gesamte Lebensweise ökologischer ausrichten.

„Im Bundestag möchte ich mich intensiv den Themen Artenschutz und Biodiversität widmen.“

Als Biologin möchte ich mich im Bundestag intensiv dem Thema Artenschutz und Biodiversität widmen. Ich möchte, dass die Kampfläufer zurück kommen nach Eiderstedt. Als Grüne aus Schleswig-Holstein liegen mir dabei natürlich die Meere und als Nordfriesin ganz besonders das Wattenmeer und unser Nationalpark am Herzen.

Als Grüne bringe ich viel politische Erfahrung mit, sei es beruflich als Regionalmitarbeiterin unserer Bundes- und Landtagsabgeordneten und als Kreisgeschäftsführerin oder aber ehrenamtlich als Beisitzerin im Landesvorstand, als Kreistagsabgeordnete, Vorsitzende des nordfriesischen Umweltausschusses und als Mitglied im Nationalparkkuratorium.

Nach bald 40 Jahren Tätigkeit in der Grünen Politik möchte ich meine Erfahrung und mein vielfältiges Wissen in Berlin einbringen – und bitte um Eure Stimme für Platz 7 der Landesliste Schleswig-Holstein!

Eure Kerstin

KERSTIN MOCK-HOFEDITZ

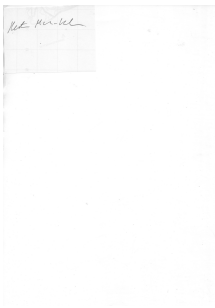
- KV Nordfriesland
- 54 Jahre
- verheiratet, 2 Kinder (17 und 20)
- kerstin.mock@sh-gruene.de

GRÜNES

- 1983 Gründung des OV Wesseling, NRW
- Seit 1991 im KV Nordfriesland
- Mitglied im Kreisvorstand 1996-2020
- Sprecherin des Kreisverbandes 2006-2008
- Mitglied im Nationalpark-Kuratorium Nordfriesland 2008-2018
- Abgeordnete im Kreistag Nordfriesland 2008-2018
- Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Energie 2013-2018
- Beisitzerin im Landesvorstand 2017-2019
- Parteirat seit 2017

BERUFLICHES

- Dipl.-Biologin
- Seit 1996 Regionalmitarbeiterin der MdLs Irene Fröhlich, Detlef Matthiessen, Anne Lütkes, Robert Habeck und Andreas Tietze
- Seit 1996 Kreisgeschäftsführerin des KV Nordfriesland
- Seit 2012 Regionalmitarbeiterin der MdBs Arfst Wagner und Luise Amtsberg





EURE STIMME FÜR GRÜN IM BUND

BUNDES-
TAGWAHL
2021

KERSTIN
MOCK-HOFEDITZ

AUF PLATZ 7 DER LANDESLISTE SH

Als ich 1991 aus Köln nach Westerhever an den Leuchtturm kam, um meine Diplomarbeit über Nonnengänse zu schreiben, war ziemlich schnell klar, dass ich bleiben wollte – zu faszinierend waren diese großen Gänse Schwärme, die blühenden Salzwiesen, die balzenden Kampfläufer im Binnenland.

Artensterben passiert auch vor unserer Haustür, das ist heute mehr als deutlich: Die balzenden Kampfläufer gibt es in ganz Deutschland so gut wie nicht mehr. In Schleswig-Holstein sind die Kiebitz-Bestände in den letzten 25 Jahren um 90 Prozent zurückgegangen! Der hauptsächlichliche Grund hierfür ist die hochintensive Landwirtschaft, die Feuchtwiesen trockenlegt und zu Ackerland macht und ihre Bewirtschaftung nicht an die Bedürfnisse der Wiesenbrüter anpasst.

durchschnittlichen Rückgang von Säugetieren, Vögeln, Amphibien, Reptilien und Fischen um 68 Prozent zwischen 1970 und 2016. Mit anderen Worten: die Bestände der untersuchten Wirbeltierarten haben sich in knapp 50 Jahren mehr als zwei Drittel verringert. Die weltweit bekannt gewordene Krefelder Studie zum Insektensterben ergab, dass es im Untersuchungsgebiet nur noch ein Viertel so viele Insekten wie vor 30 Jahren gibt.

Zusammenhänge in Ökosystemen sind so komplex, dass wir die Verheerung nur erahnen können, welche unserer Handeln nach sich ziehen kann. Letztlich könnte dies das menschliche Leben auf dem Planeten ganz in Frage stellen, wenn z. B. die bestäubenden Insekten verschwinden – wenn wir das letzte verbliebene Viertel der Insekten also auch noch ausrotten.

Unsere Böden leiden unter Versiegelung, Vergiftung und Austrocknung. Doch ohne lebendige Böden kann nichts wachsen, sie sind Grundlage der Wälder, der Wiesen, des Ackerbaus, der Viehzucht.

Unsere Eingriffe in das Leben auf dem Planeten sind gravierend. Es gibt kaum noch unberührte Lebensräume. Überall ist die Natur für den Anbau landwirtschaftlicher Produkte, für Siedlungen und Städte und für Verkehrswege geopfert worden.

Die tropischen Regenwälder verschwinden für den Anbau von Soja um unsere Lust auf Fleisch zu befriedigen. Zwar nehmen Tropenwälder nur 7% der Landfläche ein, beherbergen aber die Hälfte der biologischen Vielfalt der Welt, ein ungeheurer Verlust.

Und dennoch es gibt Hoffnung.

Noch können wir als Menschheit umsteuern. →

„Wir Grüne müssen Biodiversität erhalten und den menschengemachten Klimawandel bekämpfen. Dafür möchte ich nach Berlin.“

Insgesamt gilt: der Artenschutz und der Erhalt der Biodiversität sind für den Fortbestand der Menschheit auf diesem Planeten mindestens so bedeutend wie die Bekämpfung des menschengemachten Klimawandels. Beides hängt eng zusammen – wir Grüne müssen beides mit der gleichen Konsequenz und Ernsthaftigkeit angehen – dafür möchte ich nach Berlin!

Die Artenvielfalt auf der Erde bricht zusammen. Der „Living Planet Report 2020“ des WWF zeigt einen

“

„Wir als Menschheit können noch umsteuern. Als Grüne setze ich mich für die ökologische Wende ein.“

Wir brauchen viel mehr Schutzgebiete, die der Natur tatsächlich Schutz bieten und ein ungestörter Rückzugsraum für gefährdete Arten sind. Unsere Nationalparks sind da nur ein sehr kleiner Beitrag. Darüber hinaus braucht es dringend Umsteuerung in der Landwirtschaft und im Ernährungssystem. Wir Grünen kämpfen schon lange für die Reduktion von Pestiziden, für den Schutz von Insekten, gesunde Nahrung und eine ökologische Agrarwende.

Dass die Bundesregierung hier auf ganzer Linie versagt, zeigen die bisherigen nur zögerlichen Maßnahmen – immer wieder wird lediglich auf noch zu erarbeitende Maßnahmen, auf Modellvorhaben und Wettbewerbe verwiesen. Das Initiieren eines wirkamen Insektenschutzgesetzes, wie die Grünen es fordern, das zum Beispiel Verbote und geänderte Zulassungspraxen von Insektiziden beinhalten müsste – Fehlanzeige!

Nur mit einer umfassenden und ressortübergreifenden Strategie können wir das Artensterben stoppen. Wir müssen unsere Landwirtschaft, den Verkehr, das Bauen und unsere gesamte Lebensweise ökologischer ausrichten.

“

„Im Bundestag möchte ich mich intensiv den Themen Artenschutz und Biodiversität widmen.“

Als Biologin möchte ich mich im Bundestag intensiv dem Thema Artenschutz und Biodiversität widmen. Ich möchte, dass die Kampfläufer zurück kommen nach Eiderstedt. Als Grüne aus Schleswig-Holstein liegen mir dabei natürlich die Meere und als Nordfriesin ganz besonders das Wattenmeer und unser Nationalpark am Herzen.

Als Grüne bringe ich viel politische Erfahrung mit, sei es beruflich als Regionalmitarbeiterin unserer Bundes- und Landtagsabgeordneten und als Kreisge-

schäftsführerin oder aber ehrenamtlich als Beisitzerin im Landesvorstand, als Kreistagsabgeordnete, Vorsitzende des nordfriesischen Umweltausschusses und als Mitglied im Nationalparkkuratorium.

Nach bald 40 Jahren Tätigkeit in der Grünen Politik möchte ich meine Erfahrung und mein vielfältiges Wissen in Berlin einbringen – und bitte um Eure Stimme für Platz 7 der Landesliste Schleswig-Holstein!



KERSTIN MOCK-HOFEDITZ

- KV Nordfriesland
- 54 Jahre
- verheiratet, 2 Kinder (17 und 20)
- kerstin.mock@sh-gruene.de



GRÜNES

- 1983 Gründung des OV Wesseling, NRW
- Seit 1991 im KV Nordfriesland
- Mitglied im Kreisvorstand 1996-2020
- Sprecherin des Kreisverbandes 2006-2008
- Mitglied im Nationalpark-Kuratorium Nordfriesland 2008-2018
- Abgeordnete im Kreistag Nordfriesland 2008-2018
- Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt und Energie 2013-2018
- Beisitzerin im Landesvorstand 2017-2019
- Parteirat seit 2017

BERUFLICHES

- Dipl.-Biologin
- Seit 1996 Regionalmitarbeiterin der MdLs Irene Fröhlich, Detlef Matthiessen, Anne Lütkes, Robert Habeck und Andreas Tietze
- Seit 1996 Kreisgeschäftsführerin des KV Nordfriesland
- Seit 2012 Regionalmitarbeiterin der MdBs Arfst Wagner und Luise Amtsberg

LL 7 MB Margot Böhm

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir wissen es alle: die fundamentale Transformation in Richtung 1,5 Grad erreichen wir nur mit einem Gesamtkonzept, weil alles zusammenhängt. Wir brauchen ressortübergreifende Aktionspläne.

Professionell, dialogisch, mehrperspektivisch, kreativ. Der Staat muss sämtliche Gestaltungsmöglichkeiten nutzen für eine sozial-ökologische Zukunft. Gemeinwohl und „Enkeltauglichkeit“ stehen an erster Stelle.

Das ist herausfordernd, aber machbar. Wir gehen das gemeinsam an.

Um dazu meinen Beitrag zu leisten, bewerbe ich bei Euch für den Bundestag.



Alter:

57

Geschlecht:

weiblich

Geburtsort:

Olsberg

Wir brauchen ein
MobilitätswendeErmöglichungsGesetz.

Ich bin in einer Kleinstadt aufgewachsen in einer Familie ohne Auto. Das hat mich geprägt (genau wie mein Geburtstag am Weltfrauentag). Mein Leitmotiv lautet: ein Leben ohne eigenes Auto muss nicht nur möglich sein, sondern attraktiv.

Wir brauchen nicht nur eine Antriebs-, sondern eine Verkehrs- und Mobilitätswende. Diese besteht aus einer Vielzahl kleiner Stellschrauben auf allen Ebenen, die zusammen genommen auf eine völlig neue Art von Mobilität hin wirken.

Das umfasst nicht nur sichere, gut ausgebaute Radwege- und Fußwegenetze und einen angebotsorientierten, umlagefinanzierten ÖPNV, sondern auch seine Kopplung an On-Demand-Systeme und eine breit aufgestellte Sharing Mobility.

Es braucht ein Zusammendenken von Mobilität mit Wohnen und Arbeiten inklusive Möglichkeiten zur Vermeidung von Mobilität (Stadt der kurzen Wege, CoWorking).

Mobilität muss von den Bedürfnissen derjenigen her gedacht werden, die täglich mit Kindern ohne eigenes Auto unterwegs sind - und barrierefrei sein. Planung auf allen Ebenen braucht einen Rundum-Genderblick bereits in der Datenerhebung, der über die klassischen Pendler*innenbedürfnisse und Freizeitverkehre hinaus geht.

Überfällig ist eine Neuaufteilung des kostbaren Gutes „Fläche“ hin zu einer lebenswerten Stadt.

Für die Kommunen müssen ambitionierte Zielvorgaben gelten - verbunden mit einer entsprechenden Geldzuweisung - und flexible und rechtssichere Möglichkeiten zur Neugestaltung des Straßenraums mit Tempolimits, Halteverboten, City-Maut.

Ebenso steht eine Neubewertung des Dienstwagenprivilegs an und der herkömmlichen Form der Pendlerpauschale. Wir brauchen eine wirksame CO₂-Bepreisung, die Förderung von PKW mit hybridem Antrieb gehört abgeschafft.

Ein BundesverkehrsWendeWegeplan mit dem Fokus auf die Schiene ermöglicht eine veränderte Mobilität. Es geht um Alternativen zu Kurzstreckenflügen durch attraktive Nachtzüge und eine resiliente Schieneninfrastruktur, die auch mit einem deutlich erhöhten Anteil an Güterverkehren funktioniert. Notwendig sind Streckenreaktivierungen sowie ein funktionierender Deutschlandtakt. Entscheidend sind darüber hinaus hohe Mindestbedienstandards auch auf dem Lande und Anschlussgarantien.

Deutschland braucht ein grünes Verkehrsministerium!

Wir müssen alle Regeln und Gesetze, die die Mobilität beeinflussen, zusammenführen und neu ausrichten.

Wir müssen Geld in neue Mobilität stecken, nicht in neue Straßen. Dafür will ich nach Berlin.

To get things done

Als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Kreis Nordfriesland setze ich mich ein für wirkungsorientiertes Handeln in Politik und Verwaltung.

Nach wenigen Monaten in einer Jamaika-Kooperation ist es uns gelungen, mit einstimmigem Beschluss die UN-Nachhaltigkeitsziele als strategische Ziele des Kreises zu verankern. Eine strategische Arbeit, die Synergien schafft und nutzt, erfordert ein nachhaltiges Umdenken und ist alles andere als ein Selbstläufer - am wenigsten in der Verwaltung.

Als Gemeindevertreterin in List auf Sylt engagiere ich mich außer für ein insulares Mobilitätswendekonzept u.a. für die Schaffung und vor allem den Erhalt von bezahlbarem und bedarfsgerechten Dauerwohnraum, eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik und das Zusammendenken von Leben, Arbeiten und Altersvorsorge mit Genderblick. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Tragfähigkeitsdebatte in Sachen Tourismus.

Baurecht muss Erbbaurecht werden, der Staat muss seine Handlungsmöglichkeiten zurückgewinnen und darf sich nicht länger Renditeinteressen unterordnen.

Da ist viel Luft nach oben. In Bezug auf ein 250 Millionen-Bauprojekt mitten im Dorf ist es immerhin trotz CDU-Mehrheit gelungen, im Verbund mit engagierten Bürger*innen und der Landespolitik bei Investor und Landesplanung grüne Forderungen durchzusetzen. Erfolgsentscheidend sind gute Kooperationen zwischen den Ebenen.

Wenn wir deutschlandweit unseren Verpflichtungen zur Einhaltung der UN-Nachhaltigkeitsziele nachkommen wollen, müssen auf breiter Ebene Kommunalpolitiker*innen und die Verwaltung dazu in die Lage versetzt werden, den Transformationsprozess tatsächlich und professionell voran zu bringen.

Der Wandel wird vor Ort gemacht, in Land und Bund ermöglicht. Dafür will ich nach Berlin.

Und sonst?

Beruflich liegt meine Expertise in der Unterstützung von Veränderungsprozessen mit Einzelnen, Unternehmen, Bürger*innen. Ich kenne mich aus mit agilen Dialogen, komplexen Wechselwirkungen in

Organisationen, mit Konfliktlösung und Win-Win-Ergebnissen. Denn Wandel gibt es nur im Dialog.

Ich bin vertraut mit Denk- und Verhaltensmustern in „männerdominierten Unternehmenskulturen“ und habe gemeinsam mit anderen Unternehmer*innen das kreative Netzwerk „Frauen Macht Wirtschaft“ initiiert. Veränderung braucht Mehrperspektivität: Wir brauchen mehr Unternehmerinnen im Bundestag.

Als junge solselbständige Alleinerziehende habe ich erlebt wie es ist, wenn sich ein Großteil des Denkens um die Finanzierung des Alltags drehen muss. Lange überfällig ist die Abschaffung des Ehegattensplitting zugunsten einer guten Versorgung für Kinder.

Seit 2018 durfte ich durch meine Ausbildung in Clowning und Komik auch die Künstler*innenszene erleben. Das kulturelle Schaffen ist staatstragend und braucht entsprechende krisenfeste, existenzsichernde Rahmenbedingungen.

Liebe Freundinnen und Freunde,
ich möchte für Euch gemeinsam mit dem tollen norddeutschen grünen Team meine Erfahrung und meine Expertise in den Bundestag einbringen - für Deutschland und für Schleswig-Holstein.
Ich bitte um Eure Stimme und freue mich auf einen spannenden Wahlkampf - für ein wirksames Regieren, für ein grünes Bundeskanzler*innenamt!

Margot Böhm

- geboren 1964 in Olsberg, NRW
- Wohnort: List auf Sylt (Nordfriesland)
- Verheiratet, 2 erwachsene Töchter
- Dipl.-Pädagogin (Erwachsenenbildung), SeniorCoach/LehrCoach DCV
- Selbstständig als Unternehmensberaterin, Coach und Coach-Ausbilderin

Grüne Politik:

- Mitglied des Kreistages Nordfriesland, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses
- Mitarbeit in LAGs, vor allem Verkehr und Tourismus
- Mitarbeit in der BAG MoVe
- Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
- Mitarbeit in der AG RNVP S-H Nord
- Mitglied der Gemeindevertretung in List/Sylt

Darüber hinaus:

- 2010 - 2014: Berufspolitik.
Zertifizierungskommission/Vorstandsprecherin im Deutschen Coachingverband (DCV).
- 2003 - 2010: Wirtschafts- und Frauenpolitik.
Gründung/Vorstandsarbeit in regionalen Unternehmerinnennetzwerken und bei „FrauenMachtWirtschaft“
- 1995 - 2001: Kirchenpolitik.
Organisationsentwicklung, und innovative Projekte in der Ev. Kirche im Rheinland
- www.coachingzentrum.de
- www.gruene-list.de
- mb@gruene-list.de
- 0171 - 6270213

Hier findet Ihr mein [berufliches Profil](#).



Margot



Mit neuen Konzepten Wahlen gewinnen:

Damit die Transformation gelingt.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir wissen es alle: die fundamentale Transformation in Richtung 1,5 Grad erreichen wir nur mit einem Gesamtkonzept, weil alles zusammenhängt. Wir brauchen ressortübergreifende Aktionspläne.

Professionell, dialogisch, mehrperspektivisch, kreativ.

Der Staat muss sämtliche Gestaltungsmöglichkeiten nutzen für eine sozial-ökologische Zukunft. Gemeinwohl und „Enkeltauglichkeit“ stehen an erster Stelle.

Das ist herausfordernd, aber machbar. Wir gehen das gemeinsam an.

Um dazu meinen Beitrag zu leisten, bewerbe ich bei Euch für den Bundestag.

Wir brauchen ein MobilitätswendeErmöglichungsGesetz.

Ich bin in einer Kleinstadt aufgewachsen in einer Familie ohne Auto. Das hat mich geprägt (genau wie mein Geburtstag am Weltfrauentag). Mein Leitmotto lautet: ein Leben ohne eigenes Auto muss nicht nur möglich sein, sondern attraktiv.

Wir brauchen nicht nur eine Antriebs-, sondern eine Verkehrs- und Mobilitätswende. Diese besteht aus einer **Vielzahl kleiner Stellschrauben** auf allen Ebenen, die zusammen genommen auf eine völlig neue Art von Mobilität hin wirken.

Das umfasst nicht nur sichere, gut ausgebaute Radwege- und Fußwegenetze und einen angebotsorientierten, umlagefinanzierten ÖPNV, sondern auch seine Kopplung an On-Demand-Systeme und eine breit aufgestellte Sharing Mobility.

Es braucht ein Zusammendenken von Mobilität mit Wohnen und Arbeiten inklusive Möglichkeiten zur Vermeidung von Mobilität (Stadt der kurzen Wege, CoWorking).

Mobilität muss von den **Bedürfnissen** derjenigen her gedacht werden, die täglich mit Kindern ohne eigenes Auto unterwegs sind - und barrierefrei sein. Planung auf allen Ebenen braucht einen Rund-um-Genderblick bereits in der Datenerhebung, der über die klassischen Pendler*innenbedürfnisse und Freizeitverkehre hinaus geht.

Überfällig ist eine Neuaufteilung des kostbaren Gutes „Fläche“ hin zu einer lebenswerten Stadt.

Für die Kommunen müssen ambitionierte Zielvorgaben gelten - verbunden mit einer entsprechenden Geldzuweisung - und flexible und rechtssichere Möglichkeiten zur Neugestaltung des Straßenraums mit Tempolimits, Halteverboten, Citymaut.

Ebenso steht eine Neubewertung des Dienstwagenprivilegs an und der herkömmlichen Form der Pendlerpauschale. Wir brauchen eine wirksame CO₂-Bepreisung, die Förderung von PKW mit hybridem Antrieb gehört abgeschafft.

Ein **BundesverkehrsWendeWegeplan** mit dem Fokus auf die Schiene ermöglicht eine veränderte Mobilität. Es geht um Alternativen zu Kurzstreckenflügen durch attraktive Nachtzüge und eine resiliente Schieneninfrastruktur, die auch mit einem deutlich erhöhten Anteil an Güterverkehren funktioniert. Notwendig sind Streckenreaktivierungen sowie ein funktionierender Deutschlandtakt. Entscheidend sind darüber hinaus hohe Mindestbedienstandards auch auf dem Lande und Anschlussgarantien.

Deutschland braucht ein grünes Verkehrsministerium!

Wir müssen alle Regeln und Gesetze, die die Mobilität beeinflussen, zusammenführen und neu ausrichten.

Wir müssen Geld in neue Mobilität stecken, nicht in neue Straßen.

Dafür will ich nach Berlin.

To get things done

Als Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Kreis Nordfriesland setze ich mich ein für **wirkungsorientiertes Handeln** in Politik und Verwaltung.

Nach wenigen Monaten in einer Jamaika-Kooperation ist es uns gelungen, mit einstimmigem Beschluss die **UN-Nachhaltigkeitsziele als strategische Ziele des Kreises** zu verankern. Eine strategische Arbeit, die Synergien schafft und nutzt, erfordert ein nachhaltiges Umdenken und ist alles andere als ein Selbstläufer - am wenigsten in der Verwaltung.

Als Gemeindevertreterin in List auf Sylt engagiere ich mich außer für ein insulares Mobilitätswendekonzept u.a. für die Schaffung und vor allem den Erhalt von bezahlbarem und bedarfsgerechten Dauerwohnraum, eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik und das Zusammendenken von Leben, Arbeiten und Altersvorsorge mit Genderblick. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Tragfähigkeitsdebatte in Sachen Tourismus.

Baurecht muss Erbbaurecht werden, der Staat muss seine Handlungsmöglichkeiten zurückgewinnen und darf sich nicht länger Renditeinteressen unterordnen.

Da ist viel Luft nach oben. In Bezug auf ein 250 Millionen-Bauprojekt mitten im Dorf ist es immerhin trotz CDU-Mehrheit gelungen, im Verbund mit engagierten Bürger*innen und der Landespolitik bei Investor und Landesplanung grüne Forderungen durchzusetzen. **Erfolgsentscheidend sind gute Kooperationen zwischen den Ebenen.**

Wenn wir deutschlandweit unseren Verpflichtungen zur Einhaltung der UN-Nachhaltigkeitsziele nachkommen wollen, müssen auf breiter Ebene Kommunalpolitiker*innen und die Verwaltung dazu in die Lage versetzt werden, den Transformationsprozess tatsächlich und professionell voran zu bringen.

Der Wandel wird vor Ort gemacht, in Land und Bund ermöglicht. Dafür will ich nach Berlin.

Margot Böhm

geboren 1964 in Olsberg, NRW
Wohnort: List auf Sylt (Nordfriesland)
Verheiratet, 2 erwachsene Töchter

Dipl.-Pädagogin (Erwachsenenbildung),
SeniorCoach/LehrCoach DCV

Selbstständig als Unternehmensberaterin,
Coach und Coach-Ausbilderin

Grüne Politik:

- Mitglied des Kreistages Nordfriesland, Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses
- Mitarbeit in LAGs, vor allem Verkehr und Tourismus
- Mitarbeit in der BAG MoVe
- Schleswig-Holsteinischer Landkreistag
- Mitarbeit in der AG RNVP S-H Nord
- Mitglied der Gemeindevertretung in List/Sylt

Darüber hinaus:

2010 - 2014: **Berufspolitik.**
Zertifizierungskommission/Vorstandsprecherin im Deutschen Coachingverband (DCV).

2003 - 2010: **Wirtschafts- und Frauenpolitik.**
Gründung/Vorstandsarbeit in regionalen Unternehmerinnennetzwerken und bei „FrauenMachtWirtschaft“

1995 - 2001: **Kirchenpolitik.**
Organisationsentwicklung, und innovative Projekte in der Ev. Kirche im Rheinland

www.coachingzentrum.de

www.gruene-list.de

mb@gruene-list.de

0171 - 6270213

Hier findet Ihr mein berufliches Profil.

Und sonst?

Beruflich liegt meine Expertise in der **Unterstützung von Veränderungsprozessen** mit Einzelnen, Unternehmen, Bürger*innen. Ich kenne mich aus mit agilen Dialogen, komplexen Wechselwirkungen in Organisationen, mit Konfliktlösung und Win-Win-Ergebnissen. **Denn Wandel gibt es nur im Dialog.**

Ich bin vertraut mit Denk- und Verhaltensmustern in „männerdominierten Unternehmenskulturen“ und habe gemeinsam mit anderen Unternehmer*innen das kreative Netzwerk „Frauen Macht Wirtschaft“ initiiert. Veränderung braucht Mehrperspektivität: Wir brauchen **mehr Unternehmerinnen im Bundestag.**

Zudem habe ich als junge solselbständige Alleinerziehende erlebt wie es ist, wenn sich ein Großteil des Denkens um die Finanzierung des Alltags drehen muss. Lange überfällig ist die Abschaffung des Ehegattensplitting zugunsten **einer guten Versorgung für Kinder.**

Seit 2018 durfte ich durch meine Ausbildung in Clowning und Komik auch die **Künstler*innenszene** erleben. Das kulturelle Schaffen ist staatstragend und braucht **entsprechende krisenfeste, existenzsichernde Rahmenbedingungen.**

Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte für Euch gemeinsam mit dem tollen norddeutschen grünen Team meine Erfahrung und meine Expertise in den Bundestag einbringen - für Deutschland und für Schleswig-Holstein.

Ich bitte um Eure Stimme und freue mich auf einen spannenden Wahlkampf - **für ein wirksames Regieren**, für ein grünes Bundeskanzler*innenamt!



LL 7 ML-K Marlene Langholz-Kaiser

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

im Jahr 2011 bin ich wegen der europapolitischen und humanistischen Positionen von Bündnis 90/Die Grünen in die Partei eingetreten. Nachdem ich als Studierende in der Grenzregion meine Abschlussarbeit zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU geschrieben hatte, war das aktive parteipolitische Engagement bei den Grünen für mich folgerichtig.

Seitdem war ich in verschiedenen Ämtern der Partei aktiv und habe ihre Entwicklung auf kommunaler und auf Landesebene mitgestaltet. Als Vorsitzende des Kreisverbands Flensburg habe ich zusammen mit einem tollen Team mehrere Wahlkämpfe geführt. Unsere Partei dabei erfolgreich und im Wachstum zu sehen, ist eine großartige Erfahrung.

Der Kampf für Chancengerechtigkeit und gegen Diskriminierung ist mir ein besonders wichtiges Anliegen – mein politisches Handeln ist immer von einer feministischen Grundhaltung geprägt. Es ist mir wichtig, Brücken zu schlagen zwischen verschiedenen politischen Themenfeldern und Ressorts, und diese sinnvoll miteinander in Beziehung zu setzen. Nur so können Querschnittsthemen wie Chancengerechtigkeit wirksam verfolgt werden.

Ich setze mich für einen partizipativen, transparenten und teamorientierten Politikstil ein. Die Akzeptanz von politischen Lösungen hängt stark davon ab, wie sehr die Menschen sich gehört und in Entscheidungsprozesse eingebunden fühlen.

Meine Themen für den Bundestag

In den letzten neun Jahren habe ich beruflich im Wissenschaftsbereich gearbeitet: mal selbst forschend, mal als Dienstleisterin. Über die Europawissenschaften habe ich einen interdisziplinären Zugang zu vielen Fragestellungen bekommen, was sich auch darauf auswirkt, wie ich mich politischen Themen nähere. Das Zusammenwirken von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft halte ich für essenziell für den Umgang mit Krisen.

Für den Umbau unserer Wirtschaftsordnung, zu einer nachhaltigen, sozialen, ressourcenschonenden und klimaverträglichen Ökonomie, müssen wir alle in der Gesellschaft vorhandenen Kräfte bündeln und Strukturen schaffen, die dies ermöglichen.

Die folgenden Themenbereiche möchte ich im Bundestag schwerpunktmäßig vorantreiben:

Europa

Gerade als Europawissenschaftlerin und Kommunalpolitikerin in der Grenzregion ist mir die europäische Integration ein wichtiges Anliegen. Leider lässt sich seit Jahren in vielen Mitgliedstaaten der EU ein Rückzug ins Nationale beobachten, der auch bei uns in Deutschland inzwischen sehr spürbar ist.

Die pandemiebedingten Grenzschließungen in der deutsch-dänischen Grenzregion waren den meisten Menschen dort nicht willkommen – neben anderen Unannehmlichkeiten konnten vor allem



Alter: 40
Geschlecht: weiblich
Geburtsort: Neumünster

grenzüberschreitende private Beziehungen plötzlich nicht mehr gepflegt werden. Grenzübergreifende Ansätze zur Krisenbewältigung gab und gibt es offenbar nicht. Hier müssen wir nachbessern! Der Zusammenhalt der EU ist fragil und wir müssen alles dafür tun, dass sie nicht zerbricht. In der kommenden Regierungsperiode wird es von entscheidender Bedeutung sein, den europäischen Integrationsprozess weiter zu gestalten und zu verhindern, dass das Institutionengefüge von innen und außen weiter geschwächt wird.

Ich möchte mich als Bundestagsabgeordnete dafür einsetzen, dass in der Grenzregion zwischen Schleswig-Holstein und Süddänemark Strukturen geschaffen werden, die die grenzüberschreitende Kooperation erleichtern, z.B. durch ein gemeinsames Forum im Bereich Meeres- und Klimaschutz oder einen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Diese Initiativen müssen deswegen von der Bundesebene gestützt werden, weil viele politische Kompetenzen in Dänemark, anders als in Deutschland, nicht auf der föderalen, sondern auf der nationalen Ebene angesiedelt sind.

Viele Krisen sind grenzüberschreitend – Lösungen für solche Probleme müssen, wo irgend möglich, grenzübergreifend gefunden werden.

Wissenschaftspolitik

Dass Internationalität in der Wissenschaft gelebter Alltag ist, habe ich in den letzten Jahren an der Universität täglich erleben können. Die internationale Zusammenarbeit und die europäische Integration werden durch den Austausch von Lernenden und Forschenden vorangetrieben. Wissenschaftsbeziehungen schaffen Verbindungen zwischen Gesellschaften. Die positiven Erfahrungen mit der internationalen Mobilität von Studierenden sollten als Beispiel dafür dienen, auch jungen Menschen in anderen Ausbildungswegen einen temporären Auslandsaufenthalt zu ermöglichen.

Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen sind – hier wie in anderen Ländern – ein Ort für internationalen Austausch, an dem mit vereinten Kräften an Lösungen für die Herausforderungen von heute und morgen gearbeitet wird.

Gegenwärtig unterliegt ein Teil der Hochschulfinanzierung Wettbewerbskriterien: die Exzellenzstrategie und die verschiedenen Finanzierungspakte des Bundes führen im Ergebnis nicht nur zu wissenschaftlichen „Leuchttürmen“, sondern auch zu einer Benachteiligung kleinerer Hochschulen in der Fläche und ihrer chronischen Unterfinanzierung, so auch in Schleswig-Holstein. Die Hochschulfinanzierung muss verlässlicher und regional ausgewogen vorgenommen werden, um die Qualität von Forschung und Lehre in der Fläche zu erhöhen, zunehmende Ungleichheit zwischen Hochschulen und Studienbedingungen wieder umzukehren, und um verlässliche Berufsperspektiven für junge Wissenschaftler*innen zu schaffen.

Wir brauchen eine stärkere Förderung sozialer Innovationen. Dazu gehören sog. Reallabore, in denen gesellschaftliche Veränderungsprozesse gemeinsam mit Wirtschaft, Bürger*innen und Kommunen erprobt werden. Auch eine Unterstützung transformativer Wissenschaftsbereiche ist ein wichtiges Element grüner Wissenschaftspolitik sowie die Förderung einer effektiven Wissenschaftskommunikation. Diese muss mehr als bisher Teil unserer Wissenschaftspolitik sein, auch um Menschen für die Dringlichkeit der Klimapolitik sensibilisieren.

Mehr Forschung für den Wandel muss Ziel grüner Wissenschaftspolitik sein.

Ein Herzensthema ist für mich auch die Förderung von Chancengleichheit in unserem Bildungs- und Hochschulsystem. Chancengleichheit ist nicht nur gerecht, sie erhöht auch die Perspektivenvielfalt in unserer Gesellschaft und schafft so die Grundlage für Krisenresilienz! Die soziale Herkunft spielt im deutschen Bildungssystem aber noch immer eine viel zu große Rolle. Und was in der Schule beginnt, setzt sich auf Hochschulebene fort. Als Erste in meiner Familie mit einem Hochschulabschluss und als Doktorandin mit zwei Kindern kenne ich einige der Hürden unseres Wissenschaftssystems aus eigener Erfahrung.

Bafög-Leistungen kommen heute nur einem kleinen Teil von Studierenden zugute. Hier ist eine Reform längst überfällig, das haben die letzten Monate, in denen ein großer Teil der Studierenden seine Jobs verloren hat, noch mal sehr deutlich gezeigt. Wir brauchen eine Grundsicherung für Studierende, die Antragstellung muss entbürokratisiert werden.

Auch wenn bei der Gleichstellung in den letzten Jahrzehnten an den Hochschulen schon einige Erfolge erzielt werden konnten, gibt es hier – wie auch gesamtgesellschaftlich in diesem Bereich – noch viel zu tun! Zusätzlich müssen wir auf Bundesebene Anreize setzen, damit Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sich stärker mit gesellschaftlicher Vielfalt auseinandersetzen und Chancengleichheit und Anti-Diskriminierung mehrdimensional vorantreiben. Dafür brauchen wir nicht nur geeignete Förderprogramme, sondern auch gesetzliche Vorgaben für strukturelle Veränderungen.

Meeresschutz

Wer die Klimakrise aufhalten will, muss den Meeresschutz als wichtiges politisches Handlungsfeld begreifen. Das Meer ist als Lebensraum akut bedroht. Die klimabedingte Erwärmung und Versauerung durch CO₂, Überdüngung und Verschmutzung durch Plastikmüll setzen ihm zu. Munitionsaltlasten aus zwei Weltkriegen stellen eine zusätzliche Gefahr dar, die durch Zersetzungsprozesse von Tag zu Tag zunimmt. Strategien zum Umgang mit diesen komplexen Problemen fehlen entweder ganz oder werden von der Großen Koalition nicht umgesetzt. Wir müssen endlich die sog. Schutzgebiete wirklich schützen und nationale und internationale Zielsetzungen einfordern! Ein entschiedenes Vorgehen im Bereich Meeresschutz wird nur mit Hilfe eines strategischen Konzepts auf Bundesebene, der Einbindung von Erkenntnissen aus der Meeresforschung und einer engen Verknüpfung mit unseren Klimaschutzzielen gelingen. Ein enger Austausch zwischen den verschiedenen Politikebenen in diesem Bereich ist unerlässlich, grenzüberschreitende Handlungsansätze, z.B. in der deutsch-dänischen Grenzregion, müssen gezielter unterstützt werden. Lasst uns den hohen Stellenwert, den die Meerespolitik für uns im Lande hat, gemeinsam in den Bund tragen!

Europäische Integration, grüne Wissenschaftspolitik und Meeresschutz: das sind meine Themen für den Bundestag!

Dafür bitte ich um Eure Stimme für meine Kandidatur auf Platz 7 unserer Landesliste!

Eure Marlene

Persönliches

- Geboren 1980 in Neumünster
- Wohnort: Flensburg
- Familie: Verheiratet, 2 Kinder (5 und 11 Jahre alt)
- Studium: B.A. Soziologie (Universität Bremen) und M.A./M.Sc./Cand. Soc. Europawissenschaften (Europa-Universität Flensburg)
- Beruf: seit 2011 Mitarbeiterin an der Europa-Universität Flensburg, bis 2019 Mitarbeit in verschiedenen Forschungsprojekten & Lehre, Studiengangskoordination von Jan. 2020- Jan. 2021
- Längere Auslandsaufenthalte: 1999-2002 zunächst Au-pair, dann Studium am Community College (Liberal Arts) und Nebenjobs in New York (Long Island)

Bündnis 90 / Die Grünen

- Mitglied seit 2011
- Vorstandsmitglied beim Kreisverband Flensburg seit 2013

(Vorsitzende seit 2016)

- Mitglied im Parteirat (seit 2017)
- Sprecherin der LAG Nordstaat (2018-2019)
- Bürgerschaftliches Fraktionsmitglied seit 2018 (Gleichstellungsausschuss und Ausschuss für Soziales und Gesundheit)



Bewerbung

MARLENE LANGHOLZ- KAISER

Liebe Freund*innen und
Freunde,

im Jahr 2011 bin ich wegen der europapolitischen und humanistischen Positionen von Bündnis 90/Die Grünen in die Partei eingetreten. Nachdem ich als Studierende in der Grenzregion meine Abschlussarbeit zur Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU geschrieben hatte, war das aktive parteipolitische Engagement bei den Grünen für mich folgerichtig.

Seitdem war ich in verschiedenen Ämtern der Partei aktiv und habe ihre Entwicklung auf kommunaler und auf Landesebene mitgestaltet. Als Vorsitzende des Kreisverbands Flensburg habe ich zusammen mit einem tollen Team mehrere Wahlkämpfe geführt. Unsere Partei dabei erfolgreich und im Wachstum zu sehen, ist eine großartige Erfahrung.

Der Kampf für Chancengerechtigkeit und gegen Diskriminierung ist mir ein besonders wichtiges Anliegen – mein politisches Handeln ist immer von einer feministischen Grundhaltung geprägt. Es ist mir wichtig, Brücken zu schlagen zwischen verschiedenen politischen Themenfeldern und Ressorts, und diese sinnvoll miteinander in Beziehung zu setzen. Nur so können Querschnittsthemen wie Chancengerechtigkeit wirksam verfolgt werden.

Ich setze mich für einen partizipativen, transparenten und teamorientierten Politikstil

Listenplatz 7 zur
Bundestagswahl

ein. Die Akzeptanz von politischen Lösungen hängt stark davon ab, wie sehr die Menschen sich gehört und in Entscheidungsprozesse eingebunden fühlen.

Meine Themen für den Bundestag

In den letzten neun Jahren habe ich beruflich im Wissenschaftsbereich gearbeitet: mal selbst forschend, mal als Dienstleisterin. Über die Europawissenschaften habe ich einen interdisziplinären Zugang zu vielen Fragestellungen bekommen, was sich auch darauf auswirkt, wie ich mich politischen Themen nähere. Das Zusammenwirken von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft halte ich für essenziell für den Umgang mit Krisen.

Für den Umbau unserer Wirtschaftsordnung, zu einer nachhaltigen, sozialen, ressourcenschonenden und klimaverträglichen Ökonomie, müssen wir alle in der Gesellschaft vorhandenen Kräfte bündeln und Strukturen schaffen, die dies ermöglichen.

Die folgenden Themenbereiche möchte ich im Bundestag schwerpunktmäßig vorantreiben:

Europa

Gerade als Europawissenschaftlerin und Kommunalpolitikerin in der Grenzregion ist mir die europäische Integration ein wichtiges Anliegen. Leider lässt sich seit Jahren in vielen Mitgliedstaaten der EU ein Rückzug ins Nationale beobachten, der auch bei uns in Deutschland inzwischen sehr spürbar ist.

Die pandemiebedingten Grenzsicherungen in der deutsch-dänischen Grenzregion waren den meisten Menschen dort nicht willkommen – neben anderen Unannehmlichkeiten konnten vor allem grenzüberschreitende private Beziehungen plötzlich nicht mehr gepflegt werden. Grenzübergreifende Ansätze zur Krisenbewältigung gab und gibt es offenbar nicht. Hier müssen wir nachbessern! Der Zusammenhalt der EU ist fragil und wir müssen alles dafür tun, dass sie nicht zerbricht. **In der kommenden Regierungsperiode wird es von entscheidender Bedeutung sein, den europäischen Integrationsprozess weiter zu gestalten und zu verhindern, dass das Institutionengefüge von innen und außen weiter geschwächt wird.**

Ich möchte mich als Bundestagsabgeordnete dafür einsetzen, dass in der Grenzregion zwischen Schleswig-Holstein und Süddänemark Strukturen geschaffen werden, die die grenzüberschreitende Kooperation erleichtern, z.B. durch ein gemeinsames Forum im Bereich Meeres- und Klimaschutz oder einen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Diese Initiativen müssen deswegen von der Bundesebene gestützt werden, weil viele politische Kompetenzen in Dänemark, anders als in Deutschland, nicht auf der föderalen, sondern auf der nationalen Ebene angesiedelt sind.

Viele Krisen sind grenzüberschreitend – Lösungen für solche Probleme müssen, wo irgend möglich, grenzübergreifend gefunden werden.

Wissenschaftspolitik

Dass Internationalität in der Wissenschaft gelebter Alltag ist, habe ich in den letzten Jahren an der Universität täglich erleben

können. **Die internationale Zusammenarbeit und die europäische Integration werden durch den Austausch von Lernenden und Forschenden vorangetrieben. Wissenschaftsbeziehungen schaffen Verbindungen zwischen Gesellschaften.** Die positiven Erfahrungen mit der internationalen Mobilität von Studierenden sollten als Beispiel dafür dienen, auch jungen Menschen in anderen Ausbildungswegen einen temporären Auslandsaufenthalt zu ermöglichen.

Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen sind – hier wie in anderen Ländern – ein Ort für internationalen Austausch, an dem mit vereinten Kräften an Lösungen für die Herausforderungen von heute und morgen gearbeitet wird.

Gegenwärtig unterliegt ein Teil der Hochschulfinanzierung Wettbewerbskriterien: die Exzellenzstrategie und die verschiedenen Finanzierungspakte des Bundes führen im Ergebnis nicht nur zu wissenschaftlichen „Leuchttürmen“, sondern auch zu einer Benachteiligung kleinerer Hochschulen in der Fläche und ihrer chronischen Unterfinanzierung, so auch in Schleswig-Holstein. Die Hochschulfinanzierung muss verlässlicher und regional ausgewogen vorgenommen werden, um die Qualität von Forschung und Lehre in der Fläche zu erhöhen, zunehmende Ungleichheit zwischen Hochschulen und Studienbedingungen wieder umzukehren, und um verlässliche Berufsperspektiven für junge Wissenschaftler*innen zu schaffen.

Wir brauchen eine stärkere Förderung sozialer Innovationen. Dazu gehören sog. Reallabore, in denen gesellschaftliche Veränderungsprozesse gemeinsam mit Wirtschaft, Bürger*innen und Kommunen erprobt werden. Auch eine Unterstützung transformativer Wissenschaftsbereiche ist ein wichtiges Element grüner Wissenschaftspolitik sowie die Förderung einer effektiven Wissenschaftskommunikation. Diese muss mehr als bisher Teil unserer Wissenschaftspolitik sein, auch um Menschen für die Dringlichkeit der Klimapolitik sensibilisieren.

Mehr Forschung für den Wandel muss Ziel grüner Wissenschaftspolitik sein.

Ein Herzensthema ist für mich auch die Förderung von Chancengleichheit in unserem Bildungs- und Hochschulsystem. Chancengleichheit ist nicht nur gerecht, sie erhöht auch die Perspektivenvielfalt in unserer Gesellschaft und schafft so die Grundlage für Krisenresilienz! Die soziale Herkunft spielt im deutschen Bildungssystem aber noch immer eine viel zu große Rolle. Und was in der Schule beginnt, setzt sich auf Hochschulebene fort. Als Erste in meiner Familie mit einem Hochschulabschluss und als Doktorandin mit zwei

Kindern kenne ich einige der Hürden unseres Wissenschaftssystems aus eigener Erfahrung.

Bafög-Leistungen kommen heute nur einem kleinen Teil von Studierenden zugute. Hier ist eine Reform längst überfällig, das haben die letzten Monate, in denen ein großer Teil der Studierenden seine Jobs verloren hat, noch mal sehr deutlich gezeigt. Wir brauchen eine Grundsicherung für Studierende, die Antragstellung muss entbürokratisiert werden.

Auch wenn bei der Gleichstellung in den letzten Jahrzehnten an den Hochschulen schon einige Erfolge erzielt werden konnten, gibt es hier – wie auch gesamtgesellschaftlich in diesem Bereich – noch viel zu tun! Zusätzlich müssen wir auf Bundesebene Anreize setzen, damit Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sich stärker mit gesellschaftlicher Vielfalt auseinandersetzen und Chancengleichheit und Anti-Diskriminierung mehrdimensional vorantreiben. Dafür brauchen wir nicht nur geeignete Förderprogramme, sondern auch gesetzliche Vorgaben für strukturelle Veränderungen.

Meeresschutz

Wer die Klimakrise aufhalten will, muss den Meeresschutz als wichtiges politisches Handlungsfeld begreifen. Das Meer ist als Lebensraum akut bedroht. Die klimabedingte Erwärmung und Versauerung durch CO₂, Überdüngung und Verschmutzung durch Plastikmüll setzen ihm zu. Munitionsaltslasten aus zwei Weltkriegen stellen eine zusätzliche Gefahr dar, die durch Zersetzungsprozesse von Tag zu Tag zunimmt. Strategien zum Umgang mit diesen komplexen Problemen fehlen entweder ganz oder werden von der Großen Koalition nicht umgesetzt. Wir müssen endlich die sog. Schutzgebiete wirklich schützen und nationale und internationale Zielsetzungen einfordern! Ein entschiedenes Vorgehen im Bereich Meeresschutz wird nur mit Hilfe eines strategischen Konzepts auf Bundesebene, der Einbindung von Erkenntnissen aus der Meeresforschung und einer engen Verknüpfung mit unseren Klimaschutzzielen gelingen. Ein enger Austausch zwischen den verschiedenen Politikebenen in diesem Bereich ist unerlässlich, grenzüberschreitende Handlungsansätze, z.B. in der deutsch-dänischen Grenzregion, müssen gezielter unterstützt werden. Lasst uns den hohen Stellenwert, den die Meerespolitik für uns im Lande hat, gemeinsam in den Bund tragen!

Europäische Integration, grüne Wissenschaftspolitik und Meeresschutz: das sind meine Themen für den Bundestag!

Dafür bitte ich um Eure Stimme für meine Kandidatur auf Platz 7 unserer Landesliste!

Persönliches

- Geboren 1980 in Neumünster
- Wohnort: Flensburg
- Familie: Verheiratet, 2 Kinder (5 und 11 Jahre alt)
- Studium: B.A. Soziologie (Universität Bremen) und
- M.A./M.Sc./Cand. Soc. Europawissenschaften (Europa-Universität Flensburg)
- Beruf: seit 2011 Mitarbeiterin an der Europa-Universität Flensburg, bis 2019 Mitarbeit in verschiedenen Forschungsprojekten & Lehre, Studiengangskoordination von Jan. 2020- Jan. 2021
- Längere Auslandsaufenthalte: 1999-2002 zunächst Au-pair, dann Studium am Community College (Liberal Arts) und Nebenjobs in New York (Long Island)

Bündnis 90/Die Grünen

- Mitglied seit 2011
- Vorstandsmitglied beim Kreisverband Flensburg seit 2013
- (Vorsitzende seit 2016)
- Mitglied im Parteirat (seit 2017)
- Sprecherin der LAG Nordstaat (2018-2019)
- Bürgerschaftliches Fraktionsmitglied seit 2018 (Gleichstellungsausschuss und Ausschuss für Soziales und Gesundheit)

LL 8 JH Jens Herrndorff

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Bewerbung auf Listenplatz 8

Liebe Freundinnen und Freunde!

Eine moderne Grüne Kulturpolitik und eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik sind für mich wesentliche Bausteine unserer Demokratie. Dafür möchte ich mich in der kommenden Legislaturperiode im Bundestag einsetzen und bitte um eure Stimme für meine Bewerbung auf Platz 8 der Landesliste.

Seit mehr als 25 Jahren arbeite ich in der Musikbranche an der Schnittstelle von Kultur und Wirtschaft. Als Vorstandssprecher des KV Pinneberg setze ich mich aktiv für Grüne Werte, politische Mitbestimmung und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ein, als Sprecher der LAG Kultur für eine nachhaltige und progressive Kulturpolitik. Dieses Engagement möchte ich nun sehr gerne für und mit euch auf Bundesebene fortsetzen.

Ich bin der Meinung, dass gute Politik nur gemeinsam gelingt. Sie ist nie der Erfolg einer einzelnen Person. Gute Politik zeichnet sich dadurch aus, die richtigen Fragen zu stellen, zuzuhören, zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

Für eine moderne Grüne Kulturpolitik!

Grüne Kulturpolitik steht im Fokus meiner politischen Tätigkeit. Sie ist für mich eine Politik der Vielfalt, Toleranz und Verständigung. Sie schafft Raum für gesellschaftliche Diskurse, alternative Lebens- und Arbeitsformen und Innovationen. Sie wirkt identitätsstiftend, verbindend und sichert kulturelle Teilhabe für alle. Sie ist feministisch und fördert die Gleichberechtigung und Vielfalt der Geschlechter.

Das vorrangigste Ziel besteht für mich darin, das Bewusstsein für die gesellschaftliche Bedeutung von Kulturpolitik zu steigern. Den Belangen der Kultur muss ein deutlich höherer Stellenwert in politischen Entscheidungsprozessen beigemessen werden. Kultur soll auf allen staatlichen Ebenen als essentieller Bestandteil der Daseinsfürsorge berücksichtigt werden und darf nicht nur freiwillige Leistung sein.

Zahlreiche Gespräche im Rahmen der Corona-Pandemie haben mir wiederholt bestätigt, dass es in der Politik zu wenig Verständnis für die Diversität und Komplexität der Kultur- und Kreativlandschaft gibt. Deshalb brauchen wir unter anderem einen intensiven Dialog mit den Kulturschaffenden. Politik muss verstehen, wie Kultur funktioniert, um gute Kulturpolitik machen zu können. Das bedeutet auch, die Rechte der Kreativen zu schützen und für ihre soziale Sicherung einzustehen.

Kultur unterliegt einem ständigen Wandel: Street-Art, Clubkultur, Games, Software und digitale Ausdrucksformen müssen Bestandteile eines zeitgemäßen Kulturverständnisses und gleichberechtigt mit klassischen Kulturformen gefördert werden. Dazu gehört auch die längst überfällige und angemessene Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Vergangenheit und die Entwicklung von



Alter:

51

Geschlecht:

männlich

Geburtsort:

Stuttgart

konkreten Perspektiven im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Klimaneutralität. Wir brauchen daher dringend eine Modernisierung und Erweiterung des Kulturbegriffs und eine Überprüfung der bestehenden Förderstrukturen.

Die Kürzung von Fördermitteln für Kultur und Medien ist gängige Praxis von Regierungen mit rechtspopulistischer Beteiligung. Auch in Deutschland machen undemokratische Kräfte offen Front gegen die freie Kultur- und Medienlandschaft. Dieser besorgniserregenden Entwicklung möchte ich mich entgegenstellen und die Freiheit und Unabhängigkeit der Kultur- und Medienlandschaft im Sinne unserer demokratischen Grundordnung verteidigen.

Für eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik!

Eine Grüne Wirtschaftspolitik ist für mich eine Politik im Sinne der Menschen und der Umwelt. Sie ist am Gemeinwohl orientiert und bezieht die Folgen der ökonomischen Tätigkeit in ihre Entscheidungsprozesse mit ein.

Unser aktuelles Wirtschaftsmodell orientiert sich rein am Profit. Ökologische und gesellschaftliche Kosten werden in den Bilanzen nicht berücksichtigt. Diese müssen zukünftig bewertet, bilanziert und internalisiert werden und Auswirkungen auf die Rentabilität von Unternehmen haben.

Wir brauchen ein neues Innovationsverständnis, das nicht nur technische, sondern auch soziale Innovationen fördert. Soziale Innovationen schaffen neue Wertemodelle des Wirtschaftens und entwickeln neue Ideen im Dienst von Mensch und Umwelt.

Die Diversifizierung unserer Arbeitswelt schreitet mehr und mehr voran. Deshalb brauchen wir ein Recht auf mobiles Arbeiten, das der Vielfalt der Arbeitsweisen und der Arbeitsorte gerecht wird und rechtliche und soziale Sicherheit für die Arbeitnehmer*innen schafft.

Verdeckte Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger durch finanzstarke Konzerne und Interessengruppen gefährdet demokratische Entscheidungsprozesse. Wir brauchen mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit, ein umfangreiches Lobbyregister, den legislativen Fußabdruck und die detaillierte Offenlegung aller Nebeneinkünfte der Bundestagsabgeordneten.

Für eine lebendige Demokratie!

Eine lebendige Demokratie bietet den Bürger*innen Möglichkeiten zur Partizipation und Gestaltung. Deshalb ist mir die Absenkung des Wahlalters und die Einrichtung von Bürger*innenräten auf Bundesebene ein besonderes Anliegen.

Mit diesen Themen und Schwerpunkten möchte ich euch, und damit Schleswig-Holstein, im nächsten Bundestag vertreten und bitte um eure Unterstützung, euer Vertrauen und eure Stimme!

Mehr über mich

Ich wurde 1969 geboren und lebe in Barmstedt im Kreis Pinneberg. Ich bin verheiratet und habe drei Töchter. Seit mehr als 25 Jahren arbeite ich selbstständig in der Musikbranche als Manager der Gruppe „Fettes Brot“ und Geschäftsführer der bandeigenen Schallplattenfirma.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bin ich als Vorstandssprecher des KV Pinneberg aktiv und bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport der Stadt Barmstedt. Als Delegierter meines KVs durfte ich auf den BDKs in Leipzig 2018 und Bielefeld 2019 wertvolle politische Erfahrung sammeln.

Darüber hinaus bin ich Sprecher der LAG Kultur, Mitglied der LAG Medien und Netz, der LAG Sport und bringe mein Wissen auf Bundesebene u.a. in die Arbeit der BAG Kultur ein.

Mehr Informationen über mich und meine politische Arbeit findet ihr unter www.jens-herrndorff.de.

Sprecht mich gerne jederzeit an!

Euer

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jens', with a large, sweeping flourish on the left side.

Bewerbung auf Listenplatz 8

Jens Herrndorff



Liebe Freundinnen und Freunde!

Eine **moderne Grüne Kulturpolitik** und eine **nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik** sind für mich wesentliche Bausteine unserer **Demokratie**. Dafür möchte ich mich in der kommenden Legislaturperiode im Bundestag einsetzen und bitte um eure Stimme für meine Bewerbung auf Platz 8 der Landesliste.

Seit mehr als 25 Jahren arbeite ich in der Musikbranche an der Schnittstelle von Kultur und Wirtschaft. Als **Vorstandssprecher des KV Pinneberg** setze ich mich aktiv für Grüne Werte, politische Mitbestimmung und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ein, als **Sprecher der LAG Kultur** für eine nachhaltige und progressive Kulturpolitik. Dieses Engagement möchte ich nun sehr gerne für und mit euch auf Bundesebene fortsetzen.

Ich bin der Meinung, dass gute Politik nur gemeinsam gelingt. Sie ist nie der Erfolg einer einzelnen Person. Gute Politik zeichnet sich dadurch aus, die richtigen Fragen zu stellen, zuzuhören, zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten.

Für eine moderne Grüne Kulturpolitik!

Grüne Kulturpolitik steht im Fokus meiner politischen Tätigkeit. Sie ist für mich eine Politik der Vielfalt, Toleranz und Verständigung. Sie schafft Raum für gesellschaftliche Diskurse, alternative Lebens- und Arbeitsformen und Innovationen. Sie wirkt identitätsstiftend, verbindend und sichert kulturelle Teilhabe für Alle. Sie ist feministisch und fördert die Gleichberechtigung und Vielfalt der Geschlechter.

Das vorrangigste Ziel besteht für mich darin, das Bewusstsein für die gesellschaftliche Bedeutung von Kulturpolitik zu steigern. Den Belangen der Kultur muss ein deutlich höherer Stellenwert in politischen Entscheidungsprozessen beigemessen werden. **Kultur soll auf allen staatlichen Ebenen als essenzieller Bestandteil der Daseinsfürsorge berücksichtigt werden** und darf nicht nur freiwillige Leistung sein.

Zahlreiche Gespräche im Rahmen der Corona-Pandemie haben mir wiederholt bestätigt, dass es in der Politik zu wenig Verständnis für die Diversität und Komplexität der Kultur- und Kreativlandschaft gibt. Deshalb brauchen wir unter anderem einen intensiven Dialog mit den Kulturschaffenden. **Politik muss verstehen, wie Kultur funktioniert, um gute Kulturpolitik machen zu können**. Das bedeutet auch, die Rechte der Kreativen zu schützen und für ihre soziale Sicherung einzustehen.

Kultur unterliegt einem ständigen Wandel: Street-Art, Clubkultur, Games, Software und digitale Ausdrucksformen müssen Bestandteile eines zeitgemäßen Kulturverständnisses und gleichberechtigt mit klassischen Kulturformen gefördert werden. Dazu gehört auch die längst überfällige und angemessene Auseinandersetzung mit unserer kolonialen Vergangenheit und die Entwicklung von konkreten Perspektiven im Hinblick auf Nachhaltigkeit und Klimaneutralität. Wir brauchen daher dringend eine **Modernisierung und Erweiterung des Kulturbegriffs und eine Überprüfung der bestehenden Förderstrukturen**.

Die Kürzung von Fördermitteln für Kultur und Medien ist gängige Praxis von Regierungen mit rechtspopulistischer Beteiligung. Auch in Deutschland machen undemokratische Kräfte offen Front gegen die freie Kultur- und Medienlandschaft. Dieser besorgniserregenden Entwicklung möchte ich mich entgegenstellen und die **Freiheit und Unabhängigkeit der Kultur- und Medienlandschaft im Sinne unserer demokratischen Grundordnung verteidigen**.

Für eine nachhaltige und zukunftsfähige Wirtschaftspolitik!

Eine Grüne Wirtschaftspolitik ist für mich eine **Politik im Sinne der Menschen und der Umwelt**. Sie ist am Gemeinwohl orientiert und bezieht die Folgen der ökonomischen Tätigkeit in ihre Entscheidungsprozesse mit ein.

Unser aktuelles Wirtschaftsmodell orientiert sich rein am Profit. **Ökologische und gesellschaftliche Kosten** werden in den Bilanzen nicht berücksichtigt. Diese müssen zukünftig bewertet, bilanziert und internalisiert werden und Auswirkungen auf die Rentabilität von Unternehmen haben.

Wir brauchen ein neues Innovationsverständnis, das nicht nur technische, sondern auch soziale Innovationen fördert. **Soziale Innovationen** schaffen neue Wertemodelle des Wirtschaftens und entwickeln neue Ideen im Dienst von Mensch und Umwelt.

Die Diversifizierung unserer Arbeitswelt schreitet mehr und mehr voran. Deshalb brauchen wir **ein Recht auf mobiles Arbeiten**, das der Vielfalt der Arbeitsweisen und der Arbeitsorte gerecht wird und rechtliche und soziale Sicherheit für die Arbeitnehmer*innen schafft.

Verdeckte Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger durch finanzstarke Konzerne und Interessengruppen gefährdet demokratische Entscheidungsprozesse. Wir brauchen mehr **Transparenz und Nachvollziehbarkeit**, ein umfangreiches Lobbyregister, den legislativen Fußabdruck und die detaillierte Offenlegung aller Nebeneinkünfte der Bundestagsabgeordneten.

Für eine lebendige Demokratie!

Eine lebendige Demokratie bietet den Bürger*innen Möglichkeiten zur Partizipation und Gestaltung. Deshalb ist mir die **Absenkung des Wahlalters** und die **Einrichtung von Bürger*innenräten** auf Bundesebene ein besonderes Anliegen.

Mit diesen Themen und Schwerpunkten möchte ich euch, und damit Schleswig-Holstein, im nächsten Bundestag vertreten und bitte um eure Unterstützung, euer Vertrauen und eure Stimme!

Euer

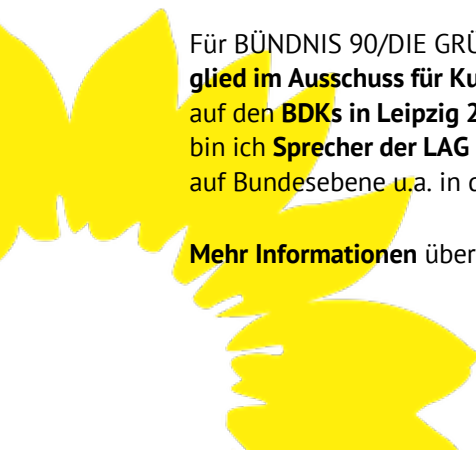


Mehr über mich

Ich wurde 1969 geboren und lebe in Barmstedt im Kreis Pinneberg. Ich bin verheiratet und habe drei Töchter. Seit mehr als 25 Jahren arbeite ich selbstständig in der Musikbranche als **Manager der Gruppe „Fettes Brot“** und Geschäftsführer der bandeigenen Schallplattenfirma.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bin ich als **Vorstandssprecher des KV Pinneberg** aktiv und **bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport der Stadt Barmstedt**. Als Delegierter meines KV durfte ich auf den **BDKs in Leipzig 2018 und Bielefeld 2019** wertvolle politische Erfahrung sammeln. Darüber hinaus bin ich **Sprecher der LAG Kultur**, Mitglied der LAG Medien und Netz, der LAG Sport und bringe mein Wissen auf Bundesebene u.a. in die Arbeit der BAG Kultur ein.

Mehr Informationen über mich und meine politische Arbeit findet ihr unter www.jens-herrndorff.de.



LL 8 MD Martin Drees

Antragsteller*in: Martin Drees (KV Plön)

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freundinnen

liebe Freunde,

seit über 20 Jahren lebe ich mit meiner Familie am wunderschönen Wielener See im Kreis Plön. Ein schnelles Bad nach dem Feierabend im Sommer. Eine Wanderung rund um den See im Winter. Das ist ein bisschen wie „Leben, wo andere Urlaub machen“. In Wahlstorf, der wohl kleinsten Gemeinde mit Grüner Fraktion, versuche ich als Fraktionsvorsitzender unser Dorf ein bisschen Grüner zu machen.

Seit inzwischen 7 Jahren führt mich mein täglicher Arbeitsweg nach Neumünster, einer Stadt, in der die Wege kurz sind und alles gut mit dem Fahrrad erreichbar ist. Eine Stadt, in der die Kultur lebt und in der wir hoffentlich bald einen GRÜNEN Oberbürgermeister begrüßen dürfen. Die Stadt mit einem der am besten erhaltenen Hochmoore in Schleswig- Holstein, dem Dosenmoor.

Einen Teil der 35 km langen Strecke fahre ich notgedrungen mit dem Auto, den zweiten Teil mit dem Rad. Es wäre doch wunderbar, zukünftig ganz auf das Auto verzichten zu können.

Klimaschutz braucht die Verkehrswende

Die Signale für die Reaktivierung der Bahnstrecke von Kiel nach Schönberg stehen bekanntlich bereits auf „Grün“. Die Reaktivierung der Strecken zwischen Neumünster und Ascheberg, von Flensburg nach Lindholm sowie viele weitere im Land müssen die nächsten Ziele unserer Bemühungen sein, schließen diese doch wichtige Lücken im Nahverkehrsnetz.

Und auch für Hein Lüttenborg, die Verbindung zwischen Lütjenburg und Malente liegt ein spannendes Konzept für die Reaktivierung vor, welches auf solarbetriebenen MonoCabs basiert.

Für einen leistungsstarken und attraktiven ÖPNV brauchen wir schienengebundene Lösungen für die zentralen Achsen. Wir brauchen ein kombiniertes Bus-Bahn-Angebot, mit dem kleinere Gemeinden mittels Zubringerverkehr an die Bahnhöfe der Strecke angebunden werden. Und für die Busse sollten Fahrrad-Heckträger nach Schweizer Vorbild Berufspendlern und Touristen gleichermaßen das Umsteigen aufs Rad erleichtern.

Und wir brauchen gute und kreuzungsfreie Radrouten vor allem da, wo Umsteigepotentiale vom Auto aufs Rad gegeben sind, also vor allem in den Ballungsräumen um Kiel, Lübeck, Neumünster, Flensburg und am Hamburger Rand.

Klimaschutz braucht die Wärmewende

In Schleswig-Holstein produzieren wir schon jetzt deutlich mehr Strom aus Erneuerbaren als wir selbst verbrauchen können. Das ist fantastisch. Neben der Stromerzeugung und der Mobilität müssen wir aber auch im Wärmebereich noch viel mehr tun.



Alter:

56

Geschlecht:

männlich

Geburtsort:

Lüneburg

Das Nahwärmeprojekt der PreBEG in Preetz weist hier in die richtige Richtung. Der Anteil der regenerativen Energie bei der Wärmeerzeugung wird dort ca. 95 % betragen. Ohne öffentliche Förderung sind derartige Projekte aber kaum zu realisieren. Hierfür setze ich mich ein. Und auch Privathaushalte brauchen staatliche Unterstützung beim Klimaschutz, vor allem beim Ausbau der Photovoltaik, aber auch für klimaneutrales Bauen und für E-Ladestationen. Hierfür werde ich mich im Bundestag einsetzen.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit

(aus dem Grundsatzprogramm 2020)

Die GRÜNEN sind seit ihrer Gründung die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Die ökonomische Schere hat jedoch seitdem immer weiter geöffnet. Wachsende Kinderarmut führt zu geringeren Bildungs- und Lebenschancen und Altersarmut ist immer noch weiblich. Beides hat das Potential, unsere wohlhabende und freie Gesellschaft zu spalten und ist eine ernstzunehmende Gefahr für unsere Demokratie.

Mit großer Mehrheit wurde die Leitidee des bedingungslosen Grundeinkommens in unser Grundsatzprogramm aufgenommen. Das Grundeinkommen als Sicherung des Lebens in Würde und Freiheit zu definieren, kann nur bedeuten, alles dafür zu tun, diese Leitidee mit Leben zu füllen. Auch wenn manche das Gegenteil behaupten: Einkommen, Vermögen und Wohlstand stehen in keinem direkten Verhältnis zu Arbeit und Fleiß. Es kann beim Grundeinkommen also nicht um das "ob", sondern nur um das "wie" gehen. Hier müssen Vermögende und Spitzenverdienende einen spürbar größeren Beitrag leisten.

Zusammenleben in Vielfalt

Die Unterschiedlichkeit von Menschen bildet die Grundlage für ein solidarisches Miteinander und für eine freie, offene und demokratische Gesellschaft. An der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen muss sich unser Handeln messen lassen. Wir müssen entschieden eintreten für eine diskriminierungsfreie und inklusive Gesellschaft. Nur so wird es uns gelingen, den Spalter*innen und Rassist*innen Einhalt zu bieten.

Der große Künstler Harry Belafonte sagte schon 1983: „Die Leute, die uns die Bürgerrechte absprechen, sind genau die gleichen Leute, die den Weltfrieden ablehnen.“

Unser Vielfaltstatut ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir GRÜNEN stehen wie keine andere Partei glaubwürdig für gleichberechtigte Teilhabe, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Für eine zeitgemäße GRÜNE Familienpolitik

Meine Leidenschaft gilt seit vielen Jahren der Sozial- und Gesundheitspolitik und der Politik für Kinder und Jugendliche und für Familien.

Seit 2017 bin ich Delegierter in der BAG Kinder, Jugend, Familie. Als Mitglied im Sprecher*innenteam der BAG setze ich mich im Reformprozess zum SGB VIII für eine inklusive Jugendhilfe ein, die alle Kinder unabhängig von ihren individuellen Bedarfen und Bedürfnissen die notwendige Förderung zukommen lässt.

Als Sprecher der LAG KiJuFam trete ich für eine bestmögliche institutionelle Kinderbetreuung ein, die ein hohes Maß an Flexibilität auch für Alleinerziehende bietet.

Die Corona-Pandemie hat vieles sichtbar gemacht, was lange Zeit verdeckt zu sein schien. Im Kinderschutz stehen wir vor immensen Herausforderungen, müssen aber noch besser werden. Gerade Kinder und Jugendliche sind es, die unter den Einschränkungen leiden – und das nicht nur im Bereich von Schule und Kita, sondern immer mehr auch durch Kontaktbeschränkungen und geschlossene

Kinder- und Jugendeinrichtungen. Bildung ist wichtig. Wir dürfen Kindheit und Jugend aber nicht nur im Sinne von Bildung denken!

Und auch jenseits von Corona gibt es viel zu tun: Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen kümmern, sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie brauchen unsere Unterstützung und faire Arbeitsbedingungen.

Grüne Familienpolitik heißt auch, die eigene Lebensform, die Partnerschaft und das Familienmodell selbst zu wählen und dafür jeweils die gleichen Rechte und den gleichen Schutz vom Staat zu erhalten. Wir müssen die Rahmenbedingungen für Patchwork-Familien verbessern und Regenbogenfamilien rechtlich absichern. Diskriminierungen im Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare gehören endlich abgeschafft.

Wir müssen für eine gerechte Verteilung der Verantwortungsübernahme beider Elternteile für ihre Kinder sorgen z.B. durch eine gleichmäßige Aufteilung der Elternzeit. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder.

Grüne Familienpolitik ist die Kinderstube der Demokratie. Kinder und Jugendliche sind bei allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen. Die Absenkung des Wahlalters ist hierbei ein wichtiger Schritt. Und Kinderrechte gehören endlich ins Grundgesetz.

Gute Gesundheitsversorgung für alle - auf dem Land und in der Stadt

Im vergangenen Jahren konnten wir eindrucksvoll feststellen, wie wichtig ein Gesundheitssystem ist, welches sich zuvorderst an den Bedürfnissen der Patient*innen orientiert und nicht an der Gewinnmaximierung von Gesundheitskonzernen. Vor allem in den USA wird uns brutal vor Augen geführt, dass es die Armen und schlecht Abgesicherten besonders stark trifft. Dr. Uwe Denker von „Praxis ohne Grenzen“ wurde 2010 der Titel „Held des Nordens“ verliehen. Diese tolle Initiative darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch bei uns eine große Zahl Menschen gibt, die ohne Krankenversicherung leben und für die wir als Staat Verantwortung tragen.

Das öffentliche Gesundheitswesen muss unbedingt gestärkt werden.

Mit dem Eintreten für eine Bürgerversicherung, in der alle Menschen mit ihrem Einkommen ihren Beitrag leisten, möchte ich eine zukunftssichere und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung dauerhaft sicherstellen. Nicht nur, aber vor allem auch auf dem Lande, müssen wir für uns für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung einsetzen.

Als Mitglied im Aufsichtsrat der Klinik in Preetz weiß ich um die besonderen Herausforderungen der kleineren Häuser. Wir brauchen auch in Zukunft eine wohnortnahe Geburtshilfe und eine gute Versorgung durch Hebammen im ganzen Land. Und das Recht auf selbst bestimmte Schwangerschaft darf nicht durch konfessionell gebundene Kliniken untergraben werden.

Und schließlich: Es ist unsere Aufgabe als GRÜNE, dafür Sorge zu tragen, dass die Krisengewinner*innen angemessen an den Kosten der Pandemie herangezogen werden und es nicht beim freundlichen Applaus für die Pflegekräfte bleibt.

Für eine gerechte und lebenswerte Welt – Für eine starke GRÜNE Fraktion im nächsten Deutschen Bundestag

Liebe Freundinnen,

liebe Freunde,

seit 2012 bin ich Mitglied bei den GRÜNEN. Viele Jahre war ich Sprecher im OV Preetz, seit 2017 bin ich Vorsitzender im KV Plön. Innerhalb unseres Landesverbandes bin ich Mitglied im Parteirat und dort Teil des Präsidiums. Ich bin seit vielen Jahren bei den GRÜNEN auf allen politischen Ebenen in meinen

Fachgebieten unterwegs. Gemeinsam mit vielen anderen möchte ich mithelfen, unser Land gerechter, lebenswerter und inklusiver zu machen. Die Gesetzgebungskompetenz liegt hierfür in erster Linie beim Bund.

Ich freue mich daher sehr über Eure Unterstützung und über Euer Vertrauen, um in einer starken GRÜNEN Fraktion im nächsten Deutschen Bundestag zu wirken. Lasst uns gemeinsam unser Land begrünen!

Liebe Grüße

Martin Drees, KV Plön

Tel.: 0151-1660 7445

Mail: martin.drees@gruene-pretz.de

GRÜN im Bund

BAG Kinder, Jugend, Familie

Mitglied im Sprecher*innenteam

BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit

GRÜN im Land

Parteirat, Mitglied im Präsidium

Mitarbeit in der Antragskommission

Delegierter für den LPT

Sprecher LAG Kinder, Jugend, Familie seit 2019

Sprecher LAG Soziales 2012-2020

GRÜN im Kreis

Vorsitzender KV Plön seit 2017

Grüne Fraktion im Plöner Kreistag

Aufsichtsrat Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen des Kreises Plön

GRÜN vor Ort

Fraktionsvorsitzender in Wahlstorf Sprecher OV Preetz 2012 – 2017

Mitgliedschaften

Gewerkschaft Ver.di

Personalrat Stadt Neumünster

ADFC

Unabhängiges Kuratorium Landschaft SH

Gärtnern mit Kindern, Preetz

A handwritten signature in blue ink, consisting of several loops and a final downward stroke, located in the upper left quadrant of the page.

Bewerbung für Platz 8 der Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
seit über 20 Jahren lebe ich mit meiner Familie am wunderschönen Wielener See im Kreis Plön. Ein schnelles Bad nach dem Feierabend im Sommer. Eine Wanderung rund um den See im Winter. Das ist ein bisschen wie „Leben, wo andere Urlaub machen“. In Wahlstorf, der wohl kleinsten Gemeinde mit Grüner Fraktion, versuche ich als Fraktionsvorsitzender unser Dorf ein bisschen Grüner zu machen.

Seit inzwischen 7 Jahren führt mich mein täglicher Arbeitsweg nach Neumünster, einer Stadt, in der die Wege kurz sind und alles gut mit dem Fahrrad erreichbar ist. Eine Stadt, in der die Kultur lebt und in der wir hoffentlich bald einen GRÜNEN Oberbürgermeister begrüßen dürfen. Die Stadt mit einem der am besten erhaltenen Hochmoore in Schleswig-Holstein, dem Dosenmoor.

Einen Teil der 35 km langen Strecke fahre ich notgedrungen mit dem Auto, den zweiten Teil mit dem Rad. Es wäre doch wunderbar, zukünftig ganz auf das Auto verzichten zu können.

Klimaschutz braucht die Verkehrswende

Die Signale für die Reaktivierung der Bahnstrecke von Kiel nach Schönberg stehen bekanntlich bereits auf „Grün“. Die Reaktivierung der Strecken zwischen Neumünster und Ascheberg, von Flensburg nach Lindholm sowie viele weitere im Land müssen die nächsten Ziele unserer Bemühungen sein, schließen diese doch wichtige Lücken im Nahverkehrsnetz.

Und auch für Hein Lüttenborg, die Verbindung zwischen Lütjenburg und Malente liegt ein spannendes Konzept für die Reaktivierung vor, welches auf solarbetriebenen MonoCabs basiert.

Für einen leistungsstarken und attraktiven ÖPNV brauchen wir schienengebundene Lösungen für die zentralen Achsen. Wir brauchen ein kombiniertes Bus-Bahn-Angebot, mit dem kleinere Gemeinden mittels Zubringerverkehr an die Bahnhöfe der Strecke angebunden werden. Und für die Busse sollten Fahrrad-Heckträger nach Schweizer Vorbild Berufspendlern und Touristen gleichermaßen das Umsteigen aufs Rad erleichtern.

Und wir brauchen gute und kreuzungsfreie Radrouten vor allem da, wo Umsteigepotentiale vom Auto aufs Rad gegeben sind, also vor allem in den Ballungsräumen um Kiel, Lübeck, Neumünster, Flensburg und am Hamburger Rand.



Martin Drees

Dipl.-Sozialpädagoge
Jugendamt Neumünster
Leitung in verschiedenen sozialen
Einrichtungen

Kontakt

Tel.: 0151-1660 7445

Mail: martin.drees@gruene-pretz.de

GRÜN im Bund

BAG Kinder, Jugend, Familie
Mitglied im Sprecher*innenteam
BAG Arbeit, Soziales, Gesundheit
Delegierter für die BDK

GRÜN im Land

Parteirat, Mitglied im Präsidium
Mitarbeit in der
Antragskommission
Delegierter für den LPT
Sprecher LAG Kinder, Jugend,
Familie seit 2019
Sprecher LAG Soziales 2012-2020

GRÜN im Kreis

Vorsitzender KV Plön seit 2017
Grüne Fraktion im Plöner Kreistag
Aufsichtsrat Gesundheits- und
Pflegeeinrichtungen des Kreises
Plön

GRÜN vor Ort

Fraktionsvorsitzender in Wahlstorf
Sprecher OV Preetz 2012 – 2017

Mitgliedschaften

Gewerkschaft Ver.di
Personalrat Stadt Neumünster
ADFC
Unabhängiges Kuratorium
Landschaft SH e.V.
Gärtnern mit Kindern e.V.

Klimaschutz braucht die Wärmewende

In Schleswig-Holstein produzieren wir schon jetzt deutlich mehr Strom aus Erneuerbaren als wir selbst verbrauchen können. Das ist fantastisch. Neben der Stromerzeugung und der Mobilität müssen wir aber auch im Wärmebereich noch viel mehr tun.

Das Nahwärmeprojekt der PreBEG in Preetz weist hier in die richtige Richtung. Der Anteil der regenerativen Energie bei der Wärmeerzeugung wird dort ca. 95 % betragen. Ohne öffentliche Förderung sind derartige Projekte aber kaum zu realisieren. Hierfür setze ich mich ein. Und auch Privathaushalte brauchen staatliche Unterstützung beim Klimaschutz, vor allem beim Ausbau der Photovoltaik, aber auch für klimaneutrales Bauen und für E-Ladestationen. Hierfür werde ich mich im Bundestag einsetzen.

Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit.

(aus dem Grundsatzprogramm 2020)

Die GRÜNEN sind seit ihrer Gründung die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Die ökonomische Schere hat jedoch seitdem immer weiter geöffnet. Wachsende Kinderarmut führt zu geringeren Bildungs- und Lebenschancen und Altersarmut ist immer noch weiblich. Beides hat das Potential, unsere wohlhabende und freie Gesellschaft zu spalten und ist eine ernstzunehmende Gefahr für unsere Demokratie.

Mit großer Mehrheit wurde die Leitidee des Bedingungslosen Grundeinkommens in unser Grundsatzprogramm aufgenommen. Das Grundeinkommen als Sicherung des Lebens in Würde und Freiheit zu definieren, kann nur bedeuten, alles dafür zu tun, diese Leitidee mit Leben zu füllen. Auch wenn manche das Gegenteil behaupten: Einkommen, Vermögen und Wohlstand stehen in keinem direkten Verhältnis zu Arbeit und Fleiß. Es kann beim Grundeinkommen also nicht um das "ob", sondern nur um das "wie" gehen. Hier müssen Vermögende und Spitzenverdienende einen spürbar größeren Beitrag leisten.

Zusammenleben in Vielfalt

Die Unterschiedlichkeit von Menschen bildet die Grundlage für ein solidarisches Miteinander und für eine freie, offene und demokratische Gesellschaft. An der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen muss sich unser Handeln messen lassen. Wir müssen entschieden eintreten für eine diskriminierungsfreie und inklusive Gesellschaft. Nur so wird es uns gelingen, den Spalter*innen und Rassist*innen Einhalt zu bieten.

Der große Künstler Harry Belafonte sagte schon 1983: „Die Leute, die uns die Bürgerrechte absprechen, sind genau die gleichen Leute, die den Weltfrieden ablehnen.“

Unser Vielfaltstatut ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Wir GRÜNEN stehen wie keine andere Partei glaubwürdig für gleichberechtigte Teilhabe, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Für eine zeitgemäße GRÜNE Familienpolitik

Meine Leidenschaft gilt seit vielen Jahren der Sozial- und Gesundheitspolitik und der Politik für Kinder und Jugendliche und für Familien.

Seit 2017 bin ich Delegierter in der BAG Kinder, Jugend, Familie. Als Mitglied im Sprecher*innenteam der BAG setze ich mich im Reformprozess zum SGB VIII für eine inklusive Jugendhilfe ein, die alle Kinder unabhängig von ihren individuellen Bedarfen und Bedürfnissen die notwendige Förderung zukommen lässt.

Als Sprecher der LAG KiJuFam trete ich für eine bestmögliche institutionelle Kinderbetreuung ein, die ein hohes Maß an Flexibilität auch für Alleinerziehende bietet.

Die Corona-Pandemie hat vieles sichtbar gemacht, was lange Zeit verdeckt zu sein schien. Im Kinderschutz stehen wir vor immensen Herausforderungen, müssen aber noch besser werden. Gerade Kinder und Jugendliche sind es, die unter den Einschränkungen leiden – und das nicht nur im Bereich von Schule und Kita, sondern immer mehr auch durch Kontaktbeschränkungen und geschlossene Kinder- und Jugendeinrichtungen. Bildung ist wichtig. Wir dürfen Kindheit und Jugend aber nicht nur im Sinne von Bildung denken!

Und auch jenseits von Corona gibt es viel zu tun: Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen kümmern, sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie brauchen unsere Unterstützung und faire Arbeitsbedingungen.

Grüne Familienpolitik heißt auch, die eigene Lebensform, die Partnerschaft und das Familienmodell selbst zu wählen und dafür jeweils die gleichen Rechte und den gleichen Schutz vom Staat zu erhalten. Wir müssen die Rahmenbedingungen für Patchwork-Familien verbessern und Regenbogenfamilien rechtlich absichern. Diskriminierungen im Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare gehören endlich abgeschafft.

Wir müssen für eine gerechte Verteilung der Verantwortungsübernahme beider Elternteile für ihre Kinder sorgen z.B. durch eine gleichmäßige Aufteilung der Elternzeit. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder.

Grüne Familienpolitik ist die Kinderstube der Demokratie. Kinder und Jugendliche sind bei allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen. Die Absenkung des Wahlalters ist hierbei ein wichtiger Schritt. Und Kinderrechte gehören endlich ins Grundgesetz.

Gute Gesundheitsversorgung für alle - auf dem Land und in der Stadt

Im vergangenen Jahren konnten wir eindrucksvoll feststellen, wie wichtig ein Gesundheitssystem ist, welches sich zuvorderst an den Bedürfnissen der Patient*innen orientiert und nicht an der Gewinnmaximierung von Gesundheitskonzernen. Vor allem in den USA wird uns brutal vor Augen geführt, dass es die Armen und schlecht Abgesicherten besonders stark trifft. Dr. Uwe Denker von „Praxis ohne Grenzen“ wurde 2010 der Titel „Held des Nordens“ verliehen. Diese tolle Initiative darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch bei uns eine große Zahl Menschen gibt, die ohne Krankenversicherung leben und für die wir als Staat Verantwortung tragen.

Das öffentliche Gesundheitswesen muss unbedingt gestärkt werden.

Mit dem Eintreten für eine Bürgerversicherung, in der alle Menschen mit ihrem Einkommen ihren Beitrag leisten, möchte ich eine zukunftssichere und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung dauerhaft sicherstellen. Nicht nur, aber vor allem auch auf dem Lande, müssen wir für uns für eine auskömmliche Krankenhausfinanzierung einsetzen.

Als Mitglied im Aufsichtsrat der Klinik in Preetz weiß ich um die besonderen Herausforderungen der kleineren Häuser. Wir brauchen auch in Zukunft eine wohnortnahe Geburtshilfe und eine gute Versorgung durch Hebammen im ganzen Land. Und das Recht auf selbst bestimmte Schwangerschaft darf nicht durch konfessionell gebundene Kliniken untergraben werden.

Und schließlich: Es ist unsere Aufgabe als GRÜNE, dafür Sorge zu tragen, dass die Krisengewinner*innen angemessen an den Kosten der Pandemie herangezogen werden und es nicht beim freundlichen Applaus für die Pflegekräfte bleibt.



Für eine gerechte und lebenswerte Welt – Für eine starke GRÜNE Fraktion im nächsten Deutschen Bundestag.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

seit 2012 bin ich Mitglied bei den GRÜNEN. Viele Jahre war ich Sprecher im OV Preetz, seit 2017 bin ich Vorsitzender im KV Plön. Innerhalb unseres Landesverbandes bin ich Mitglied im Parteirat und dort Teil des Präsidiums. Ich bin seit vielen Jahren bei den GRÜNEN auf allen politischen Ebenen in meinen Fachgebieten unterwegs. Gemeinsam mit vielen anderen möchte ich mithelfen, unser Land gerechter, lebenswerter und inklusiver zu machen. Die Gesetzgebungskompetenz liegt hierfür in erster Linie beim Bund.

Ich freue mich daher sehr über Eure Unterstützung und über Euer Vertrauen, um in einer starken GRÜNEN Fraktion im nächsten Deutschen Bundestag zu wirken. Lasst uns gemeinsam unser Land begrünen!

Liebe Grüße

Martin Drees

LL 8 MS Mike Spandern

Antragsteller*in: Michael Spandern (KV Kiel)
Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Grüne,

wir sind nicht allein. Viele Menschen in unserem Land und rund um die Welt verspüren den Drang nach Veränderung. Alle Menschen, denen ich begegne, träumen von einem friedlichen und erfüllten Leben in Gemeinschaft mit einer intakten Natur.

Doch die mentalen, finanziellen und rechtlichen Hürden erscheinen oft zu hoch. Die Angst vor einem Wandel ist groß und wird meist hinter Vorwänden versteckt, die jede Vorstellungskraft lähmen. Da fehlt oft der Mut, sich von Gewohntem abzuwenden und sich auf unbekanntes Terrain zu begeben.

Wir von B90/Grüne zeigen Wege auf, reißen Barrieren nieder und können Menschen aller Hintergründe, Herkunft, Orientierung, Alters- und Berufsgruppen inspirieren, mitzumachen. Denn wer sich beteiligt fühlt, bekommt Mut. Mut kann Gesellschaften transformieren. Transformationen sind radikaler als Reformen oder Revolutionen. Sie sind schneller und irreversibel. Das ist gut, denn wir haben keine Zeit zu verlieren und es gibt kein Zurück.

Nach bald 25 Jahren in Agrarhandel und Biotechnologie hatte ich eine globale Führungsverantwortung in der Futtermittelindustrie verlassen, meine Ernährung auf rein pflanzlich umgestellt und beschloss, mich bedeutsamer, politischer Arbeit zu widmen. In meiner beruflichen Laufbahn in Europa, USA, Nahost und Afrika habe ich überall gesehen, wie Menschen nach einem Leben in Harmonie streben, in Harmonie mit Gesellschaft und der Natur.

Ich hatte mich stets in der Wirtschaft eingesetzt, diese Ziele zu erreichen, nun bemühe ich mich in der Politik, die Dinge zu lenken, faire Rahmenbedingungen zu schaffen, und den Weg für Systeme frei zu machen, die eine Abkehr von Profitsucht, Neid, Vorurteilen, Naturzerstörung, Tierquälerei und ungesunder Lebensweise ermöglichen.

Die Aufgaben sind klar. Jetzt gilt es, so viele Menschen wie möglich zu bewegen, denn der nötige Wandel wird nur passieren, wenn er alle Bereiche des Lebens, alle Wirtschaftszweige und alle Gesellschaftsschichten erfasst. Dabei sind die Themen Frieden, Menschenrechte, Ernährung, Tierschutz, Naturschutz, Klimaschutz, Wirtschaft, Finanzen, Handel, Einkommen, Verkehr, Land- und Stadtentwicklung untrennbar verknüpft.

Dafür setze ich mich ein, bewirbe mich um Listenplatz 8 und freue mich über jede Stimme.

Euer Mike

Tel: 0173 942 1358

Linkedin: <https://www.linkedin.com/in/spandern/>

Stationen des Lebens:

Geboren in Düsseldorf



Alter: 54
Geschlecht: m
Geburtsort: Düsseldorf am Rhein

Aufgewachsen in Schweden und Südafrika.

Der Einberufung durch die Armee entflohen und in Deutschland Zivildienst geleistet.

Studium der Agrarwissenschaften in Berlin und Kiel (Dipl-Ing agr)

Später parallelberuflich Studium der Brau- und Brennereiwissenschaften in Edinburgh (Dipl brew)

Berufseinstieg als Leiter der Tierernährung bei der GETREIDE AG, Rendsburg

Regionalleiter Alltech (Hefekulturen) in Hamburg, dann Seattle USA

Freiberuflicher Fach- und Unternehmensberater in der Bioethanolbranche Europa, Russland, USA

Technischer Leiter Nah-Ost und Afrika bei Cargill (Agrarhandel), Amman, Jordanien

Global Sales Director, Kaeslser, Cuxhaven (Vitamine)

Aktuell: Leiter DACH Region, Rainforest Alliance

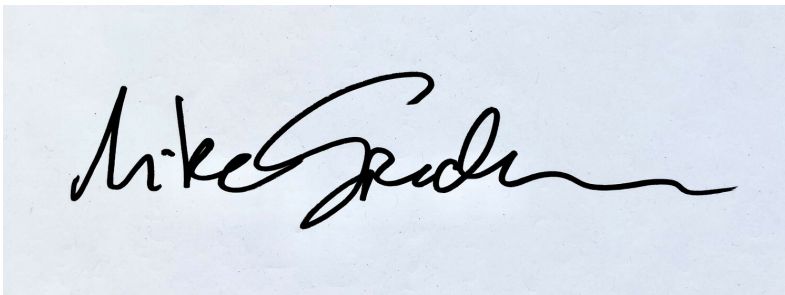
Familie und privates:

Verheiratet, drei Kinder, eine Enkeltochter

Drummer auf Proflevel

Engagement ein für regenerative Landwirtschaft, pflanzliche Ernährungssysteme und nachhaltige Lieferketten

Gerade das Rennradfahren entdeckt.

A photograph of a handwritten signature in black ink on a light blue background. The signature is written in a cursive, flowing style and reads "Mike Spandern".

Selbstvorstellung

Bewerbung für den Listenplatz 8 zur Bundestagswahl 2021

Liebe Freund*innen,

die Spaltung der Gesellschaft wächst – täglich und die Herausforderungen waren nie größer. Wir kämpfen aktuell mit den Auswirkungen der Corona-Krise und der Klimawandel, der uns sehr lange begleiten wird, steht mittlerweile schon in der Tür. Die bisherige Bundesregierung hat den Start in nachhaltige und zukunftsfähige Technologien verschlafen. Der Individualverkehr ist nach wie vor die Nr. 1, gleichzeitig bleibt der ÖPNV auf der Strecke. Im Ergebnis werden so insbesondere Finanz-schwächere Gesellschaftsschichten vom sozialen Leben abgehängt.

Der Kampf gegen den Klimawandel hat mich grün gemacht.

2010 habe ich den Film „Die unbequeme Wahrheit“ von Al Gore gesehen und realisiert, dass wir, wenn wir so weitermachen, unsere Erde geradewegs an die Wand fahren. Seither setze ich mich aktiv für Klima- und Umweltschutz ein und habe erkannt, dass nur die GRÜNEN Konzepte entwickeln und konsequent verfolgen, die geeignet sind, die Krise zu bekämpfen. Deshalb bin ich grün geworden, erst im Kopf und im Handeln, und dann konsequenterweise auch als Mitglied unserer Partei.

Gerade meine Branche, die Baubranche, läuft oftmals unter dem Radar. Sie ist mit der Herstellung und dem Betrieb der Bauten für 28 % aller CO2 Emissionen in Deutschland verantwortlich. Die weltweite Herstellung von Zement verursacht einen größeren CO2 Ausstoß als der gesamte weltweite Flugverkehr. Der Ressourcenverbrauch ist immens – gerade der Sand, der sich für das Bauen eignet, wird knapp. Ganze Inseln, Strände und Flussdeltas fallen dem Sandraubbau zum Opfer und wichtiger Lebensraum von Tieren und Pflanzen wird in Betongold umgewandelt.

Das Recycling unserer Bauabfälle wird aufgrund unser hoch technischen und kompositbasierten Baustoffe zunehmend aufwendiger bis unmöglich. Die meisten Mauermörtel sind heute zum Beispiel kunststoffvergütet mit Mikroplastik.

Sozialer Wohnungsbau fällt massenhaft aus der Bindung. Statt neuem bezahlbaren Wohnraum entstehen Renditeobjekte, in denen der soziale Anteil so klein wie irgend möglich ist. Gerade bei uns im Hamburger Speckgürtel leiden wir unter dieser Entwicklung - untere und mittlere Einkommen werden auf dem Wohnungsmarkt weiter verdrängt. Im gleichen Atemzug werden die kommunalen Kassen durch den rasanten Wohnungsbau belastet, da die Kommunen für die Stellung der sozialen Infrastruktur, wie z. B. Kitas und Schulen, verantwortlich sind. Sozialer und lebenswerter Wohnraum muss wieder im Mittelpunkt stehen.

Auf der Bundesebene steht für die nächste Legislatur dringend eine Reform der EnEV (Energieeinsparverordnung) auf der Tagesordnung. Diese Reform ist mir sehr wichtig, weil die EnEV zurzeit nur den Primärenergiebedarf pro Quadratmeter beim Betrieb von Gebäuden berücksichtigt. Der Energiebedarf bei der Erstellung oder die Anzahl der Quadratmeter spielen in der EnEV bisher keine Rolle.



Alter:

32

Geschlecht:

Männlich

Geburtsort:

Neumünster

Das Zulassungsverfahren für neue ökologische Baustoffe ist kompliziert, bürokratisch und sehr teuer. Diese Verfahren müssen natürlich sicher bleiben, aber schneller und günstiger werden. Es gibt seit Jahren CO₂-günstigere Alternativen zu Zement; die Großindustrie scheut sich jedoch auf diese Produkte umzustellen. Sie wird erst reagieren und nachhaltige Baustoffe verwenden, wenn der Gesetzgeber die entsprechenden Rahmendaten setzt.

Alle diese Punkte sind nicht nur Probleme, denen wir uns stellen müssen, sondern es ist auch eine Chance für Deutschland. Ich bin davon überzeugt, dass wir unseren Planeten mit einem weiter so nicht nur ruinieren, sondern darüber hinaus auch die Innovationsleistung und Arbeitsplätze verlieren werden. Wir Grünen beziehungsweise die Bundesregierung muss der Wirtschaft die Richtung vorgeben, weil „der Markt“ es nicht kann.

Infos zu Tabin Ahsbahs

Privates:

Geboren 1988 in Neumünster
aufgewachsen in Elmshorn
wohnhaft in Pinneberg
verheiratet

Berufliches:

Projektleiter Hochbau
Ausbildung als Tischler
Fachhochschulstudium zum Staatlich geprüften Holztechniker

Grünes:

Seit 2016 in der Kommunalpolitik mit Schwerpunkt Stadtentwicklung und Finanzen.

seit 2018 Ratsherr in Pinneberg.

2019 Kandidat für das Bürgermeister*inamt in Elmshorn.

seit 2019 in den Ausschüssen Arbeit, Wirtschaft, Regionales und Verkehr sowie Jugendhilfe für die Kreistagsfraktion Pinneberg

2020 Wiederbelebung der LAG Bauen und Wohnen, seitdem auch Sprecher der LAG.

Hobbys:

Brettsportarten wie Skateboardfahren, Wakeboarding, Snowboardfahren gehören zu meinen Leidenschaften.

American Football, mein altes Hobby, kann ich zeitlich leider nicht mehr ausüben.

Kontaktmöglichkeiten:

Mail: ahsbahs@posteo.de

FB: ahsbahs und tabin.ahsbahs

Instagram: nordisch4nature

Telefon: 0176-84531754



Bewerbung für den Listenplatz 8 zur Bundestagswahl 2021

Liebe Freund*innen,

die Spaltung der Gesellschaft wächst – täglich und die Herausforderungen waren nie größer. Wir kämpfen aktuell mit den Auswirkungen der Corona-Krise und der Klimawandel, der uns sehr lange begleiten wird, steht mittlerweile schon in der Tür. Die bisherige Bundesregierung hat den Start in nachhaltige und zukunftsfähige Technologien verschlafen. Der Individualverkehr ist nach wie vor die Nr. 1, gleichzeitig bleibt der ÖPNV auf der Strecke. Im Ergebnis werden so insbesondere Finanz-schwächere Gesellschaftsschichten vom sozialen Leben abgehängt.

Der Kampf gegen den Klimawandel hat mich grün gemacht.

2010 habe ich den Film „Die unbequeme Wahrheit“ von Al Gore gesehen und realisiert, dass wir, wenn wir so weitermachen, unsere Erde geradewegs an die Wand fahren. Seither setze ich mich aktiv für Klima- und Umweltschutz ein und habe erkannt, dass nur die GRÜNEN Konzepte entwickeln und konsequent verfolgen, die geeignet sind, die Krise zu bekämpfen. Deshalb bin ich grün geworden, erst im Kopf und im Handeln, und dann konsequenterweise auch als Mitglied unserer Partei.

Gerade meine Branche, die Baubranche, läuft oftmals unter dem Radar. Sie ist mit der Herstellung und dem Betrieb der Bauten für 28 % aller CO2 Emissionen in Deutschland verantwortlich. Die weltweite Herstellung von Zement verursacht einen größeren CO2 Ausstoß als der gesamte weltweite Flugverkehr. Der Ressourcenverbrauch ist immens – gerade der Sand, der sich für das Bauen eignet, wird knapp. Ganze Inseln, Strände und Flussdeltas fallen dem Sandraubbau zum Opfer und wichtiger Lebensraum von Tieren und Pflanzen wird in Betongold umgewandelt.

Das Recycling unserer Bauabfälle wird aufgrund unserer hoch technischen und kompositbasierten Baustoffe zunehmend aufwendiger bis unmöglich. Die meisten Mauermörtel sind heute zum Beispiel kunststoffvergütet mit Mikroplastik.

Sozialer Wohnungsbau fällt massenhaft aus der Bindung. Statt neuem bezahlbaren Wohnraum entstehen Renditeobjekte, in denen der soziale Anteil so klein wie irgend möglich ist. Gerade bei uns im Hamburger Speckgürtel leiden wir unter dieser Entwicklung - untere und mittlere Einkommen werden auf dem Wohnungsmarkt weiter verdrängt. Im gleichen Atemzug werden die kommunalen Kassen durch den rasanten Wohnungsbau belastet, da die Kommunen für die Stellung der sozialen Infrastruktur, wie z. B. Kitas und Schulen, verantwortlich sind. Sozialer und lebenswerter Wohnraum muss wieder im Mittelpunkt stehen.

Auf der Bundesebene steht für die nächste Legislatur dringend eine Reform der EnEV (Energieeinsparverordnung) auf der Tagesordnung. Diese Reform ist mir sehr wichtig, weil die EnEV zurzeit nur den Primärenergiebedarf pro Quadratmeter beim Betrieb von Gebäuden berücksichtigt. Der Energiebedarf bei der Erstellung oder die Anzahl der Quadratmeter spielen in der EnEV bisher keine Rolle.

Das Zulassungsverfahren für neue ökologische Baustoffe ist kompliziert, bürokratisch und sehr teuer. Diese Verfahren müssen natürlich sicher bleiben, aber schneller und günstiger werden. Es gibt seit Jahren CO2-günstigere Alternativen zu Zement; die Großindustrie scheut sich jedoch auf diese Produkte umzustellen. Sie wird erst reagieren und nachhaltige Baustoffe verwenden, wenn der Gesetzgeber die entsprechenden Rahmendaten setzt.

Alle diese Punkte sind nicht nur Probleme, denen wir uns stellen müssen, sondern es ist auch eine Chance für Deutschland. Ich bin davon überzeugt, dass wir unseren Planeten mit einem weiter so nicht nur ruinieren, sondern darüber hinaus auch die Innovationsleistung und Arbeitsplätze verlieren werden. Wir Grünen beziehungsweise die Bundesregierung muss der Wirtschaft die Richtung vorgeben, weil „der Markt“ es nicht kann.



Tabin Ahsbahs

Privates:

Geboren 1988 in Neumünster
aufgewachsen in Elmshorn
wohnhaft in Pinneberg
verheiratet

Berufliches:

Projektleiter Hochbau
Ausbildung als Tischler
Fachhochschulstudium zum
Staatlich geprüften Holztechniker

Grünes:

Seit 2016 in der Kommunalpolitik
mit Schwerpunkt Stadtentwicklung
und Finanzen.
seit 2018 Ratsherr in Pinneberg.
2019 Kandidat für das
Bürgermeister*inamt in Elmshorn.
seit 2019 in den Ausschüssen
Arbeit, Wirtschaft, Regionales und
Verkehr sowie Jugendhilfe für die
Kreistagsfraktion Pinneberg
2020 Wiederbelebung der LAG
Bauen und Wohnen, seitdem auch
Sprecher der LAG.

Hobbys:

Brettsportarten wie
Skateboardfahren, Wakeboarding,
Snowboardfahren gehören zu
meinen Leidenschaften.
American Football, mein altes
Hobby, kann ich zeitlich leider
nicht mehr ausüben.

Kontaktmöglichkeiten:

Mail: ahsbahs@posteo.de
FB: ahsbahs und tabin.ahsbahs
Instagram: nordisch4nature
Telefon: 0176-84531754

Herzensangelegenheiten sind für mich die Themen Steuern und Sozialabgaben. Ich bin der Überzeugung, dass unsere Steuern nicht zu hoch sind, aber es zahlen nicht jede*r das Gleiche. Gerade für Vermögende und verschachtelte Firmenkonstrukte gibt es hunderte Schlupflöcher. Das ist ein Verbrechen an der Solidargemeinschaft und muss endlich beendet werden. Auch unserer Sozialkassen sind schon lange nicht mehr solidarisch. Bestimmte Berufsgruppen und Personen sind oder können sich kraft Gesetzes von der Gesetzlichen Rente befreien lassen und in Ihre eigenen Versorgungswerke einzahlen. Das sind z.B. Ärzt*innen, Steuerberater*innen aber auch bestimmte Handwerker*innen. Wir benötigen Solidarität über die gesamte Bevölkerung! Eine Rentenkasse für alle, das muss das Ziel der Reform sein und das müssen wir endlich angehen. Auch bei der Krankenversicherung stehe ich voll hinter der Grünen-Idee der Bürgerversicherung. Nur gemeinsam sind wir stark.

Um mich auf Bundesebene für diese Themen, aber auch für die Interessen unseres Bundeslandes stark zu machen, bitte ich um Eure Unterstützung.

Mit Euch gemeinsam und meiner anpackenden Art bin ich mir sicher werden wir viel bewegen.

Liebe Grüße

Tafin

PS: Wenn Ihr Fragen habe meldet Euch gerne bei mir. Ich bin 24/7 auch mobil erreichbar, wenn gerade nicht, rufe ich zurück.

LL 10 LB Luca Brunsch

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

wir bekommen gerade alle eine Ahnung davon, was globale Krisen bedeuten, wie sie sich anfühlen können. Dabei sehen wir einerseits was alles möglich sein kann, wenn Regierung und Gesellschaft eine solche Krise wirklich Ernst nehmen. Andererseits drohen wir zu vergessen, dass wir mitten in einer weit gefährlicheren Krise stecken, auch wenn wir sie noch nicht sehen: der Klimakrise.

Als vor 6 Jahren der Pariser Klimavertrag unterzeichnet wurde, arbeitete ich wissenschaftlich zur Energiewende. Mir war deshalb sofort klar, dass die Pariser Klimaziele nicht nur gut begründet waren: denn über 1,5 Grad ist die Heimat von Millionen Menschen bedroht und können gefährliche Rückkopplungsprozesse in Gang gesetzt werden. Mir war auch klar, dass es keine Partei gab, die diesen Zielen annähernd gerecht wird und wir dafür kämpfen müssen, dass sich das ändert. Seitdem hat sich aber gezeigt: wenn wir realistisch - also radikal - für unsere Ziele eintreten, dann können wir alles ändern.

So habe ich mit Katharina Beck und der BAG Energie erfolgreich für den Kohleausstieg 2025/2030 gekämpft und die Position unserer Partei zum Gasausstieg wesentlich geprägt. Wie bei vielen anderen Abstimmungen in den folgenden Jahren mussten wir uns dabei in harten Auseinandersetzungen gegen Parteivorstand und Fraktion durchsetzen. Jetzt gilt es, für diese Positionen im Wahlkampf zu werben und sie auch in den Koalitionsverhandlungen zu behaupten. Denn wenn wir es nicht schaffen, Deutschland mit dieser Bundestagswahl auf Klimaschutzkurs zu bringen, können wir das 1,5 Grad-Ziel abschreiben. Es gibt keine ernst zu nehmende politische Alternative, die sich mehr dem Klimaschutz verschrieben hat, als wir Grüne. Damit kommt uns eine hohe Verantwortung zu. Ich möchte unsere Partei in dieser für den Klimaschutz entscheidenden Phase unterstützen, so gut es geht.

Seit wir Ende 2018 mit Fridays for Future auf die Straßen gehen, haben wir den öffentlichen Diskurs radikal verändert. Lasst uns jetzt endlich auch die Politik ändern!

Deshalb kandidiere ich auf den Listenplatz 10.

Ich habe lange mit dieser Bewerbung gezögert, weil es andere Menschen aus der Fridays for Future-Bewegung gibt, die aufgrund anderer privater Umstände* mehr Zeit hatten, sich auf diese Kandidaturen vorzubereiten und um deren Wahl ich euch bitten möchte. Deshalb kandidiere ich auf einen der hinteren Plätze. Ihr kennt meine fachliche Expertise aus der jahrelangen Arbeit in den Fachgremien, als Sprecher und Co-Sprecher der LAG Energie und neuerdings im Koordinationskreis Klima. Diese Expertise biete ich allen Kandidat*innen unserer Liste an - unabhängig von dem Ausgang dieser Wahl.

*Ich schließe in diesem Moment mein Studium der evangelischen Theologie ab.



Alter:

25

Geschlecht:

männlich

Geburtsort:

Hannover

LL 10 MC Mukhtaar Sheekh Cali

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Meine Bewerbung für Platz 10 der Landesliste zur Bundestagswahl 2021 seht bitte unten (pdf)



Alter:

53

Geschlecht:

M

Geburtsort:

Jilib/Somalia

Mukhtaar Sheekh Cali, KV Kiel



Bewerbung Nummer 10 Landesliste für Bundestagswahl 2021

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

Jeder dritte Mensch in den Entwicklungsländern hat noch sein Leben vor sich, in Afrika sind sogar 40% jung und hoffnungsvoll. Diese Annahme ist durch Corona Pandemie deutlich bestätigt worden. Trotz der hohen Bevölkerungszahlen in Afrika und der zur Verfügung stehenden Ressourcen stehen die Menschen besser da als in Europa.

Neben Corona Pandemie engagiere ich mich für die Themen Integration, zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, weil ich aus meiner eigenen Erfahrung zutiefst davon überzeugt bin, dass sich viele der Krisen in der Welt friedlich lösen lassen, bevor ein Konflikt eskaliert und Menschen ihrer Lebensgrundlage beraubt und sie zwingt aus Angst, um ihr Leben ihre Heimat zu verlassen. Vorrang hat für mich die friedliche Lösung von Konflikten. Ich glaube jedoch auch, dass es Situationen gibt, die sich nicht ohne militärisches Eingreifen lösen lassen, um Menschen und ihre Rechte zu schützen.

Laut UNHCR sind derzeit mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht- zum Vergleich: das sind fast genau so viele Einwohner wie in Deutschland! Ein großer Teil dieser Menschen ist auf der Flucht vor bewaffneten Konflikten, wie in Syrien oder Somalia. Wenn man ein bisschen genauer hinschaut, sind Flucht und Vertreibung durch falsche Politik verursacht- im Inland aber auch im Ausland, das skrupellose Diktatoren aus wirtschaftlichen oder geostrategischen Gründen unterstützt. Um diese Probleme künftig anders zu behandeln, brauchen wir eine starke internationale Gemeinschaft, die gemeinsam politische Lösungen sucht. Ich will mich dafür einsetzen, dass Konflikte entschärft und gelöst werden können, damit Menschen in ihrer Heimat bleiben können, statt auf mühsamen Wegen sich eine neue Heimat suchen zu müssen und dabei oft jahrelang unterwegs sind, ohne je anzukommen. Geschichten, die ich dutzendfach in meiner Arbeit als Dolmetscher höre, die meiner eigenen Geschichte gleichen.

Integration erfordert guten Willen auf zwei Seiten: der Gesellschaft und des Einzelnen. Die Gesellschaft muss eine Willkommenskultur schaffen, die bereit ist Menschen aufzunehmen und sie teilhaben zu lassen. Es erfordert aber auch Bereitschaft sich auf dieses Land, Deutschland, einzulassen und bestehende Angebote wahrzunehmen. Als ich nach Deutschland kam, lernte ich Menschen kennen, die mich unterstützten. Sie machten mir klar aber auch klar, dass ich hier nur dann eine Chance habe, wenn ich die Sprache spreche. So habe ich angefangen mir selbst Deutsch beizubringen, inzwischen bin ich seit 16 Jahren als Dolmetscher tätig. Ich arbeite mit etlichen Behörden, Gerichten und Krankenhäusern zusammen. Ein besonderes Erlebnis für mich als Dolmetscher war der Hamburger Piratenprozess. Ich habe zweieinhalb Jahre lang das deutsche Justizsystem kennengelernt und gesehen wie ernst die Gesellschaft die Trennung von Politik und Justiz nimmt; in Somalia

wäre das ganz anders! Deshalb setzte ich mich für die verstärkte internationale Zusammenarbeit ein, um bewaffnete Konflikte zu lösen, die wie in Somalia über viele Jahre Menschen bedrohen, töten oder vertreiben. Menschenrechte müssen beachtet werden, dafür tragen alle Staaten und alle Menschen auf der Welt eine gemeinsame Verantwortung.

Liebe Freundinnen, ich war immer im Leben ein bisschen exzentrisch gewesen, aber es hat mir nie geschadet, im Gegenteil. Wenn es ernst wird, habe ich es immer geschafft, die Dinge rechtzeitig in die richtige Richtung zu dirigieren, ich bin jemand der über Erfahrung verfügt, die über 53 Jahre mindestens von drei unterschiedlichen Kulturen angereichert ist (europäisch, arabisch und afrikanisch).

Ich bitte um eure Stimme.

Euer Mukhtar Sheekh Cali

Zur Person

53 Jahre Geboren in Jilib Somalia. Seit 1990 Verheiratet 4 Kinder Taxiunternehmer und Vereidigter Dolmetscher. 2007 Beitritt Bündnis90/ Die Grünen 2008 Kandidatur Kommunalwahlliste Platz 16 2009 - 2011 Ortsbeirat Elmschenhagen /Kroog von 2010 bis 2015 Vorstandsmitglied Kreisverband Kiel Von 2010 bis 2015 Delegierter Landesparteitag Juni 2010 Delegierter Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten von 2011 bis Januar 2013 Sprecher LAG Migration und Flucht. Mitglied LAG Europa, Frieden und International und von 2008 bin ich deren Delegierter für BAG Frieden, 2012 Landtagswahlen Direktkandidat Wahlkreis 15 Kiel-Ost Seit 2012 BDK Delegierter für KV Kiel. 2013 6.Platz der Landesliste Bundestagswahlen. Hobby: Zur Entspannung spaziere ich gerne durch schöne Landschaften oder Ortschaften und mache Fotos.

LL 11 JK Jessica Kordouni

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

der Homo oeconomicus muss sterben. Wenn es ihn überhaupt je gegeben hat. Der Mensch, der nur aus egoistischen, konkurrenzbezogenen, individuellen und berechnenden Motiven handelt, ist nichts weiter als ein Mythos. Und dennoch basiert unsere vorherrschende Wirtschaftstheorie und die weltweite Politik genau auf diesem Mythos. Mit gravierenden Folgen für unsere Planeten und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

#Vom Wissen zum Handeln

Die multiplen Krisen unserer Zeit sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Ergebnis von Nichttätigkeit trotz besseren Wissens. Wie lange ist bekannt, dass es zu einer Klimakatastrophe kommen wird? Wie lange beobachten wir schon das Artensterben? Wie viele Studien gibt es inzwischen über die antidemokratischen Auswirkungen durch FakeNews, Propaganda und Filterblasen? Wie lange gibt es schon die Warnung vor einer weltweiten Pandemie? Und wieso war der Brand in Moria eine Katastrophe, die keinen überrascht hat?

Viel zu lange haben wir die Arbeit von Wissenschaftler*innen schlichtweg missachtet und jedes Problem in die Zukunft verschoben. Jetzt muss meine Generation und alle nachfolgenden die Rechnung dafür zahlen.

#Gemeinwohlokonomische Wende

Ein Problem ist, dass unsere Bewertungs- und Anreizsysteme nicht den tatsächlichen Bedarf unserer Gesellschaft abbilden. Dazu gehört zum Beispiel das Wachstum des Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder auch die Bilanzierung von Unternehmen. Als Bewertungsgrundlage für den wirtschaftlichen Erfolg läuft die Bundespolitik mit dem BIP einer Karotte hinterher, die wesentliche Teile unserer Volkswirtschaft einfach ausklammert. Das sind vor allem die Ressourcen unseres Planeten und die unbezahlte bzw. schlechtbezahlte Care-Arbeit, die vor allem von Frauen ausgeführt wird. Und auch die Unternehmen werden weiterhin über den Preis belohnt und nicht für gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln.

Die heutige Bundespolitik versäumt es zudem denjenigen das Heft aus der Hand zu nehmen, die mit Klimazerstörung Millionengewinne machen. Im Gegenteil: Sie fördert mit ihren alten Glaubenssätzen sogar das klimaschädliche Verhalten der Menschen, indem sie weiterhin den materiellen Konsum zum Grundprinzip von Wohlstand macht, um veraltete Geschäftsmodelle zu erhalten und bloß keine Arbeitsplätze zu verlieren. Gleichzeitig verhindert die Bundesregierung damit, dass andere Arbeitsplätze und Branchen entstehen können, wie wir zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien gut beobachten konnten. Das ist das Gegenteil von Transformation.

Die Ökonomie des 20. Jahrhunderts hat uns gelehrt, dass wir alles haben können, solange wir einen Preis dafür zahlen. Die Abstraktion dieses Preises hat uns vergessen gemacht, dass jede unserer



Alter:

38

Geschlecht:

nichtbinär weiblich

Geburtsort:

Telgte

Handlungen Konsequenzen hat. Wir machen uns keine Gedanken mehr darüber, dass anderen Menschen die Meere leergefischt werden, Felder durch die Klimakrise verdorren und Frauen für Hungerlöhne unsere Kleider nähen. Wir haben hehre Ziele, die wir uns in vielen Resolutionen und Masterplänen gesteckt haben. Doch wenn es darum geht den Verkehr für Radfahrende sicherer zu machen, ein Windrad zu bauen oder die Bauern in der dritten Welt besser zu bezahlen, dann reden sich vor allem CDU/CSU, FDP und auch Teile der SPD heraus, weil ihnen der Mut fehlt, den Menschen die Notwendigkeit von Veränderungen zu erklären.

Was wir brauchen ist eine gemeinwohloökonomische, moralische Wende. Wir müssen unsere Bewertungssysteme und unsere Narrative so verändern, dass ökologisch und gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln belohnt statt bestraft wird. Nur so wird es möglich, die Klimawende konsequent umzusetzen. Wir brauchen Akzeptanz für alle Veränderungen, die vor uns liegen. Es werden viele gute Sachen entstehen, aber wir werden auch von vielen bequemen Gewissheiten und Privilegien Abschied nehmen müssen. Schaffen können wir das nur, wenn wir die Wahrheit anerkennen, dass sich Grundlegendes verändern muss.

#Digitale Teilhabe und nachhaltige Digitalisierung

Liebe Freund*innen,

wir leben nicht nur in einer Zeit der multiplen Krisen, sondern auch im Zeitalter der dynamischen Transformation. Der technologische Wandel hat gravierende Auswirkungen auf die Art und Weise unseres Zusammenlebens.

Deutschland hat es in den letzten Jahrzehnten versäumt, diesen technischen Fortschritt konstruktiv zu begleiten. Die Bundespolitik hat mit ihrer #Neuland-Attitüde dafür gesorgt, dass Macht-Zentrierung und Abhängigkeit von wenigen Großkonzernen möglich geworden sind.

Auch müssen wir uns um die digitale Teilhabe, die ethischen Auswirkungen sowie die Nachhaltigkeit der Digitalisierung kümmern. Wenn Menschen aufgrund von Armut, Behinderung, Alter oder anderen Gründen digitale Inhalte und Dienste nicht verwenden können, dann droht bei zunehmender Digitalisierung das Abhängen dieser Gruppen. Der Shutdown Anfang diesen Jahres war ein Lackmustest, der viele Schwächen bei der digitalen Verfügbarkeit und den digitalen Kompetenzen gezeigt hat. Der teilweise kopflose Umgang mit der Digitalisierung des Unterrichts in Schulen und Hochschulen ist nur ein Beispiel von vielen.

Gleichzeitig müssen wir über die ökologische Nachhaltigkeit sowie über ethische Leitlinien der Digitalisierung sprechen. Wenn Paketboten zum Arbeitssklaven einer Künstlichen Intelligenz werden, die die Auswahl der Routen und Arbeitszeiten nur unter dem Kostenaspekt bewertet, dann hat Digitalisierung ihr Ziel verfehlt. Dann arbeitet nicht mehr die Maschine für den Menschen, sondern der Mensch wird Teil der Maschine. Das gleiche gilt für den Ressourcenverbrauch der Digitalisierung. Die aktuellen Rebound-Effekte sowie die hohe Menge an Elektroschrott konterkarieren das Ziel, durch Digitalisierung etwa 20 Prozent Treibhausgase zu sparen. Die Digitalisierung ist hier nicht per se das Problem, sondern die Art und Weise, wie unsere Wirtschaft funktioniert, nämlich klimaschädlich und profitorientiert.

Eine für den Menschen und seine Zukunft gemachte Transformation bedeutet, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit zusammen zu denken.

#Kommunalen Klimaschutz unterstützen

In meinen nunmehr 2,5 Jahren in der Kommunalpolitik war ich am Puls der Zeit der kommunalen Transformationsprozesse. Vieles von dem, was wir uns als Grüne in Kiel vorgenommen haben, ist aufgrund bundespolitischer Rahmenbedingungen nicht möglich. Eine flächendeckende Tempo-30-Zone in der ganzen Stadt, so wie Paris sie plant, ist durch die Straßenverkehrsordnung verboten. Die Förderprogramme für Klimaschutzmaßnahmen sind oft zu eng gestrickt und die Eigenanteile zu hoch. Zudem ist der kommunale Haushalt nicht ausreichend groß, um Anreize wie eine Ticketpreissenkung im ÖPNV im Alleingang zu beschließen, da vertragliche Verpflichtungen mit dem Verkehrsverbund bestehen und man sich teuer herauskaufen muss. Auch die Bauordnung gibt es nicht her, Verpflichtungen für die private Produktion erneuerbarer Energie, Gründächer oder Wärmedämmung zu beschließen. Die Veränderung der bundespolitischen Rahmenbedingungen in Abstimmung mit den Kommunen ist wichtig, um den Klimaschutz systematisch umzusetzen.

Die digitale und nachhaltige Transformation ist eine Mammutaufgabe, die ich mit meinem Fachwissen und KnowHow unterstützen will.

www.jessica-kordouni.de

#Persönliches

Ich bin 1982 im Münsterland geboren und in der Nähe von Eckernförde und Schleswig auf dem Dorf aufgewachsen. 2005 verschlug es mich zum Studium nach Kiel. Beruflich arbeite ich für ein Wissenschaftstransferprojekt, das kleine und mittelständische Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützt. Seit 2018 sitze ich in der Kieler Ratsversammlung und war maßgeblich am Ausrufen des Climate Emergency sowie der Einführung einer gendergerechten Sprache in der Verwaltung beteiligt. Zudem beschäftige ich mich mit der Kommunikation und Steuerung von Transformationsprozessen, der Gemeinwohlökonomie sowie dem wirkungsorientierten Haushalt.

Ich bin bigender und bevorzuge das Pronomen „sie“.

Sprecherin LAG Kultur
Mitglied Kieler Ratsversammlung
Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Soziales, Diversität, Tourismus, Städtepartnerschaft

2002
Abitur Wirtschaftsgymnasium
Berufliche Schulen Schleswig-Flensburg

2002 bis 2005
Banklehre bei der Sparkasse Eckernförde

2005 bis 2010
Studium Literatur- und Medienwissenschaften, Nordistik und Germanistik in Kiel und Växjö (SE)
Magister

2010
Hospitantin bei den Lübecker Nachrichten

2011 bis 2012
Volontariat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Online-Agentur in Hamburg

2012 bis 2014
Online-Redakteurin
Jobplattform in Kiel

2014 bis 2018
Online Marketing Managerin
Softwareentwicklungs-Büro in Kiel

2015 bis 2018
Studium Freie Kunst
Muthesius Kunsthochschule

2018 bis heute
Referentin Öffentlichkeitsarbeit
Forschungs- und Entwicklungszentrum FH Kiel

Bewerbung Listenplatz 11

Jessica Kordouni



Liebe Freund*innen,

der **Homo oeconomicus** muss sterben. Wenn es ihn überhaupt je gegeben hat. Der Mensch, der nur aus egoistischen, konkurrenzbezogenen, individuellen und berechnenden Motiven handelt, ist nichts weiter als ein Mythos. Und dennoch basiert unsere vorherrschende Wirtschaftstheorie und die weltweite Politik genau auf diesem Mythos. Mit gravierenden Folgen für unsere Planeten und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

#Vom Wissen zum Handeln

Die multiplen Krisen unserer Zeit sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Ergebnis von Nichttätigkeit trotz besseren Wissens. Wie lange ist bekannt, dass es zu einer **Klimakatastrophe** kommen wird? Wie lange beobachten wir schon das Artensterben? Wie viele Studien gibt es inzwischen über die antidemokratischen Auswirkungen durch FakeNews, Propaganda und Filterblasen? Wie lange gibt es schon die Warnung vor einer weltweiten Pandemie? Und wieso war der Brand in Moria eine Katastrophe, die keinen überrascht hat?

Viel zu lange haben wir die Arbeit von Wissenschaftler*innen schlichtweg missachtet und jedes Problem in die Zukunft verschoben. Jetzt muss meine Generation und alle nachfolgenden die Rechnung dafür zahlen.



#Gemeinwohlokonomische Wende

Ein Problem ist, dass unsere Bewertungs- und Anreizsysteme nicht den tatsächlichen Bedarf unserer Gesellschaft abbilden. Dazu gehört zum Beispiel das Wachstum des **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** oder auch die Bilanzierung von Unternehmen. Als Bewertungsgrundlage für den wirtschaftlichen Erfolg läuft die Bundespolitik mit dem BIP einer Karotte hinterher, die wesentliche Teile unserer Volkswirtschaft einfach ausklammert. Das sind vor allem die Ressourcen unseres Planeten und die unbezahlte bzw. schlechtbezahlte Care-Arbeit, die vor allem von Frauen ausgeführt wird. Und auch die Unternehmen werden weiterhin über den Preis belohnt und nicht für gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln.

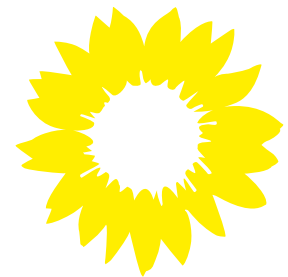
Die heutige Bundespolitik versäumt es zudem denjenigen das Heft aus der Hand zu nehmen, die mit Klimazerstörung Millionengewinne machen. Im Gegenteil: Sie fördert mit ihren alten Glaubenssätzen sogar das klimaschädliche Verhalten der Menschen, indem sie weiterhin den materiellen Konsum zum Grundprinzip von Wohlstand macht, um **veraltete Geschäftsmodelle** zu erhalten und bloß keine Arbeitsplätze zu verlieren. Gleichzeitig verhindert die Bundesregierung damit, dass andere Arbeitsplätze und Branchen entstehen können, wie wir zum Beispiel bei den erneuerbaren Energien gut beobachten konnten. Das ist das Gegenteil von Transformation.

Die Ökonomie des 20. Jahrhunderts hat uns gelehrt, dass wir alles haben können, solange wir einen Preis dafür zahlen. Die Abstraktion dieses Preises hat uns vergessen gemacht, dass jede unserer Handlungen Konsequenzen hat. Wir machen uns keine Gedan-

ken mehr darüber, dass anderen Menschen die Meere leergefischt werden, Felder durch die Klimakrise verdorren und Frauen für Hungerlöhne unsere Kleider nähen. Wir haben hehre Ziele, die wir uns in vielen Resolutionen und Masterplänen gesteckt haben. Doch wenn es darum geht den Verkehr für Radfahrende sicherer zu machen, ein Windrad zu bauen oder die Bauern in der dritten Welt besser zu bezahlen, dann reden sich vor allem CDU/CSU, FDP und auch Teile der SPD heraus, weil ihnen der Mut fehlt, den Menschen die Notwendigkeit von Veränderungen zu erklären.

Was wir brauchen ist eine **gemeinwohlokonomische, moralische Wende**. Wir müssen unsere Bewertungssysteme und unsere Narrative so verändern, dass ökologisch und gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln belohnt statt bestraft wird. Nur so wird es möglich, die Klimawende konsequent umzusetzen. Wir brauchen Akzeptanz für alle Veränderungen, die vor uns liegen. Es werden viele gute Sachen entstehen, aber wir werden auch von vielen bequemen Gewissheiten und Privilegien Abschied nehmen müssen. Schaffen können wir das nur, wenn wir die Wahrheit anerkennen, dass sich Grundlegendes verändern muss.

#Digitale Teilhabe und nachhaltige Digitalisierung



Liebe Freund*innen,

wir leben nicht nur in einer Zeit der multiplen Krisen, sondern auch im Zeitalter der dynamischen Transformation. Der technologische Wandel hat gravierende Auswirkungen auf die Art und Weise unseres Zusammenlebens.

Deutschland hat es in den letzten Jahrzehnten versäumt, diesen technischen Fortschritt konstruktiv zu begleiten. Die Bundespolitik hat mit ihrer **#Neuland-Attitüde** dafür gesorgt, dass Macht-Zentrierung und Abhängigkeit von wenigen Großkonzernen möglich geworden sind.

Auch müssen wir uns um die **digitale Teilhabe**, die ethischen Auswirkungen sowie die **Nachhaltigkeit der Digitalisierung** kümmern. Wenn Menschen aufgrund von Armut, Behinderung, Alter oder anderen Gründen digitale Inhalte und Dienste nicht verwenden können, dann droht bei zunehmender Digitalisierung das Abhängen dieser Gruppen. Der Shutdown Anfang diesen Jahres war ein Lackmustest, der viele Schwächen bei der digitalen Verfügbarkeit und den digitalen Kompetenzen gezeigt hat. Der teilweise kopflose Umgang mit der Digitalisierung des Unterrichts in Schulen und Hochschulen ist nur ein Beispiel von vielen.

Gleichzeitig müssen wir über die ökologische Nachhaltigkeit sowie über **ethische Leitlinien der Digitalisierung** sprechen. Wenn Paketboten zum Arbeitsklaven einer Künstlichen Intelligenz werden, die die Auswahl der Routen und Arbeitszeiten nur unter dem

Kostenaspekt bewertet, dann hat Digitalisierung ihr Ziel verfehlt. Dann arbeitet nicht mehr die Maschine für den Menschen, sondern der Mensch wird Teil der Maschine. Das gleiche gilt für den Ressourcenverbrauch der Digitalisierung. Die aktuellen Rebound-Effekte sowie die hohe Menge an Elektroschrott konterkarieren das Ziel, durch Digitalisierung etwa 20 Prozent Treibhausgase zu sparen. Die Digitalisierung ist hier nicht per se das Problem, sondern die Art und Weise, wie unsere Wirtschaft funktioniert, nämlich klimaschädlich und profitorientiert.

Eine für den Menschen und seine Zukunft gemachte Transformation bedeutet, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und soziale Gerechtigkeit zusammen zu denken.

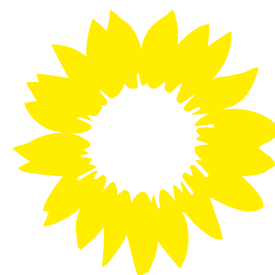
#Kommunalen Klimaschutz unterstützen

In meinen nunmehr 2,5 Jahren in der **Kommunalpolitik** war ich am Puls der Zeit der kommunalen Transformationsprozesse. Vieles von dem, was wir uns als Grüne in Kiel vorgenommen haben, ist aufgrund bundespolitischer Rahmenbedingungen nicht möglich. Eine flächendeckende Tempo-30-Zone in der ganzen Stadt, so wie Paris sie plant, ist durch die Straßenverkehrsordnung verboten. Die Förderprogramme für Klimaschutzmaßnahmen sind oft zu eng gestrikt und die Eigenanteile zu hoch. Zudem ist der kommunale Haushalt nicht ausreichend groß, um Anreize wie eine Ticketpreissenkung im ÖPNV im Alleingang zu beschließen, da vertragliche Verpflichtungen mit dem Verkehrsverbund bestehen und man sich teuer herauskaufen muss. Auch die Bauordnung gibt es nicht her, Verpflichtungen für die private Produktion erneuerbarer Energie, Gründächer oder Wärmedämmung zu beschließen. Die Veränderung der bundespolitischen Rahmenbedingungen in Abstimmung mit den Kommunen ist wichtig, um den Klimaschutz systematisch umzusetzen.

Die **digitale und nachhaltige Transformation** ist eine Mammutaufgabe, die ich mit meinem Fachwissen und KnowHow unterstützen will.

www.jessica-kordouni.de

Eure Jessica



#Persönliches

Ich bin 1982 im Münsterland geboren und in der Nähe von Eckernförde und Schleswig auf dem Dorf aufgewachsen. 2005 verschlug es mich zum Studium nach Kiel. Beruflich arbeite ich für ein Wissenschaftstransferprojekt, das kleine und mittelständische Unternehmen bei der Digitalisierung unterstützt. Seit 2018 sitze ich in der Kieler Ratsversammlung und war maßgeblich am Ausrufen des Climate Emergency sowie der Einführung einer gendergerechten Sprache in der Verwaltung beteiligt. Zudem beschäftige ich mich mit der Kommunikation und Steuerung von Transformationsprozessen, der Gemeinwohlökonomie sowie dem wirkungsorientierten Haushalt.

Ich bin bigender und bevorzuge das Pronomen „sie“.

Sprecherin LAG Kultur

Mitglied Kieler Ratsversammlung

Fraktionsvorsitzende

Sprecherin für Soziales, Diversität, Tourismus, Städtepartnerschaft

2002

Abitur Wirtschaftsgymnasium

Berufliche Schulen Schleswig-Flensburg

2002 bis 2005

Banklehre bei der Sparkasse Eckernförde

2005 bis 2010

Studium Literatur- und Medienwissenschaften, Nordistik und Germanistik in Kiel und Växjö (SE)

Magister

2010

Hospitantin bei den Lübecker Nachrichten

2011 bis 2012

Volontariat Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Online-Agentur in Hamburg

2012 bis 2014

Online-Redakteurin

Jobplattform in Kiel

2014 bis 2018

Online Marketing Managerin

Softwareentwickler-Büro in Kiel

2015 bis 2018

Studium Freie Kunst

Muthesius Kunsthochschule

2018 bis heute

Referentin Öffentlichkeitsarbeit

Forschungs- und Entwicklungszentrum FH Kiel

LL 13 UT Ulrike Täck

Antragsteller*in: Ulrike Täck (KV Segeberg)
Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Bewerbung um einen Listenplatz ab Nummer 13
für die Landesliste zur Bundestagswahl 2021

Meine Motivation

Es bewegt mich, wenn ich in den Nachrichten und Dokumentationen sehe, wie wir teils mit unserem Planeten umgehen: Ausbeutung, Vergiftung und Erderwärmung. Und die derzeitige Bundesregierung agiert nicht nur bremsend, sondern kontraproduktiv.

Aber es macht Mut, dass immer mehr Menschen erkennen, dass es einen anderen Weg geben muss, als ein Weiter so mit fatalen Auswirkungen. Es ist Zeit für eine Politik mit neuer Blickrichtung, was den Weg in unsere Zukunft und das Ziel angeht. Die Menschen wollen Veränderungen und zusammen mit den Bürger*innen können wir dies schaffen.

Der Klimawandel und Umweltschutz hat zu Recht einen besonders großen Stellenwert bei uns Grünen. Zugleich erkennen wir, dass der Klimawandel und die sozialen Themen miteinander verbunden sind und wir deshalb über eine ökosoziale Gesellschaft sprechen müssen. Ein Merkmal, welches die Bürger*innen nur bei uns so finden.

Ich bin davon überzeugt, dass sich unsere Gesellschaft nicht allein durch Streben nach Wirtschaftswachstum definieren sollte. Dieses führt zur Ausbeutung unserer Erde und der Menschen. Auch die Erderwärmung ist letztendlich auf unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln zurückzuführen. Ein Wachstum mit dem Ziel, immer mehr zu produzieren und immer mehr Umsatz zu machen sollte nicht mehr das Steuerrad unserer Entscheidungen in der Politik und Wirtschaft sein. Eine offene und vielfältige Gesellschaft und eine saubere und natürliche Umwelt, durch die eine Steigerung der Lebensqualität aller Menschen möglich ist, das ist meine Motivation, mich politisch zu engagieren.

Das klingt, als müsse man am ganz großen Rad drehen. Ja, das ist so, denn unsere Gesellschaft muss sich ganz neu ausrichten. Es geht um das Selbstverständnis, mit dem wir miteinander und mit unserer Erde umgehen. Viele Menschen sehen Veränderungen auch mit Sorge. Deshalb ist die Aufgabe der Politik, die Menschen nicht nur mitzunehmen, sondern sie auch zu motivieren, Veränderungen selbst zu gestalten. Ich würde gerne mit euch darüber diskutieren, wie wir zusammen unsere Zukunft gestalten und dies als Partei, auch in einer Regierung, umsetzen können.

Für die Kandidatur der kommenden Bundestagswahl möchte ich meine Erfahrungen aus Beruf und Politik einbringen. Als Ingenieurin kann ich mich sehr gut in technische Zusammenhänge einarbeiten. Viele Herausforderungen, denen wir entgegensehen, haben technische Hintergründe: Digitalisierung, Mobilität und Energiewende. Ein weiteres Augenmerk habe ich auf die Kreislaufwirtschaft.

Das Entsorgen von Einwegplastik kostet die Kommunen in Deutschland jährlich 700 Mio. Euro. Eine Steuer auf nicht recycelte Kunststoffverpackungen könnte mehrere Milliarden Euro Steuern pro Jahr einbringen. Diese Steuer sollte für innovative Projekte rundum eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft verwendet werden. Es geht aber nicht nur um die Kosten, sondern vielmehr um die Umweltverschmutzung und Vergiftung, die Plastik mit sich bringt. Forschung für alternative



Alter:

53

Geschlecht:

weiblich

Geburtsort:

Gifhorn

Materialien muss mehr Bedeutung bekommen. Hier kann ich mich als Materialwissenschaftlerin einbringen.

Um die Erderwärmung einzudämmen, müssen wir konsequenter und schneller auf erneuerbare Energie wechseln. Noch wächst die installierte Windleistung in Deutschland, aber der jährliche Zubau ist seit 2017 um 75 % gesunken! Dieses führt zu einer Stagnation der Windenergie und somit der Energiewende. Bremsklötze sind unter anderem die Begrenzung des jährlichen Zubaus, die Ausschreibungspflicht und die Kürzungen der Vergütungssätze. Anstatt den Zubau derart zu begrenzen, ist in einen Ausbau der Netzkapazitäten zu investieren. Die Ausschreibungsverfahren und die Kürzung der Vergütung führen dazu, dass Windbauern nicht einmal 5 Cent pro Kilowattstunde erhalten, obwohl die Bürger*innen mehr als 30 Cent bezahlen. Die Steigerung der Erneuerbare-Energie-Gesetz-Umlage wird durch Effekte verursacht, die nicht primär mit den erneuerbaren Energien tun haben, wie z.B. Effekte der Strombörse. Hierdurch verliert die EEG-Umlage zunehmend ihre Wirkung, die Energiewende zu fördern. Das EEG muss wieder zu einem effektiven Werkzeug der Energiewende gemacht werden und fossile Energieträger müssen so viel kosten, dass dies den Schaden, den sie anrichten, widerspiegelt.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Beispiele zeigen, dass die Bürger*innen nur von uns wahre grüne Politik zum Schutze der Natur und Umwelt erwarten können. Wir müssen einerseits Themen im Bundestag setzen und andererseits genau hinschauen, wenn Kompromisse verhandelt werden, denn unsere grünen Inhalte sind das, was die Bürger*innen sich wünschen. Dieses möchte ich mit euch gemeinsam tun, wenn ihr mir euer Vertrauen schenkt.

Eure Ulrike

Über mich

Politisch

- Seit 2014 Mitglied
- Seit 2015 Kreisvorstandssprecherin
- Seit 2015 Delegierte auf LPT und BDK
- Seit 2017 Landesparteirat
- Seit 2018 Mitglied Kreistagsfraktion Segeberg, Ausschuss Wirtschaft Regionalentwicklung und Infrastruktur, Hauptausschuss
- 01.2017 – 03.2019 Sprecherin LAG Energie
- 2017 Kandidatin Bundestagswahl

Beruflich

- 1968 geboren in Gifhorn, Niedersachsen
- Kind eines Schmiedes und einer Hausfrau
- 1989 Berufsausbildung Werkstoffprüferin
- Hochschulreife über zweiten Bildungsweg
- 1996 Studium Werkstofftechnik
- 1996-2009 Ingenieurin in der Schweiz
- 2004 Promotion in Materialwissenschaften
- seit 2010 Professorin Werkstoffkunde im Maschinenbau (TH Lübeck)

Bewerbung um einen Listenplatz ab

Nummer 13

für die Landesliste

zur Bundestagswahl 2021



Meine Motivation

Es bewegt mich, wenn ich in den Nachrichten und Dokumentationen sehe, wie wir teils mit unserem Planeten umgehen: Ausbeutung, Vergiftung und Erderwärmung. Und die derzeitige Bundesregierung agiert nicht nur bremsend, sondern kontraproduktiv.

Aber es macht Mut, dass immer mehr Menschen erkennen, dass es einen anderen Weg geben muss, als ein Weiter so mit fatalen Auswirkungen. Es ist Zeit für eine Politik mit neuer Blickrichtung, was den Weg in unsere Zukunft und das Ziel angeht. Die Menschen wollen Veränderungen und zusammen mit den Bürger*innen können wir dies schaffen.

Der Klimawandel und Umweltschutz hat zu Recht einen besonders großen Stellenwert bei uns Grünen. Zugleich erkennen wir, dass der Klimawandel und die sozialen Themen miteinander verbunden sind und wir deshalb über eine ökosoziale Gesellschaft sprechen müssen. Ein Merkmal, welches die Bürger*innen nur bei uns so finden.

Ich bin davon überzeugt, dass sich unsere Gesellschaft nicht allein durch Streben nach Wirtschaftswachstum definieren sollte. Dieses führt zur Ausbeutung unserer Erde und der Menschen. Auch die Erderwärmung ist letztendlich auf unser wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln zurückzuführen. Ein Wachstum mit dem Ziel, immer mehr zu produzieren und immer mehr Umsatz zu machen sollte nicht mehr das Steuerrad unserer Entscheidungen in der Politik und Wirtschaft sein. Eine offene und vielfältige Gesellschaft und eine saubere und natürliche Umwelt, durch die eine Steigerung der Lebensqualität aller Menschen möglich ist, das ist meine Motivation, mich politisch zu engagieren.

Das klingt, als müsse man am ganz großen Rad drehen. Ja, das ist so, denn unsere Gesellschaft muss sich ganz neu ausrichten. Es geht um das Selbstverständnis, mit dem wir miteinander und mit unserer Erde umgehen. Viele Menschen sehen Veränderungen auch mit Sorge. Deshalb ist die Aufgabe der Politik, die Menschen nicht nur mitzunehmen, sondern sie auch zu motivieren, Veränderungen selbst zu gestalten. Ich würde gerne mit euch darüber diskutieren, wie wir zusammen unsere Zukunft gestalten und dies als Partei, auch in einer Regierung, umsetzen können.

Für die Kandidatur der kommenden Bundestagswahl möchte ich meine Erfahrungen aus Beruf und Politik einbringen. Als Ingenieurin kann ich mich sehr gut in technische Zusammenhänge einarbeiten. Viele Herausforderungen, denen wir entgegensehen, haben technische Hintergründe: Digitalisierung, Mobilität und Energiewende. Ein weiteres Augenmerk habe ich auf die Kreislaufwirtschaft.

Das Entsorgen von Einwegplastik kostet die Kommunen in Deutschland jährlich 700 Mio. Euro. Eine Steuer auf nicht recycelte Kunststoffverpackungen könnte mehrere Milliarden Euro Steuern pro Jahr einbringen. Diese Steuer sollte für innovative Projekte rundum eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft verwendet werden. Es geht aber nicht nur um die Kosten, sondern vielmehr um die Umweltverschmutzung und Vergiftung, die Plastik mit sich bringt. Forschung für alternative Materialien muss mehr Bedeutung bekommen. Hier kann ich mich als Materialwissenschaftlerin einbringen.

Um die Erderwärmung einzudämmen, müssen wir konsequenter und schneller auf erneuerbare Energie wechseln. Noch wächst die installierte Windleistung in Deutschland, aber der jährliche Zubau ist seit 2017 um 75 % gesunken! Dieses führt zu einer Stagnation der Windenergie und somit der Energiewende. Bremsklötze sind unter anderem die Begrenzung des jährlichen Zubaus, die Ausschreibungspflicht und die Kürzungen der Vergütungssätze. Anstatt den Zubau derart zu begrenzen, ist in einen Ausbau der Netzkapazitäten zu investieren. Die Ausschreibungsverfahren und die Kürzung der Vergütung führen dazu, dass Windbauern nicht einmal 5 Cent pro Kilowattstunde erhalten, obwohl die Bürger*innen mehr als 30 Cent bezahlen. Die Steigerung der Erneuerbare-Energie-Gesetz-Umlage wird durch Effekte verursacht, die nicht primär mit den erneuerbaren Energien tun haben, wie z.B. Effekte der Strombörse. Hierdurch verliert die EEG-Umlage zunehmend ihre Wirkung, die Energiewende zu fördern. Das EEG muss wieder zu einem effektiven Werkzeug der Energiewende gemacht werden und fossile Energieträger müssen so viel kosten, dass dies den Schaden, den sie anrichten, widerspiegelt.

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Beispiele zeigen, dass die Bürger*innen nur von uns wahre grüne Politik zum Schutze der Natur und Umwelt erwarten können. Wir müssen einerseits Themen im Bundestag setzen und andererseits genau hinschauen, wenn Kompromisse verhandelt werden, denn unsere grünen Inhalte sind das, was die Bürger*innen sich wünschen. Dieses möchte ich mit euch gemeinsam tun, wenn ihr mir euer Vertrauen schenkt.

Eure Ulrike

Über mich

Politisch

- Seit 2014 Mitglied
- Seit 2015 Kreisvorstandssprecherin
- Seit 2015 Delegierte auf LPT und BDK
- Seit 2017 Landesparteirat
- Seit 2018 Mitglied Kreistagsfraktion Segeberg, Ausschuss Wirtschaft Regionalentwicklung und Infrastruktur, Hauptausschuss
- 01.2017 – 03.2019 Sprecherin LAG Energie
- 2017 Kandidatin Bundestagswahl

Beruflich

- 1968 geboren in Gifhorn, Niedersachsen
- Kind eines Schmiedes und einer Hausfrau
- 1989 Berufsausbildung Werkstoffprüferin
- Hochschulreife über zweiten Bildungsweg
- 1996 Studium Werkstofftechnik
- 1996-2009 Ingenieurin in der Schweiz
- 2004 Promotion in Materialwissenschaften
- seit 2010 Professorin Werkstoffkunde im Maschinenbau (TH Lübeck)



Ulrike.taeck@gruene-se-kv.de



Ulrike Täck



ulriketack



LL 14 DK-R Dirk Kock-Rohwer

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Bewerbung für Landesliste zur Bundestagswahl

Listenplatz 14+

Zur Person:

Dirk Kock-Rohwer, verheiratet, drei erwachsene Kinder

wohnhaft in Bönebüttel (letzter Zipfel Kreis Plön Richtung Neumünster)

Studium der Agrarwirtschaft in Witzchenhausen

Engagement bei den Grünen:

seit zwei Jahren Sprecher LAG Landwirtschaft

Delegierter zur BAG Landwirtschaft

Als Bündnis 90/Die Grünen stehen wir neben vielen anderen Dingen auch besonders für den Umbruch in der Landwirtschaft hin zu mehr ökologischem Landbau in Einklang mit Natur- und Umweltschutz, für eine neue Energiepolitik und setzen hohe Anforderungen an das Erreichen der Klimaziele. Dies sind meine Herzensangelegenheiten.

Noch durch die Farm to Fork Strategie und die Biodiversitätsstrategie der EU verstärkt, müssen wir jetzt ins Handeln kommen.

Verbraucher*innen müssen vermehrt aufgeklärt und auf die Folgen ihres Einkaufsverhaltens aufmerksam gemacht werden. Ebenso muss der Handel mehr Markt für Ökoprodukte schaffen.

Bäuerinnen und Bauern müssen motiviert werden ihre Betriebe auf ökologischen Landbau umzustellen, denn nur so können wir auch die Vielzahl der kleineren Familienbetriebe retten, nebenbei wieder mehr für die Artenvielfalt tun und viele Probleme der konventionellen Landwirtschaft lösen.

Konkrete, schnell umsetzbare Maßnahmen, wie z. B. mehr Blühflächen, Klee gras statt Acker gras, Klee gras statt Mais für Biogasanlagen sollten jetzt politisch flankiert und gemeinsam mit konventionellen Bäuerinnen und Bauern diskutiert und verwirklicht werden.

Außer Frage steht auch, dass wir eine flächengebundene Tierhaltung brauchen, die trotz geringerer Tierzahlen ein einträgliches Einkommen hervorbringt. Dass die bäuerliche Gemeinschaft auch eine große Rolle in der Energiewende spielt, sehen wir im Moment jeden Tag, und mit der Freigabe des Baustopps für neue Windenergieanlagen hoffentlich morgen wieder im ganzen Land. Den Beitrag der Landwirtschaft an der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes gilt es zügig zu benennen, den Landwirten klar zu machen, Maßnahmen zu finden und zeitnah umzusetzen.

Ich könnte immer so fortfahren, aber hier soll ja kein Wahlprogramm entstehen, sondern ich möchte nur einen Einblick in die Aufgabenfelder geben, in die ich mich persönlich gern einbringen möchte.



Alter:

61

Geschlecht:

männlich

Geburtsort:

Bad Segeberg

Seit 30 Jahren führe ich unseren landwirtschaftlichen Betrieb nach den Demeter-Richtlinien. Am Anfang mit viel Skepsis der benachbarten Berufskollegen, heute mit viel Anerkennung ob des richtigen Weges. Inzwischen sind wir auf 230 ha Betriebsfläche gewachsen und melken derzeit 85 Kühe. Unser Sohn tritt nun die Hofnachfolge an und 2021 endet auch meine Dienstzeit als Gemeindeführer, sodass mir mehr Zeit für politische Aktivitäten bleibt.

Ich denke, mit meiner langjährigen Erfahrung als Bio-Bauer bringe ich die nötige Glaubwürdigkeit mit, um den grünen Weg der Landwirtschaft, kombiniert mit Natur-, Umwelt- und Klimaschutz voranzubringen.

Die Herausforderung, diese Ziele auch auf politischer Ebene zu forcieren, würde ich gerne annehmen. Daher bitte ich euch um eure Zustimmung.

Bewerbung für Landesliste zur Bundestagswahl
Listenplatz 14+

Zur Person:

Dirk Kock-Rohwer, verheiratet, drei erwachsene Kinder
wohnhaft in Bönebüttel (letzter Zipfel Kreis Plön Richtung Neumünster)
Studium der Agrarwirtschaft in Witzenhausen

Engagement bei den Grünen:

seit zwei Jahren Sprecher LAG Landwirtschaft
Delegierter zur BAG Landwirtschaft

Als Bündnis 90/Die Grünen stehen wir neben vielen anderen Dingen auch besonders für den Umbruch in der Landwirtschaft hin zu mehr ökologischem Landbau in Einklang mit Natur- und Umweltschutz, für eine neue Energiepolitik und setzen hohe Anforderungen an das Erreichen der Klimaziele. Dies sind meine Herzensangelegenheiten.

Noch durch die Farm to Fork Strategie und die Biodiversitätsstrategie der EU verstärkt, müssen wir jetzt ins Handeln kommen.

Verbraucher*innen müssen vermehrt aufgeklärt und auf die Folgen ihres Einkaufsverhaltens aufmerksam gemacht werden. Ebenso muss der Handel mehr Markt für Ökoprodukte schaffen. Bäuerinnen und Bauern müssen motiviert werden ihre Betriebe auf ökologischen Landbau umzustellen, denn nur so können wir auch die Vielzahl der kleineren Familienbetriebe retten, nebenbei wieder mehr für die Artenvielfalt tun und viele Probleme der konventionellen Landwirtschaft lösen.

Konkrete, schnell umsetzbare Maßnahmen, wie z. B. mehr Blühflächen, Klee gras statt Acker gras, Klee gras statt Mais für Biogasanlagen sollten jetzt politisch flankiert und gemeinsam mit konventionellen Bäuerinnen und Bauern diskutiert und verwirklicht werden.

Außer Frage steht auch, dass wir eine flächengebundene Tierhaltung brauchen, die trotz geringerer Tierzahlen ein einträgliches Einkommen hervorbringt. Dass die bäuerliche Gemeinschaft auch eine große Rolle in der Energiewende spielt, sehen wir im Moment jeden Tag, und mit der Freigabe des Baustopps für neue Windenergieanlagen hoffentlich morgen wieder im ganzen Land. Den Beitrag der Landwirtschaft an der Reduzierung des CO₂-Ausstoßes gilt es zügig zu benennen, den Landwirten klar zu machen, Maßnahmen zu finden und zeitnah umzusetzen.

Ich könnte immer so fortfahren, aber hier soll ja kein Wahlprogramm entstehen, sondern ich möchte nur einen Einblick in die Aufgabenfelder geben, in die ich mich persönlich gern einbringen möchte.

Seit 30 Jahren führe ich unseren landwirtschaftlichen Betrieb nach den Demeter-Richtlinien. Am Anfang mit viel Skepsis der benachbarten Berufskollegen, heute mit viel Anerkennung ob des richtigen Weges. Inzwischen sind wir auf 230 ha Betriebsfläche gewachsen und melken derzeit 85 Kühe. Unser Sohn tritt nun die Hofnachfolge an und 2021 endet auch meine Dienstzeit als Gemeindeführer, sodass mir mehr Zeit für politische Aktivitäten bleibt.

Ich denke, mit meiner langjährigen Erfahrung als Bio-Bauer bringe ich die nötige Glaubwürdigkeit mit, um den grünen Weg der Landwirtschaft, kombiniert mit Natur-, Umwelt- und Klimaschutz voranzubringen. Die Herausforderung, diese Ziele auch auf politischer Ebene zu forcieren, würde ich gerne annehmen. Daher bitte ich euch um eure Zustimmung.

LL 15 NM Nadine Mai

Tagesordnungspunkt: 1. Wahl der Landesliste zur Bundestagswahl

Selbstvorstellung

Liebe Freund*innen,

manchmal kommt alles anders und sicher ist, dass nichts bleibt, wie es ist. Als Mensch lasse ich mich in dieser Gewissheit treiben, als Historikerin habe ich dieses Faktum erforscht, als Mitglied unserer Partei möchte ich daraus eine konstruktive, zukunftsgerichtete Politik entwickeln.

Nach meinem Eintritt 2014 bin ich seit 2016 für euch politisch aktiv, erst in der Grünen Fraktion in Wedel und seit 2018 im Pinneberger Kreistag und im SH-Landkreistag. In den LAGn Kinder, Jugend, Familie und Mobilität engagiere ich mich programmatisch. Eine lebenswerte Umwelt, gutes Wohnen, Förderung von Kindern und Jugendlichen und die Mobilitätswende sind Dinge, die mir am Herzen liegen. GRÜNE Politik setzt ganzheitlich an, sie setzt auf Bildungs- und Chancengerechtigkeit, steht ein für Partizipation und Teilhabe, fordert den Schutz und die Stärkung von Ressourcen und fördert die Gesellschaft in Zusammenhalt und Vielfalt. Dieser Stärke, die wir in unseren Kommunalparlamenten in Schleswig-Holstein schon hervorragend beweisen, möchte ich im Bundestagswahlkampf mehr Sichtbarkeit verleihen. Denn die konkreten Probleme vor Ort dürfen in den großen Debatten nicht untergehen. Mobilitätswende, Bildungsgerechtigkeit, Klimaschutz, Demokratieförderung, hier stellen unsere Kommunen die Weichen und müssen dafür gut ausgestattet und gefördert werden. Zudem wünsche ich mir, dass wir GRÜNEN in Berlin auch neu über Zuständigkeiten und föderale Strukturen nachdenken. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass wir uns in vielen Bereichen Bürokratien aufgebaut haben, die fortschrittliches Handeln und Gerechtigkeit bremsen. Die systemische Trennung von Betreuung/Teilhabe (Soziales) und Schule (Bildung) ist dabei nur ein Beispiel von vielen. Ein anderes ist die Verteilung von Steuereinnahmen, die stärker auf gleichwertig hochwertige Lebensverhältnisse, auch im ländlichen Raum, ausgerichtet sein sollte.

Als jugendpolitische Sprecherin und Mutter von zwei Kindern im Grundschulalter hatte ich im letzten Jahr alle Hände voll zu tun. Die Corona-Krise hatte auf Kinder und Jugendliche extreme Auswirkungen. Die Familien waren teils mit einem krassen systemischen Versagen konfrontiert: Der Digitalpakt fuhr wie eine löchrige Jolle und das Bildungs- und Teilhabepaket wie ein winziges Floß über die stürmische Corona-See und wir als Verantwortungsträger:innen versuchten ihnen Seile zuzuwerfen...mir mäßigem Erfolg. Ein Jahr nach der Pandemie gibt es noch immer Kinder ohne Laptop, keine flächendeckenden Konzepte für die Mittagessenversorgung von bedürftigen Kindern und ihren Familien, und keine echten Perspektiven für die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz. Dort, wo Armut schon war, ist sie nun noch größer und gespenstischer. Diesen Kindern Mut zu geben und sie aufzufangen, das muss unser gemeinsames Ziel sein. Als GRÜNE haben wir mit der Kindergrundsicherung, dem Ausbau des Ganztagsangebotes und der Ausbildungsplatzgarantie die richtigen Vorschläge und müssen reinhauen, damit sie im Bund Wirklichkeit werden.

Dasselbe gilt für die Gleichstellungspolitik. Mütter und Väter haben in der Coronazeit viel geleistet. Aber wahr ist auch, alte Rollenbilder haben teils wieder Einzug gehalten, vor allem in Bezug auf Kinderbetreuung und Haushalt. Zudem haben mehr Frauen als Männer ihre Arbeit verloren, weil Frauen in diesem Land immer noch strukturell benachteiligt werden! Es braucht viel Schubkraft, um



Alter:

38

Geschlecht:

w

Chancen, Lohn, Mandate oder Führungspositionen in diesem Land tatsächlich gleichberechtigt zu verteilen! Wahlkampf für GRÜN in 2021 heißt auch, für das Projekt 50/50 zur Realität 50/50 zu kämpfen.

Die wachsende soziale Spaltung unserer Gesellschaft ist aber nicht nur eine existentielle Bedrohung, sondern auch eine politische. Denn sie geht einher mit einer zunehmenden Kritik an der Demokratie, an Staaten-Bündnissen und teils sogar an humanitären Grundwerten. Als GRÜNE stehen wir für Transparenz, sind nahezu die einzigen, die konsequent gegen Lobbyismus antreten. Diese Werte müssen wir stark machen! In der öffentlichen Daseinsvorsorge müssen wir endlich gemeinwohlorientierte Leitplanken setzen und Marktinteressen gründlicher abwägen, sei es bei Privatisierungen, beim Verkauf von Gemeindegrundstücken, bei der Herstellung von Digitaler Teilhabe usw.. Wir müssen Rassismus, Hetze und Diskriminierung entschieden bekämpfen. Nur mit einer politischen Strategie des ‚Miteinander‘ und ‚Füreinander‘, die wir von allen fordern, werden wir Offenheit, Frieden, Wohlstand und Innovationskraft weiter bewahren. Mit der ökologisch-sozialen Marktwirtschaft, der Bürgerversicherung und Kindergrundsicherung haben wir GRÜNE die richtigen Modelle. Nun müssen wir sie nach außen tragen.

Wie so oft, ist auch bei mir das Persönliche politisch. Meine Herkunft aus Sachsen-Anhalt, das Umfeld und die Debatten, die ich hier erlebe, sind einer der Gründe für meine Bewerbung in das „Team Grün“ zur Bundestagswahl 2021. Das antisemitische Attentat von Halle ist ein vorläufiger Tiefpunkt einer beunruhigenden Entwicklung, vor der wir weder die Augen verschließen, noch mit dem Finger auf einen Landstrich und seine Menschen zeigen dürfen. Vielmehr müssen wir Gestaltungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen ermöglichen, zugewandt und authentisch argumentieren und viel Präsenz zeigen. So können wir alle Menschen für eine verantwortungsvolle und menschenfreundliche Politik gewinnen! Zu den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern helfe ich daher mit und freue mich, wenn ihr euch auch bei den dortigen Kreisverbänden meldet!

Ich freue mich über eure Stimme für Platz 15.

Eure Nadine

Persönliches

Jg. 1983

Geschäftsführerin/promov. Kunsthistorikerin/Kulturwissenschaftlerin/Museologin

verheiratet, zwei Töchter (geb. 2010 und 2012)

Grünes

seit 1.2014 Grünes Mitglied im KV Pinneberg

2016 – 2018 Fraktion Wedel

2017 – 2018 bürgerliches Mitglied Kreistagsfraktion

seit 2017 Kreisgeschäftsführerin KV Pinneberg

seit 2018 Kreistagsabgeordnete

Nadine Mai

Selbstvorstellung

Bewerbung für Platz 17 der Bundesliste

“Kultur ist der Bauplan unserer Gesellschaft.” “Die Kulturpolitik sollte sich deshalb als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen und den erweiterten Kulturbegriff entsprechend aufwerten, denn erst er macht die eigentliche Relevanz von Kultur bewusst.” (Davide Brocchi 2017)

“Respekt vor der Vielfalt der Kulturen, Toleranz, Dialog und Zusammenarbeit in einem Klima gegenseitigen Vertrauens und Verstehens gehört zu den besten Garanten für internationalen Frieden und Sicherheit.” (UNESCO Konvention zur Kulturellen Vielfalt, 2001)

Kulturpolitik als kritische Gesellschaftspolitik

Kulturschaffende, Künstler*innen und Kreative halten der Gesellschaft einen Spiegel vor. Dafür brauchen sie eine verlässliche Lebensgrundlage und Räume, egal ob diese analog und/oder digital sind. Sie brauchen die Freiheit, schaffen, sagen und zeigen zu können, was wir vielleicht nicht sehen oder hören wollen; was uns irritiert, uns auf neue oder andere Gedanken bringt oder uns einfach gut tut. Darum war eine solide Kulturpolitik noch niemals so bedeutend wie in der heutigen Zeit.

Wie sehr wir Kultur, die Künste und Kulturschaffende brauchen, wird vielen erst seit Beginn der Pandemie und dem ersten Lockdown bewusst. Wir bemerken diese Leerstellen in unserem Leben. Wir merken was fehlt von dem, was für uns selbstverständlicher Teil unseres Lebens geworden war und das geht weit über Musik und Theater, Literatur und Bildende Kunst, Film und Fernsehen hinaus.

In der BAG Kulturpolitik, deren Sprecherin ich im 3. Jahr bin, bewegen uns kulturpolitische Themen wie beispielsweise kultureller Infrastruktur in ländlichen Räumen und die Bedeutung von soziokulturellen Zentren, Erinnerungskultur und die Auseinandersetzung mit NS-Raubkunst, Provenienzforschung und Kolonialismus genauso wie die Debatte um Öffnungszeiten von Bibliotheken, Urheberrechtsfragen, Buchpreisbindung und nicht zuletzt die Rolle und der Status von Frauen in den Kulturbranchen.

Kultur als Rückgrat der Demokratie

Öffentliche Werte- und Leitkultur-Debatten sind mit dem Einzug der AfD in den Bundestag wieder in den Vordergrund gerückt. Es ist und bleibt eine zentrale Aufgabe von Kulturpolitik, darauf deutlich zu reagieren und den rassistisch ausgrenzenden Diskursen ein inklusives Narrativ einer Gesellschaft der vielen Kulturen in einer globalisierten Welt entgegen zu setzen.

Es muss uns gelingen, eine Debatte um kulturelle Identitäten und Werte offensiv zu führen, ohne in Stereotype und Kulturalisierung abzudriften. Nur so bilden wir letztendlich auch politisch ab, wer wir sind und wo wir herkommen: Kreativ und vernetzt denken, das war schon immer GRÜNE Stärke! Fragen der Zeitpolitik, Beschleunigung im Alltags- und Arbeitsleben, die Rolle von Digitalisierung sind auch kulturpolitische Fragestellungen. Die Auseinandersetzung mit Genderfragen, dem Verhältnis der Menschen zu Natur und Umwelt, zu Entwicklung und der Rolle von Technik, der Wachstumsfrage und Nachhaltigkeit werden von Künstler*innen und Kulturschaffenden befördert. Nicht zuletzt auch die



Alter: 55
Geschlecht: weiblich
Geburtsort: Bordesholm

Auseinandersetzung mit demokratischen Werten und dem Freiheitsbegriff. Warum sonst werden insbesondere Kultur- und Kunstschaffende in diktatorischen Regimen politisch verfolgt?

Wir wollen und werden die Bundespolitik in den kommenden Jahren mit gestalten. Wenn wir an eine lebendige Demokratie und eine offene Gesellschaft glauben, brauchen wir solide kulturpolitische Positionen um Leitkulturdebatten etwas Konkretes entgegen setzen zu können. Auch dafür brauchen wir eine starke und an ökologischer Transformation orientierte Kulturpolitik. Kultur und die Künste eröffnen Diskursräume, sind identitätsstiftende Elemente für unsere Demokratie.

Kulturelle Vielfalt setzt kulturelle Teilhabe voraus

Der Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein identifiziert Kultur „als Bedingung für unseren Zusammenhalt und die Grundlage für unsere Verständigung miteinander“. Kulturpolitik verstehe ich nicht nur als Debatte um die Art und Weise der Mittelverteilung, auch wenn diese durchaus geführt werden muss, da viele Förderstrukturen und –gremien von Grund auf reformbedürftig sind. Ich verstehe Kulturpolitik in erster Linie als moderne Gesellschaftspolitik, die sich mit sozialen Strukturen, kultureller Bildung und Teilhabe auseinandersetzt. Damit, wie Kultur von einer freiwilligen Leistung zur Daseinsvorsorge werden kann. Den Diskurs darüber, ob ein Schritt in diese Richtung die Aufnahme von Kultur ins Grundgesetz ist, müssen wir jetzt führen. Es gäbe keinen besseren Zeitpunkt dafür.

Eine Zeit der multiplen globalen Krisen, vor der wir nicht mehr die Augen verschließen können, erfordert die Bereitschaft zu radikalem Umdenken und radikalem Wandel. Wie Harald Welzer bereits 2015 formuliert hat, ist lediglich die Frage in welche Richtung dieser radikale Wandel geht und ob die anstehende gesellschaftliche Transformation „by disaster or by design“ stattfinden wird. Lasst uns also gemeinsam den kulturellen Wandel gestalten!

Die für die letzte Bundestagswahl formulierten und abgestimmten 3 Schlüsselprojekte für den Bereich Kultur waren: Einen Interkulturfonds einrichten um die Einwanderungsgesellschaft zu stärken, die Soziale Lage von freien und angestellten Künstler*innen verbessern und Kulturelle Bildung für alle in allen Sparten der Kunst und Kultur in den Mittelpunkt rücken. Das gilt immer noch. Hinzu kommen aus meiner Sicht für den aktuellen Wahlkampf: Kultur- und Kreativwirtschaft besser fördern, Hass und Hetze bekämpfen nach der Pandemie, mit der Kultur, mit „Green Culture“ den Kulturbetrieb ökologischer machen, Erinnerungskultur stärken und öffnen, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken (Kultur verbindet!) und Kultur als Pflichtaufgabe.

Für eine ideenreiche, konstruktive und lebendige GRÜNE Kulturpolitik möchte ich mit euch Wahlkampf machen und bitte dafür um eure Unterstützung.

Was qualifiziert mich?

Seit 2006 bin ich GRÜNE. Mittlerweile konnte ich auf allen Ebenen GRÜNER politischer Arbeit Erfahrungen sammeln: Bundespolitisch als Sprecherin der BAG Kultur, im BAG Sprecher*innerat, als Delegierte der BAG Migration und Flucht und langjährige BDK Delegierte. Außerdem bei der aktiven Mitarbeit am aktuellen Grundsatzprogramm. Landespolitisch im Parteirat, im Landesvorstand und bei der aktiven Mitarbeit in verschiedenen LAGen, an 2 Landtagsprogrammen, der Zukunftswerkstatt und als Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung in politischer Bildungsarbeit. Kommunalpolitisch als Sprecherin eines Ortsverbandes, eines Kreisverbandes und Mitglied des Kreistags. Beruflich beschäftige ich mich seit vielen Jahren wissenschaftlich und in der Praxis mit grundlegenden Fragen der Kultur, der Bildung, kultureller Identitäten und Migration. Als Mitarbeiterin einer Kreisverwaltung weiß ich, wie wichtig der Blick über den GRÜNEN Tellerrand hinaus ist. Es gibt noch viel zu tun!

PERSÖNLICHes * 26.05.1965 in Bordesholm, verheiratet, 2 Söhne (14 und 25 Jahre)

GRÜNES seit 2006 OV Sachsenwald. Themen: Kultur und kulturelle Bildung, Teilhabe und Vielfalt

POLITISCHES aktuell LAG/BAG Kultur (BAG Sprecherin seit 2017) LAG/BAG Migration und Flucht (Delegierte), Heinrich Böll Stiftung SH (Vorstand seit 2016) Stiftungsrätin (Stiftung Hzgt. Lauenburg)

LANDESPOLITISCHES (- Ende 2015) Landesvorstand, Parteirat, GRÜNE Zukunftswerkstatt

KOMMUNALPOLITISCHES (-2016) Kreistag, Fraktionsvorstand, Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss, div. Kuratorien und Vorstandsfunktionen

BERUFLICHES (aktuell) Kreis Hzgt. Lauenburg: Koordinierungsstelle für Integration und Teilhabe, Diversity Management, Interkulturelle Öffnung)

bis 2016 freiberuflich Interkulturelle Trainings, Moderation, Fachberatung, Lehraufträge Interkulturelle Kommunikation und Kompetenz (HAW, Uni HH), Goethe-Institut, Europeanetzwerk Deutsch

bis 2016 Leuphana Universität Lüneburg Dozentin für interkulturelle Kommunikation, Diversity Management, DaF/DaZ, Kunst- und Erziehungswissenschaften

bis 2005 Goethe-Institut Salvador, Brasilien Leitung der Spracharbeit, Kulturmittlung

Bewerbung
für Platz 17 der
Bundesliste

Uta Röpcke

BUNDES-
TAGSWAHL
2021



“
Respekt vor der Vielfalt der
Kulturen, Toleranz, Dialog und
Zusammenarbeit in einem
Klima gegenseitigen
Vertrauens und Verstehens
gehört zu den besten Garanten
für internationalen Frieden
und Sicherheit.”

(UNESCO Konvention zur
Kulturellen Vielfalt, 2001)

“
Kultur ist der Bauplan unserer
Gesellschaft.” “Die Kulturpolitik
sollte sich deshalb als
gesamtgesellschaftliche Aufgabe
verstehen und den erweiterten
Kulturbegriff entsprechend
aufwerten, denn erst er macht
die eigentliche Relevanz von
Kultur bewusst.”

(Davide Brocchi 2017)

PERSÖNLICHes

* 26.05.1965

- in Bordesholm
- verheiratet
- 2 Söhne (14 und 25 Jahre)

GRÜNes

- seit 2006 OV Sachsenwald
- Themen
- Kultur und kulturelle Bildung
- Teilhabe und Vielfalt

LANDESPOLITISCH (- Ende 2015)

- Landesvorstand, Parteirat,
- GRÜNE Zukunftswerkstatt

aktuell

- LAG/BAG Kultur
- LAG/BAG Migration und Flucht
- Heinrich Böll Stiftung SH (Vorstand)

KOMMUNALPOLITISCH (-2016)

- Kreistag
- Fraktionsvorstand
- Sozial-, Bildungs- und Kulturausschuss,
- div. Kuratorien und Vorstandsfunktionen

Kulturpolitik als kritische Gesellschaftspolitik

Kulturschaffende, Künstler*innen und Kreative halten der Gesellschaft einen Spiegel vor. Dafür brauchen sie eine verlässliche Lebensgrundlage und Räume, egal ob diese analog und/oder digital sind. Sie brauchen die Freiheit, schaffen, sagen und zeigen zu können, was wir vielleicht nicht sehen oder hören wollen; was uns irritiert, uns auf neue oder andere Gedanken bringt oder uns einfach gut tut. Darum war eine solide Kulturpolitik noch niemals so bedeutend wie in der heutigen Zeit.

Wie sehr wir Kultur, die Künste und Kulturschaffende brauchen, wird vielen erst seit Beginn der Pandemie und dem ersten Lockdowns bewusst. Wir bemerken diese Leerstellen in unserem Leben. Wir merken was fehlt von dem, was für uns selbstverständlicher Teil unseres Lebens geworden war und das geht weit über Musik und Theater, Literatur und Bildende Kunst, Film und Fernsehen hinaus.

In der BAG Kulturpolitik, deren Sprecherin ich im 3. Jahr bin, bewegen uns kulturpolitische Themen wie beispielsweise kultureller Infrastruktur in ländlichen Räumen und die Bedeutung von soziokulturellen Zentren, Erinnerungskultur und die Auseinandersetzung mit NS-Raubkunst, Provenienzforschung und Kolonialismus genauso wie die Debatte um Öffnungszeiten von Bibliotheken, Urheberrechtsfragen, Buchpreisbindung und nicht zuletzt die Rolle und der Status von Frauen in den Kulturbranchen.

Kultur als Rückgrat der Demokratie

Öffentliche Werte- und Leitkultur-Debatten sind mit dem Einzug der AfD in den Bundestag wieder in den Vordergrund gerückt. Es ist und bleibt eine zentrale Aufgabe von Kulturpolitik, darauf deutlich zu reagieren und den rassistisch ausgrenzenden Diskursen ein inklusives Narrativ einer Gesellschaft der vielen Kulturen in einer globalisierten Welt entgegen zu setzen.

Es muss uns gelingen, eine Debatte um kulturelle Identitäten und Werte offensiv zu führen, ohne in Stereotype und Kulturalisierung abzudriften. Nur so bilden wir letztendlich auch politisch ab, wer wir sind und wo wir herkommen: Kreativ und vernetzt denken, das war schon immer GRÜNE Stärke!

BERUFLICHes

- ◉ Kreis Hzgt. Lauenburg
- ◉ Diversity Management
- ◉ Interkulturelle Öffnung

bis 2016

freiberuflich

- ◉ Interkulturelle Trainings, Moderation,
- ◉ Fachberatung, Goethe-Institut,
- ◉ Europeanetzwerk Deutsch

bis 2016

Leuphana Universität Lüneburg

- ◉ Dozentin für interkulturelle
- ◉ Kommunikation, Diversity Management,
- ◉ DaF/DaZ,
- ◉ Kunst- und Erziehungswissenschaften

bis 2005

Goethe-Institut

- ◉ Salvador, Brasilien
- ◉ Leitung der Spracharbeit, Kulturmittlung

Fragen der Zeitpolitik, Beschleunigung im Alltags- und Arbeitsleben, die Rolle von Digitalisierung sind auch kulturpolitische Fragestellungen. Die Auseinandersetzung mit Genderfragen, dem Verhältnis der Menschen zu Natur und Umwelt, zu Entwicklung und der Rolle von Technik, der Wachstumsfrage und Nachhaltigkeit werden von Künstler*innen und Kulturschaffenden befördert. Nicht zuletzt auch die Auseinandersetzung mit demokratischen Werten und dem Freiheitsbegriff. Warum sonst werden insbesondere Kultur- und Kunstschaffende in diktatorischen Regimen politisch verfolgt?

Wir wollen und werden die Bundespolitik in den kommenden Jahren mit gestalten. Wenn wir an eine lebendige Demokratie und eine offene Gesellschaft glauben, brauchen wir solide kulturpolitische Positionen um Leitkulturdebatten etwas Konkretes entgegen setzen zu können. Auch dafür brauchen wir eine starke und an ökologischer Transformation orientierte Kulturpolitik. Kultur und die Künste eröffnen Diskursräume, sind identitätsstiftende Elemente für unsere Demokratie.

Kulturelle Vielfalt setzt kulturelle Teilhabe voraus

Der Koalitionsvertrag in Schleswig-Holstein identifiziert Kultur „als Bedingung für unseren Zusammenhalt und die Grundlage für unsere Verständigung miteinander“. Kulturpolitik verstehe ich nicht nur als Debatte um die Art und Weise der Mittelverteilung, auch wenn diese durchaus geführt werden muss, da viele Förderstrukturen und -gremien von Grund auf reformbedürftig sind. Ich verstehe Kulturpolitik in erster Linie als moderne Gesellschaftspolitik, die sich mit sozialen Strukturen, kultureller Bildung und Teilhabe auseinandersetzt. Damit, wie Kultur von einer freiwilligen Leistung zur Daseinsvorsorge werden kann. Den Diskurs darüber, ob ein Schritt in diese Richtung die Aufnahme von Kultur ins Grundgesetz ist, müssen wir jetzt führen. Es gäbe keinen besseren Zeitpunkt dafür.

Eine Zeit der multiplen globalen Krisen, vor der wir nicht mehr die Augen verschließen können, erfordert die Bereitschaft zu radikalem Umdenken und radikalem Wandel. Wie Harald Welzer bereits 2015 formuliert hat, ist lediglich die Frage in welche Richtung dieser radikale Wandel geht und ob die anstehende gesellschaftliche Transformation „by disaster or by design“ stattfinden wird. Lasst uns also gemeinsam den kulturellen Wandel gestalten!

Kulturpolitik ist nicht nur Ländersache

Nach Art. 30 Grundgesetz ist Kulturpolitik Ländersache, lediglich Projekte von „nationaler Bedeutung“ werden vom Bund gefördert. In der Praxis müssen Bund und Ländern sich in der Ausgestaltung von Kulturförderung abstimmen, was schon immer eine Herausforderung war, insbesondere bei Themen wie: Erhalt des kulturellen Erbes, Kulturgutschutznovelle, Deutsches Zentrum für Kulturgutverluste, Deutsche Digitale Bibliothek und die Rolle der Digitalisierung in der Kultur insgesamt.

Seit 1998 gibt es das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), seit 2002 die Kulturstiftung des Bundes. Erst seit dieser Zeit wird Kulturpolitik – zumindest von fortschrittlichen Parteien – als das gesehen, was sie ist: Eine gemeinsame und zentrale Querschnittsaufgabe der Innen- und Außenpolitik von Bund und Ländern.

Die für die letzte Bundestagswahl formulierten und abgestimmten 3 Schlüsselprojekte für den Bereich Kultur waren: Einen Interkulturfonds einrichten um die Einwanderungsgesellschaft zu stärken, die Soziale Lage von freien und angestellten Künstler*innen verbessern und Kulturelle Bildung für alle in allen Sparten der Kunst und Kultur in den Mittelpunkt rücken. Das gilt immer noch. Hinzu kommen aus meiner Sicht für den aktuellen Wahlkampf: Kultur- und Kreativwirtschaft besser fördern, Hass und Hetze bekämpfen nach der Pandemie, mit der Kultur, mit „Green Culture“ den Kulturbetrieb ökologischer machen, Erinnerungskultur stärken und öffnen, Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik stärken (Kultur verbindet!) und Kultur als Pflichtaufgabe.

Für eine ideenreiche, konstruktive und lebendige GRÜNE Kulturpolitik möchte ich mit euch Wahlkampf machen und bitte dafür um eure Unterstützung.

Was qualifiziert mich?

Seit 2006 bin ich GRÜNE. Mittlerweile konnte ich auf allen Ebenen GRÜNER politischer Arbeit Erfahrungen sammeln: **Bundespolitisch** als Sprecherin der BAG Kultur, im BAG Sprecher*innerat, als Delegierte der BAG Migration und Flucht und langjährige BDK Delegierte. Außerdem bei der aktiven Mitarbeit am aktuellen Grundsatzprogramm. **Landespolitisch** im Parteirat, im Landesvorstand und bei der aktiven Mitarbeit in verschiedenen LAGen, an 2 Landtagsprogrammen, der Zukunftswerkstatt und als Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung in politischer Bildungsarbeit. **Kommunalpolitisch** als Sprecherin eines Ortsverbandes, eines Kreisverbandes und Mitglied des Kreistags. **Beruflich** beschäftige ich mich seit vielen Jahren wissenschaftlich und in der Praxis mit grundlegenden Fragen der Kultur, der Bildung, kultureller Identitäten und Migration. Als Mitarbeiterin einer Kreisverwaltung weiß ich, wie wichtig der Blick über den GRÜNEN Tellerrand hinaus ist. Es gibt noch viel zu tun!

Eure Uta

Uta Rappe

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

